

nachbarschafts
haus

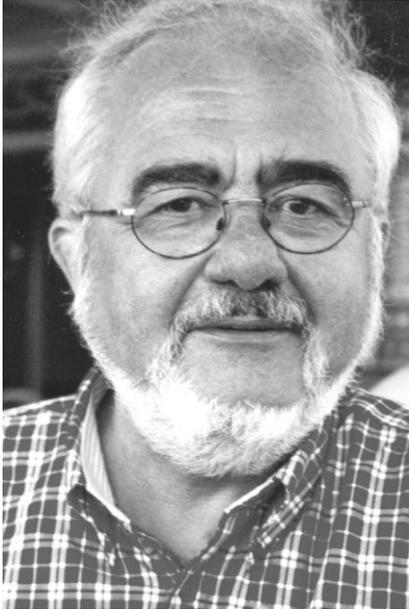
Chronik

40 Jahre

Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.

1966 – 2006

Vorwort



Manfred Kahl, 1. Vors.

Entstanden aus einer Bürgerinitiative wurde vor 40 Jahren das Nachbarschaftshaus eröffnet als eine Stätte der guten Nachbarschaft, wo Menschen sich begegnen und auch Vielfältiges gemeinsam erleben können.

In dieser Einrichtung schaffen vielerlei Initiativen ein gutes Klima des Miteinander-Umgehens. Hier bemühen sich Menschen um Mitmenschen, hier lässt sich gegenseitige Förderung ebenso verwirklichen wie auch Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit und Mitbestimmung.

In den vergangenen 40 Jahren hat sich das Nachbarschaftshaus zu einer in Biebrich, aber auch in Wiesbaden und Umgebung nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung, zu einem Mehrgenerationenzentrum mit hohem sozialintegrativen Anspruch entwickelt. Hierbei gelingt es immer wieder, Menschen unterschiedlicher Kulturen unter einem Dach zu vereinen, ob im Seniorentreff, in der Beratungsstelle, in der Kita, bei der Schuljugend, in der Familienbildung, im Treff-Café, im AKSD mit den vielfältigen Hilfs- und Betreuungsangeboten für alte und kranke Menschen.

So ist es das Verdienst des langjährigen Hausleiters, Karl-Fried Schuwirth, dass er rechtzeitig zum 40-jährigen Bestehen des Nachbarschaftshauses die wechselvolle Geschichte dieser Einrichtung in der vorliegenden Chronik dargestellt hat. Sie bilanziert in Wort und Bild Entwicklungen und Veränderungen der Einrichtung im konzeptionellen, personalen und bautechnischen Bereich. Insofern dokumentiert diese Chronik auch Entwicklungen im sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Bereich der vergangenen vier Jahrzehnte im Stadtteil und in der Region.

Ich wünsche der Chronik zahlreiche interessierte Leserinnen und Leser und verbinde damit noch einmal den aufrichtigen Dank an Karl-Fried Schuwirth, der diese Chronik sachkundig, kompetent und engagiert zusammengetragen hat.

Manfred Kahl, 1. Vorsitzender

Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. 1961-2006

Die späteren **Gründerinnen des Nachbarschaftshaus** kennen sich bereits seit langem: Sie arbeiten zusammen in Haus Schwalbach e.V., das es seit 1949 gibt (Bekannt durch Publikationen wie „Schwalbacher Blätter“, „Schwalbacher Spielkartei“). In der Broschüre zum 10-jährigen bestehen des Vereins (also 1959) sind genannt: 1. Vors.: **Dr. Hildegard Feick**, Darmstadt. Leiterin der hauptamtlichen Lehrkräfte von Haus Schwalbach ist **Dr. Magda Kelber**, Wiesbaden-Biebrich. Im Vorstand ist u.a. **Hety Schmitt-Maas**, Wiesbaden/Bonn. Als ehrenamtliches Mitglied ist dort u.a. **Margot Faust** genannt. Schriftleiterin der Schwalbacher Blätter ist **Dr. Ursula Walz**, Idstein/Ts.; **Christa von Schenk**, Wiesbaden Biebrich ist hauptamtliche Lehrkraft. **Marianne Klee** arbeitet im Büro von Haus Schwalbach. Alle Genannten sind außerordentlich involviert in die Anfänge der Geschichte des Nachbarschaftshauses.



Dr. Hildegard Feick
bei der Grundsteinlegung 1964

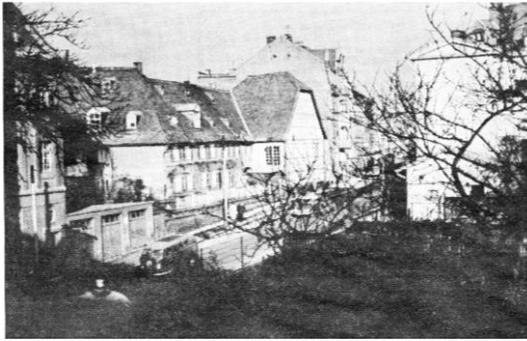
1961: **Dr. Hildegard Feick ist Ehefrau des amtierenden Schatzkammerers** von Wiesbaden. Über ihren Mann erfährt sie von Geldquellen: Die Steuereinnahmen der Landeshauptstadt sprudeln – schneller als sie ausgegeben werden können. Mit den Banken kann Herr Dr. Feick bei der Anlage der Gelder gute Festgeldzinsen aushandeln. – Sogar noch zu einem etwas gesteigerten Zinssatz, wenn dieses Geld gemeinnützig verwendet wird... Dazu brauchte es eine gute Idee. Die hatte seine Frau, Dr. Hildegard Feick, die „Nachbarschaftsheim“ aus Darmstadt kannte, wo sie herkam... (Quelle: Gerücht und unbestätigt!)

Für ihre Idee hatte Dr. Hildegard Feick das Haus Schwalbach und deren Leiterin Dr. Magda Kelber schon lange gewonnen. Beide waren verbunden in einem weiteren Engagement: Im „Verband Deutscher Nachbarschaftsheime e.V.“, dort waren beide im Vorstand. (Dr. Kelber: 1. Vorsitzende, Dr. Feick: 1. Schatzmeisterin) (Quelle: Broschüre des Verbandes: „Unsere Nachbarschaftsheime 1960/61), somit bestens vertraut mit der Idee eines Nachbarschaftsheimes und mit der Tradition der Settlement-Bewegung sowie der Quäker.

Die Ehefrau des amtierenden Bürgermeisters Karl Anton Lutsch, Hildegard Lutsch, stand der Ehefrau des Stadtkammerers Dr. Feick ebenfalls zur Seite. Sie war leicht zu gewinnen für diese Idee. Das war die Voraussetzung für die erste



Dr. Magda Kelber,
hier bei der Einweihung 1966



Wo heute das Nachbarschaftshaus steht, war einst der alte Jägerhof. Die Häuserzeile an der Rathausstraße wurde später abgerissen als der Neubau schon stand. Das war aber ursprünglich anders geplant. Der Grundriss des Hauses wurde gedreht: Die Hausfront der Elisabethenstraße sollte eigentlich der Rathausstraße zugewandt sein....



Dr. Hildegard Feick, Hildegard Lutsch und Architekt Karl Dercum bei der Vorstellung des Nachbarschaftshaus – Modells...

Mitgliederversammlung vom 18.04.1961 in Wiesbaden-Biebrich Rathausstr. 60/I

Anwesend:

Frau Margot Faust	Frau Dr. Neumeyer
Frau Dr. Hildegard Feick	Herr Obstfeld
Frau Dr. Magda Kelber	Entschuldigt:
Frau Klee	Frau v. Schenck
Frau Hildegard Lutsch	Frau Dr. Walz

Beschluss: Gründung des Nachbarschaftsheim Wiesbaden e.V.

- 1. Vors. Frau Hildegard Lutsch
- 2. Vors. Frau Margot Faust
- Schatzmeister: Frau Dr. Hildegard Feick
- 1. Schriftführer: Frau Dr. Magda Kelber
- 2. Schriftführer Frau Marianne Klee
- Beisitzer: Herr Günther Obstfeld

Sitzung am 16. 06.1961:

Frau Dr. Kelber stellt die Idee des Nachbarschaftsheimes vor am **Beispiel des Nachbarschaftsheimes Darmstadt.**

Frage des **Standortes für das Nachbarschaftsheim:**

Oberbürgermeister Georg Buch ist für das Paulinenschlösschen.

Frau Dr. Feick, Herr Bürgermeister Lutsch, Herr Stadtrat Feller sind für den **Jägerhof.**

Herr Dr. Marx schlägt die alte „Knoop´sche Villa, Humboldtstraße vor.

Herr Dr. Englert übermittelt, dass der Hess. Sozialminister Hemsath dem Bau eines Nachbarschaftsheimes positiv gegenüber eingestellt ist.

Die nächste Sitzung fand statt in der Stadtbildstelle Lehrstraße, wo ein Film über das **Quäker-Nachbarschaftsheim Köln** gezeigt wurde.

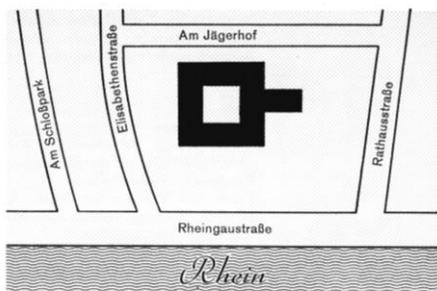
14.12.1961: Frau Dr. Kelber berichtet in einer Mitgliederversammlung, dass telefonisch die Zusage der Stadt vorliege, der **Jägerhof sei als Standort** für ein Nachbarschaftsheim akzeptiert.

06.02.1962: Frau Faust schlägt vor, Herrn **Dercum als Architekten** des Neubaus zu gewinnen (setzt sich durch gegenüber Plänen des Architekten Fauth).

19.03.1963: Interesse zur **Zusammenarbeit mit Schule für geistig Behinderte** wird angemeldet von Schulrat Schaar und der Volkshochschule, Herrn Stephan.

21.02.1964: Zur Anerkennung der **Einrichtung als Modellbau** (Bundesmittel) braucht es eine **Liegewiese für Jugendliche.** Es wird der Antrag gestellt, im Schlosspark einen Bereich als Liegewiese für Jugendliche abzu-

Das Nachbarschaftsheim in Wiesbaden – Biebrich



ruft

die Bürger Biebrichs und seiner nahen und weiteren Umgebung auf, dieses neue Zentrum sozialer und staatsbürgerlicher Aufgaben in unserem Gemeinwesen

zu fördern

grenzen. Später ist das der Kindergarten-Spielplatz auf dem Gelände des Schlossparks. Der ist nur schwer zu pflegen und muss deshalb in den 80er Jahren aufgegeben werden.

15.06.1964: Mittel stehen breit:
Stadt Wiesbaden: DM 600.000
Land Hessen 64: DM 496.000
Land Hessen 65: DM 398.000
Bundesjugendplan DM 72.800

Karl Dercum erklärt sich bereit, 15-20% seines Honorars dem Heim zu spenden. Die Firma WESTBAU (Wiesbaden-Gräselberg) erhält den Zuschlag für den Rohbau.

17.08.1964 16.00 Uhr **erster Spatenstich**
29. 09.1964 16.30 Uhr **Grundsteinlegung** mit anschließendem Beisammensein in den Rheinterrassen.
(Es wird beschlossen, dass Vorstandsmitglieder sich an den Kosten der Veranstaltung beteiligen - die Frau Dr. Feick bisher allein getragen hat!)

22.01.1956: Verband Deutscher Nachbarschaftsheim: Frau Dr. Kelber wird nicht mehr kandidieren aus Arbeitsüberlastung. Dr. Sax, Darmstadt und Norbert Burger (später Oberbürgermeister von Köln), werden vorgeschlagen.

14.06.1965: **Eva und Horst Schulze interessieren sich für die Hausmeisterstelle.** Sie brauchen dazu aber eine Wohnung. Dafür müssen Räume, die zuvor für Praktikanten eingeplant waren, zur Wohnung umgewidmet werden. (Hausmeisterwohnung!). Sie fahren zusammen mit Frau Dr. Feick ins Nachbarschaftsheim Darmstadt.

Statt der gewünschten Gasheizung muss eine **Ölheizung** eingebaut werden wegen der hohen Gaspreise. Dies verschlingt einen Raum im Keller, der als **Jugendfilmraum** vorgesehen war.

21.10.1965: Frau Dr. Feick konnte Übereinstimmung mit Zuschussgebern für die **Übernahme der Betriebskosten** erreichen: **Stadt, Land, Landeswohlfahrtsverband.** Der Stellenplan liegt vor. Für die Elternschule bewirbt sich Frau Gundula Reichelt (BATVb).

26.11.1965: Die Mitgliederversammlung gedenkt der **verstorbenen Hildegard Lutsch.**
Neu im Vorstand: Herr Dr. Jordan

22.03.1966: Die **ersten Mitarbeiter(innen) sind eingestellt:**
Frau Engelhard, Hausleitung, Frau Rother. Erziehungsberatung, Frau Seidel, Kindergarten und Frl. Beckmann (kündigt bald wieder), Herr Römer, Frau Römer, (kündigen bald wieder), Frl. Assmusen, Herr Stein, Frau Mallebré, Frau und Herr Schulze (Hausmeister, Hauswirtschaft).
Jeweils Dienstag ist Teamsitzung aller Mitarbeiter(innen)...



Grundsteinlegung 1964



Oberbürgermeister Georg Buch bei der Grundsteinlegung 1964



Die Bauphase 1965



Die ersten Mitarbeiter(innen)

Die Jugendabteilung wird zwischen 17.30 und 18.30 Uhr geschlossen, um die Jüngeren von den Älteren besser zu trennen...

23.01.1967: Die „**Rosenmontagsregelung**“ wird eingeführt: Ab 12 Uhr ist das Haus geschlossen

03.02.1967: Es gibt **Beschwerden aus der Nachbarschaft**: Lärm vom Spielplatz, Parken und Starten der Autos. (Herr Hörner sollte darauf reagieren. Seine Antwort: „aussichtslos, da ohne Einsicht“).

27.02.1967: Das „**Austragsbuch**“ (damals „**Meldebuch**“) wird eingeführt: Die Mitarbeiter(innen) müssen sich „austragen“, wenn sie während der Dienstzeit außer Haus sind.

Auch der Pflichturlaub von 3 Wochen während der Sommerferien („**Hausschließung**“) wird verbindlich geregelt.

05.11.1967: Der Heimleiterin Elita **Engelhard wird gekündigt**, es wird ihr die Leitung der Erwachsenenabteilung und Altentagesstätte angeboten

29.06.1967: 1. Schriftführer ist **Martin Hörner**, 2. Schriftführer ist **Dr. Hans-Joachim Jentsch** (später Oberbürgermeister von Wiesbaden und Bundesrichter).

14.08.1967: Dorothea Lauruschkat aus dem Nachbarschaftsheim Bremen wird eingestellt als Heimleiterin

29.08.1967: Der **Bundesangestelltentarifvertrag** wird zur Grundlage der Arbeitsverträge gemacht, „allerdings sollte ... ein Vorbehalt gemacht werden, dass durch Tarifvertrag vorgenommene Erhöhung des Gehalts nur durch einen Beschluss des Vorstandes für die Angestellten des Hauses wirksam werden kann“.

6.09.1967: Die **Leitung des Kindergartens wird Frau Lauruschkat** übertragen

10.11.1967: Die Frage einer verbindlichen Bemessungsgrundlage für den optimalen Aufwand an **Fachstunden pro Neufall in der EB** wird ausgiebig diskutiert.

14.02.1968: „ Der Vorstand beschließt, dass **Angestellte des Nachbarschaftsheim**s Wiesbaden Biebrich und deren nächste Angehörige **nicht Mitglieder des Vereins werden können**. Die Mitwirkung in Ausschüssen wird jedoch begrüßt“.

11.03.1968: Anna Beyer, spätere 1. Vorsitzende, wird Mitglied.

17.04.1968: Die **Heimleiterin Dorothea Lauruschkat hat gekündigt**



Ansicht nach der Fertigstellung



Dorothea Lauruschkat - hier 1975



10.06.1968: Nach Abriss der Häuser an der Rathausstraße wird beschlossen, einen Kinderspielplatz (**Bolzplatz**) zu errichten.

26.08.1968: **Henning Hicke** soll ab 1.10.1968 die **Leitung des Nachbarschaftsheim**s übernehmen

2.01.1969: Der Arbeitsvertrag mit Herrn Hicke soll nicht über die Probezeit hinaus verlängert werden. **Frau Lauruschkat** ist bereit, ab 15.02.1969 die **Leitung wieder zu übernehmen**.



03.01.1969: Das Nachbarschaftshaus ist auf der **Gründungsversammlung** des „**Ring Biebricher Vereine**“ durch Dr. Hans-Joachim Jensch vertreten.

19.11.1970: Es wird erwogen, „ ...dass der **Vorstand durch Beiratsmitglieder** erweitert wird ...“

30.06.1970: Die Mitarbeit der Buchhalterin wird von bisher 16 Std. auf 20 Std. erweitert.

20.10.1970: **Herr und Frau Schulze**, das Hausmeister-ehepaar, hat zum 31.12. gekündigt. Herr Schulze hat als Nachfolger das **Ehepaar Lieb** vorgeschlagen (beide 38 Jahre alt).

Es wird ein **Ausbau des Nachbarschaftsheim**s in Richtung Rathausstraße ins Auge gefasst. Der Ortsbeirat beschäftigt sich damit.



03.02.1971: Ein Antrag der DKP wird abgelehnt, eine öffentliche Wahlveranstaltung im NH abzuhalten und dabei einen Film über Kuba zu zeigen. Es wird beschlossen: **„Für öffentlichen Veranstaltungen einer politischen Partei stellt das NH keine Räume zur Verfügung“**

Kinder- Schuljugend- und Jugendarbeit in den Anfängen.... Fotos: Fotoclub Biebrich

15.07.1971: Nach der langjährigen Zusammenarbeit mit **Stadtrat Feller** besucht nun sein Nachfolger **Stadtrat Reese** das Nachbarschaftshaus - mit gutem Echo.

Wiederholt wird über einen **Anbau oder Ausbau im Keller** nachgedacht.

Eine Arbeitsbesprechung mit den Kolleg(inn)en der Nachbarschaftsheim Darmstadt und Frankfurt ist geplant.

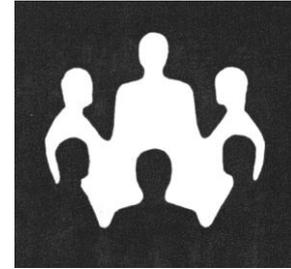
14.09.1971: **Der Verband Deutscher Nachbarschaftsheim**e hat sich umbenannt in „Verband für sozialkulturelle Arbeit“.

01.12.1971: Auf Anregung des Verbandes Deutscher Nachbarschaftsheim wird das **Nachbarschaftshaus umbenannt** (Gründe dafür wurden nicht protokolliert. Es liegt wohl eine entsprechende Empfehlung des Dachverbandes vor, die sofort aufgegriffen wird um den Namen des Hauses von der Assoziation: Heim > Hospitalisierung zu befreien)



Mitarbeiter(innen) 1971: v.l.n.r.: Eva Schmitt, Brigitte Rother, Marlies Storch, Barbara Schulz, Dorothea Lauruschkat, Frau ?, Frau ?, Frau ?, Karlheinz Lieb, Aenne Miethke, Lissie Lieb, Frau?, Helga Josupeit

02.02.1972: Das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. **tritt aus dem Verband für sozialkulturelle Arbeit aus** (Gründe wurden nicht protokolliert). (Aus späteren Einträgen wird deutlich: Es konnte über den Mitgliedsbeitrag keine Einigung erzielt werden).



12.04.1972: Das Nachbarschaftshaus wird darüber informiert, dass auf dem Grundstück des früheren **Straßenbahndepots ein Jugendzentrum** und eine Sozialstation errichtet werden soll. Daraufhin entwickeln die Jugendlichen umfangreiche Aktivitäten um dort ein *selbstverwaltetes Jugendzentrum* einzurichten.



24.05.1972: Bericht über eine Tagung in London zum Thema **„Rauschmittelmissbrauch“**, an der Brigitte Rother, Dr. Angelika Stirn und Susan Salzmänn teilgenommen haben.

28.06.1972: Es wird beschlossen, die **Mitgliedschaft im Verband für sozial-kulturelle Arbeit zu erneuern**, sobald die Höhe der Beitragszahlung geregelt ist.



17.07.1972: **Anna Beyer** wird Vorsitzende des Personalausschusses.

17.07.1972: Der Leiter der Jugendfreizeitstätte, Karl-Ernst Salzmänn, möchte ein Studium an der Mainzer Uni aufnehmen. Das führt zur Kündigung und zur Neuausschreibung dieser Stelle.

Logo von „Haus Schwalbach“, des Dachverbandes „Verband für Sozialkulturelle Arbeit“ und des Nachbarschaftsheim Wiesbaden

17.07.1972: Die Psychagogin kann Leistungen über die Kassenärztliche Vereinigung abrechnen. Der Vorstand diskutiert, dass dieses Honorar an das Nachbarschaftshaus ausgezahlt werden soll.

23.08.1972: Es wird festgestellt, dass die **Umwandlung des Kindergartens in eine Ganztageeinrichtung nur durch einen Neu- bzw. Erweiterungsbau** möglich ist.

23.10.1972: Frau und Herr Salzmänn haben einen schweren Verkehrsunfall erlitten, wodurch die **Jugendfreizeitstätte auf absehbare Zeit ohne Leiter** sein wird. „Nach kurzer Aussprache wird für gut geheißen, dass der Kreis für junge Leute, der sich zusammengefunden hat, das Programm entwickelt und weiterführt, soweit er dazu in der Lage ist. Die Mitarbeiter des Hauses werden überlegen, wer jeweils als Kontaktperson für bestimmte Vorhaben einspringen kann. Dieser Kreis hat um einen Hauschlüssel gebeten.“ Diesem Antrag wird entsprochen. Die Jugendlichen gestalten ein „Tanzcafé“.

20.11.1972: Acht junge Leute aus dem Jugendarbeitskreis **„JAK“** und Vorstandsmitglieder treffen sich zu einer ausführlichen Aussprache: „Die vier „Erwachsenen“ waren sich nach Abschluss der Besprechung darüber einig, dass die **Entwicklung eines solchen Arbeitskreises sehr positiv zu bewerten** sei. Es ist bemerkenswert wie viel Zeit und Kraft diese 18-20 jährigen in diese Arbeit mit



Bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Dr. Magda Kelber (Mitte), Anna Beyer (links), zusammen mit Prof. Dr. Ursula Walz, 1. Vorsitzende von „Haus Schwalbach e.V.“

Jüngeren zu investieren bereit sind. Die Gesprächsatmosphäre war durchweg freundlich, kooperativ und offen.“

14.02.1973: Die Jugendlichen möchten die „**Jugendfreizeitstätte**“ umbenennen in „**ComCe**“ (Kommunikationszentrum). „Vorschlag von Frau Jäschok (Vorstandsmitglied - aus dem Landesjugendamt) „Jugendfreizeitzentrum“. Beifall!“

28.03.1973: Für die erste **Vorsitzende Frau Dr. Kelber** muss nach 6 jähriger Tätigkeit eine **Nachfolge** gefunden werden. Als Beisitzer wird u.a. **Frank Bodis** vorgeschlagen. „Von Herrn Bodis steht allerdings die schriftliche Beitrittserklärung zum Verein Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. noch aus.“

26.06.1973: **Anna Beyer ist 1. Vorsitzende.** Im Vorstand sind u.a. Herr Dr. Feick, Frau Fauth, Frau Jäschok, Herr Frank Bodis, Frau Gunda Grün, Frau Dr. Angelika Stirn. „Frau Beyer begrüßt ... Frau Schmidt von der Tagesstätte für ältere Nachbarn mit ihrem Helferkreis: Herr und Frau John, Frau Selgen, Frau Wende, Frau Roth, Frau Tim.“

Der **Jugendarbeitskreis hat die Absicht, mit einer Jugenddiskothek** für Neubelebung der Arbeit und Nachwuchsgewinnung zu sorgen. „Der Vorstand begrüßt allgemein die Initiative, beschließt aber, um von vornherein Missverständnisse auszuschließen, mit den Vertretern der Jugend Spielregeln auszuhandeln, die von allen dann beachtet werden“

Mit dem **Verband für sozialkulturelle Arbeit** kann keine Einigung über den Jahresbeitrag (DM 2000,--) erzielt werden. Beschluss: **Austritt.**

15.09.1973: Gebhard Görig, **erster Zivildienstleistender** im Nachbarschaftshaus kommt aus dem „Jugendarbeitskreis“ (JAK). Er wird aus der Vorstandssitzung verwiesen, an der er teilnehmen wollte.

Das **Anwesen Elisabethenstraße 11** wird dem Nachbarschaftshaus zur Nutzung angeboten: Der Vorstand ist nicht interessiert, wohl aber an dem Grundstück. Ebenso möchte er den Schuppen auf dem Grundstück nutzen. (Das Haus wird später abgerissen – heute ist dort der Parkplatz. Der Schuppen bleibt und dient bis heute als Lager)

19.11.1973: **Eberhard Günther** wird in der EB eingestellt.

19.11.1973: Der „Antrag auf Anerkennung der **Eigenschaft der Jugendgruppe** im Nachbarschaftshaus, die eine ordnungsgemäße Verwaltung der gewährten Mittel garantiert, ist im Nachbarschaftshaus überflüssig, da der Vorstand für die Verwendung der Summe bürgt, die von der Jugendgruppe beantragt wird.“



Fasching in der Altentagesstätte mit Eva Schmitt (r.)



Eberhard Günther (r.) neben Dorothea Lauruschkat, Brigitte Rother, Helga Jopsupeit

28.01.1974: Für die neueingestellte **Praktikantin Hildegard Poth** (später: Schuwirth) wird das Mitarbeiterzimmer in ein Arbeitszimmer umgewandelt.

Am 16.03.1974 wird eine **Gedenkstunde für die verstorbene Dr. Hildegard Feick** abgehalten.

Das Honorar für die Mitarbeiter(innen) des Jugendarbeitskreises wird um 1,00 DM erhöht - für Herrn Bodis, Herrn Hennig, Herrn Dinter und Fräulein Wiegand. Dazu gehörte auch „Fräulein Petra Lieb“. (27.03.1974)

27.03.1974: Dem JAK wird zugesichert „**Vor Abschluss eines festen Arbeitsverhältnisses** mit dem neuen Leiter der Jugendfreizeitstätte **sollte der JAK gehört werden**“. Dem Antrag des JAK, einen ständigen Delegierten im Vorstand zu haben, wird nicht entsprochen (Nur über Vorstandswahlen!).

18.05.1974: Nach langer Diskussion werden auch **Ehepartner hauptamtlicher Mitarbeiter(innen)** in den Verein **als Mitglied aufgenommen** (Nicht aber die Mitarbeiter(innen) selbst. Für sie öffnet sich der Verein erst 1978).

18.06.1974: Die Einstellung eines **neuen Leiters der Jugendfreizeitstätte** wird beschlossen: **Johannes Kahlen**. Die Einstellung soll jedoch erst wirksam werden, wenn eine Übereinstimmung mit dem JAK zustande gekommen ist. Für die offene **Schulkinderarbeit** wird **Hildegard Schuwirth** (geb. Poth) eingestellt, die auch die Elternschule übernehmen soll. **Barbara Schulz** wird mit der **kommisariischen Leitung des Kindergartens** beauftragt.

10.09.1974: **Richard Kühn löst Herrn Dr. Feick als Schatzmeister ab.**

Dorothea Lauruschkat kündigt ihr Ausscheiden als Leiterin an zum 30. Juli 1975 (in den Ruhestand). Es soll neben einer neuen Heimleitung eine büroleitende Kraft für die Verwaltung zur Entlastung der Heimleitung eingestellt werden.

Johannes Kahlen, **Leiter der Jugendfreizeitstätte**, stellt seine Ziele vor als **Berater des Jugendarbeitskreises**. Danach folgt eine längere Diskussion über die Selbständigkeit des Jugendarbeitskreises und die Rolle von Herrn Kahlen. Es zeigt sich, dass weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen, die nicht auszuräumen sind. Es wird ein neuer Ausschuss gebildet für Jugendarbeit...

10.12.1974: Die Absicht, **für Organisation und Verwaltung in der Hausleitung zusätzlich eine IV b-Stelle** zu schaffen, löst Unruhe im Mitarbeiterkreis aus. Es kommt die Frage auf, ob das Nachbarschaftshaus in Zukunft zwei Leiter haben werde.

Aufnahme neuer Mitglieder: Voraussetzung ist, dass zwei Vorstandsmitglieder bzw. Vereinsmitglieder **für den (die) Bewerber(in) bürgen können.**

13.01.1975: Gegen die Zustimmung der Hausleiterin **wird der Leiter der Jugendfreizeitstätte**, Johannes Kahlen, nach Beendigung der Probezeit **weiter beschäftigt** mit der Auflage „Leitung und Struktur des Hauses zu akzeptieren und entsprechende Kompetenzen nicht zu überschreiten“. (Zu einer entsprechenden Unterschrift unter seinen Arbeitsvertrag kam es nie!).

Infolge dieser Auseinandersetzungen wollen Frau Faut, Frau Dr. Kuhr und Herr Ködermann aus dem Verein austreten.

23.01.1975: Der neue Hausleiter ist gefunden. Es bleibt – wie bisher bei einer pädagogischen Leitung: Die Mitarbeiter(innen) sprechen sich für die **Anstellung von Karl-Fried Schuwirth als Hausleiter** aus (11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen). Zuvor hatte er sich bei der Leitung einer Seminarwoche der Mitarbeiter(innen) bewähren müssen. Der Vorstand stimmte der Einstellung ab 01.08.1975 zu mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

03.02.1975: Barbara **Schulz wird Leiterin der Kinderabteilung.**

„Der Jugendarbeitskreis für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum im Nachbarschaftshaus“ fragt an, ob die Möglichkeit besteht, seine Videoanlage in einer Toilettenkabine auf der Bühne unterzubringen. Das löst eine heftige Diskussion um die Eigenständigkeit dieser Gruppe aus, die „ergebnislos abgebrochen“ wurde.

03.04.1975: Eine **Satzungsdebatte** löst eine heftige Kontroverse aus: ein Delegierter der Mitarbeiter sollte im Vorstand Stimmrecht haben, während der Hausleiter ohne Stimmrecht an der Vorstandssitzung teilnehmen sollte. Es wird in Frage gestellt, ob das Haus überhaupt eine Gesamtleitung haben sollte.

03.04.1975: Nach Ausscheiden von Frau Schuwirth zum 31.10. (Mutterschutzzeit) wird Frau Rosenberg halbtags eingestellt für die offene Schuljugendarbeit. Dies führt zur **Trennung der Abteilungen Elternschule und Schuljugendabteilung.**)

27.05.1975: In einer Verhandlung mit der Stadt Wiesbaden erklärte der Jugendamtsleiter Jörg Bourgett „...dass bei weiterer Zuschussgewährung die Stadt die **Eigenständigkeit des Nachbarschaftshauses stark einschränken** werde.“ Dies führt zu Protesten und zu einer Demo-Veranstaltung auf der Straße vor der Biebricher Post.

Für 1975 wird auf Betreiben des Schatzmeisters Richard Kühn ein **„utopischer Plan“** – ein Haushaltsplan mit dem tatsächlichen Zuschussbedarf – aufgestellt, mit ei-



Nachbarschaftshaus-Demo
vor der Biebricher Post

nem zu erwartenden Defizit von DM 170.000,--. (Der wird wider Erwarten später die Grundlage der Finanzierung sein!)

Im Vorstand ist derzeit die Stadt „inoffiziell“ gut vertreten durch: Otto Bergs (Ortsstellenleiter), Richard Kühn (Leiter der städtischen EB), Frau Moos (Stadtverordnete SPD). Diese sind gelassen: Man will „zunächst einmal die von Jörg Bourgett in Aussicht gestellten Verträge abwarten ...“ - um den Umfang der von der Stadt gewünschten Einflussnahme durchschauen zu können.

Den Mitarbeiter(innen) wird in Zukunft ein **Bildungs- und Fortbildungsurlaub von 10 Tagen** pro Jahr gewährt (bisher waren es 5 Tage). Der Beschluss wird gefasst als Reaktion auf einen Antrag von Johannes Kahlen, der ein wesentlich größeres Fortbildungskontingent beantragt hatte.

12.06.1975: Der Schatzmeister Richard Kühn kündigt an, dass auf Grund der Finanzlage es erforderlich werden könnte „ das **zum 30.09.1975 eine vorsorgliche Kündigung an die Mitarbeiter ausgesprochen** werden müsse“.

11.08.1975: Die Stadt legt **2 Entwürfe vor, in der sie 50 % der Vorstandplätze** einfordert.

14.08.1975:Karl-Fried Schuwirth nimmt erstmalig als Hausleiter an einer Vorstandssitzung teil. Unter seiner Leitung wird eine **Satzungskommission** gebildet, die sich mit den städtischen Entwürfen befassen soll.

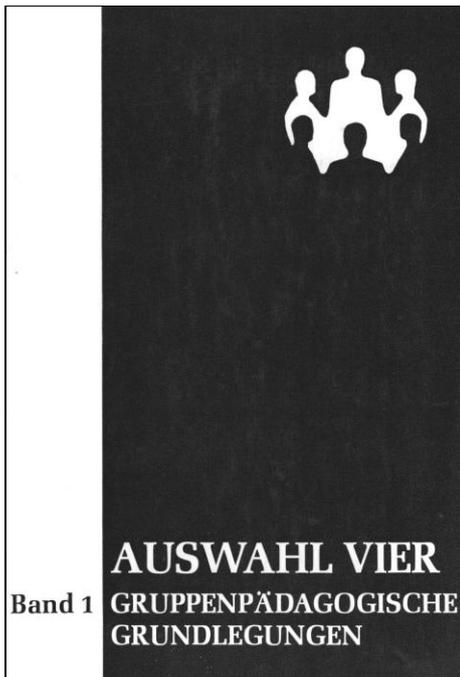
10.09.1975: Ein Entwurf für die Satzung wird vorgelegt, in der eine Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder festgelegt wird, - in der auch der Ortbeirat Sitz und Stimme hat.

Das **Sozialministerium erhöht seinen Zuschuss um 100.000 DM**. Dadurch entschärft sich die Haushaltslage und stärkt das Nachbarschaftshaus in den Verhandlungen mit der Stadt im Hinblick auf deren Wünsche nach inhaltlicher Einflussnahme.

Der „**Utopische Plan**“ wird Realität.

04.11.1975: Der **Ortsbeirat stärkt die Position des Nachbarschaftshauses** mit einem Beschluss, dass die Mehrheit der Vorstandsmitglieder vom Verein gewählt werden sollten.

17.05.1976: Der Vorstand muss sich mit **Problemen der Liquidität** des Nachbarschaftshauses befassen. Es wird ein „Verhandlungspapier“ mit der Stadt geplant, in dem unter anderem die Stadt aufgefordert wird, in Vorlage zu treten für die Gehälter der Mitarbeiter(innen).



Hier wurde der Artikel „Auf dem Weg zur Teamarbeit im Nachbarschaftshaus“ veröffentlicht

Der **Zivildienstleistende Gerhard Wölfinger** – gelernter Bankkaufmann - wird zum 01.06. eingestellt.

Es wird das **Konzept eines „Heilpädagogischen Kindergartens“** im Nachbarschaftshaus diskutiert. (gegen mangelnde Belegung muss was getan werden!).

17.08.1976: Ein Mitarbeiter der EB möchte seine Hose ersetzt bekommen, die während der Therapiestunde zerrissen wurde. Dies wird abgelehnt. Die **„Therapiehose“** geht in die Geschichte ein...

In den „Schwalbacher Blättern“ Nr. 10,76 erscheint der Artikel **„Auf dem Weg zur Teamarbeit im Nachbarschaftshaus“** von Schuwirth mit Junker, Lieb, Rosenberg und Rother. Er wird später (1978) auch im Sammelband „AUSWAHL VIER von Haus Schwalbach“ erscheinen.

23.09.1976: Für die Jugendlichen wird im oberen Foyer eine Teestube eingerichtet.

Anwohner beschwerten sich über den Auftritt von „Popgruppen“. Es gibt eine Anzeige wegen Ruhestörung. Es soll mit den Nachbarn geredet werden.

23.09.1976: Die Stelle der **Leitung der Elternschule** wird endlich wieder besetzt mit Frau Eger (Herr Schuwirth hatte die Abteilung kommissarisch geleitet.). Nach wenigen Tagen teilt sie mit: Sie ist schwanger...

15.02.1977: Die **„Studentenafel“** wird für alle – aus gegebenem Anlass - eingeführt (die Dokumentation der Mitarbeiter über ihre Arbeitszeit - Arbeitszeiterfassung).

01.03.1977: Vorstand, Mitarbeiter und Jugendarbeitskreis (JAK) tagen gemeinsam. Der **JAK möchte unmittelbar im Team vertreten sein**. Der hauptamtliche Mitarbeiter für die Jugendarbeit Johannes Kahlen möchte diese Rolle nicht einnehmen, er möchte lediglich dem Jugendarbeitskreis gegenüber verantwortlich sein als dessen Berater. Keine Einigung!

26.04.1977: Die **Satzung wird geändert**: Die Stadt entsendet in den Vorstand mit 13 Personen 2 Vorstandsmitglieder, davon eines bestimmt durch den Ortsbeirat. (Damit ist die lange Diskussion um die Einflussnahme der Stadt auf den Verein abgeschlossen...)

14.05.1977: Die **Gruppenstärke im Kindergarten** wird neu geregelt: 10 „Regelkinder“ plus 4 „Sonderkinder“ (Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten) pro Gruppe. (Damit ist die geringe Gruppenstärke gerettet...)

24.05.1977: Die gestiegene Mitarbeiter(innen)zahl erfordert erstmals die **Wahl eines Betriebsrates** (bisher gab es lediglich einen „Betriebsobmann“)



JAK-Demo vor dem Nachbarschaftshaus

5.07.1977: Die unterschiedlichen Standpunkte von Vorstand und JAK werden auf einer gemeinsamen Sitzung nicht überbrückt.

Im Team der Mitarbeiter(innen) hinterlässt die **Auseinandersetzung um die Jugendarbeit** einen tiefen Graben. Unter der **Supervision von Prof. Margarete Hecker**, FH Darmstadt (die mit ihrer Promotion über die Nachbarschaftshäuser in Deutschland viel Sachkenntnis mitbringt), wird im Rahmen der Seminarwoche vergeblich versucht, diesen Konflikt zu lösen.

13.09.1977: Die **Kontroverse mit dem Jugendarbeitskreis und mit Johannes Kahlen** spitzt sich in einer Weise zu, dass eine Kündigung von Herrn Kahlen nicht mehr ausgeschlossen wird.

13.12.1977: Die **Kündigung von Johannes Kahlen** wird beschlossen.

28.02.1978: Unter der Moderation des **Ortsvorstehers Dieter Löber** wird eine Mitgliederversammlung abgehalten, die eine **Entscheidung treffen soll im Konflikt mit der Jugendarbeit des Hauses**. Es liegen etwa 50 Bewerbungen um Vereinsmitgliedschaft in dieser Sitzung vor.

Der Vorstand beschließt, diese Neuaufnahmen erst in der darauf folgenden Jahreshauptversammlung zuzulassen und verhindert damit, dass eine „Unterwanderung“ des Vereins stattfindet, um nur einen einzigen Tagesordnungspunkt zu eigenen Gunsten zu entscheiden. (Sowohl die Jugendlichen als auch die Senior(inn)en hatten für die Durchsetzung ihrer unterschiedlichen Standpunkte „massenhaft“ Mitglieder geworben!).

5.04.1978: Auf das Schreiben des Schatzmeisters Richard Kühn wurde mit der Stadt ein **Vertrag über die Verlustdeckung** geschlossen, der die **Auszahlung der Gehälter durch die Stadt Wiesbaden** beinhaltet. Dadurch wird die Liquidität des Nachbarschaftshauses langfristig gesichert, die bisher nur mühsam mit Kassenkrediten durch die Stadt Wiesbaden überbrückt wurde. Ab jetzt tritt die Stadt Wiesbaden mit der Auszahlung der Gehälter in Vorlage, bis die Liquidität des Hauses wieder hergestellt ist.

31.05.1978: Prof. **Clemens Klockner** von der FH Wiesbaden wird **im Jugendfachausschuss** mitarbeiten. Unter seiner Moderation wird es schließlich gelingen, die Jugendarbeit im Nachbarschaftshaus nach den Auseinandersetzungen um den JAK wieder neu zu etablieren.

In der Altentagesstätte wird ein **gemeinsamer Mittagstisch** eingeführt. Das in Folie verpackte Essen findet allerdings nicht viele Freunde. Für einige Mitarbeiter(innen) ist es aber ein willkommener Komfort...

Alle Mitarbeiter(innen) der Erziehungsberatungsstelle machen eine **Zusatzausbildung in Familientherapie** an der Ev. Fachhochschule Darmstadt (mit Prof. Verena Krä-



Ortsvorsteher Dieter Löber moderiert die Mitgliederversammlung



Dieter Löber später...



„Bruni“ Ziebart,
Leiterin der Jugendabteilung



Mit Prof. Mahlke auf der „Seminarwoche“
zur Umgestaltung von Räumen des Kinder-
gartens, der EB und der Mitarbeiter



Mitarbeiter(innen) des Nachbarschaftshauses
auf Studienreise in Rotterdam

henbühl, die später im EB-Team um Supervision gebeten wird. Teamkonflikte machten das erforderlich...)

3.07.1978: Brunhilde **Ziebart** wird als **Leiterin der Jugendabteilung** eingestellt.

11.09.1978: **Prof. Mahlke, Würzburg**, ist bekannt für seine originelle Gestaltung kindgerechter Einrichtungen. Es gelingt, mit ihm Kontakt aufzunehmen zur Umgestaltung diverser Räume im Nachbarschaftshaus („Abenteuerspielplatz im Raum“ ist der Titel eines Artikel dazu von Karl-Fried Schuwirth in den Schwalbacher Blättern): Kinderabteilung, Mitarbeiterzimmer, EB -Räume und später auch die Teestube. Es beginnt eine von allen Mitarbeiter(innen) getragene Umbauaktion. **Räume werden mit 2. Ebenen** ausgestattet. Die Resonanz darauf war in Wiesbaden und in Hessen (verbreitet durch das Landesjugendamt) so überwältigend, dass später in fast allen Wiesbadener Kindertagesstätten 2. Ebenen eingebaut werden...

12.12.1978: Es wird ein **Kinderfachausschuss** eingerichtet, in der **Frau Habekorn** (früher Frau Leimbert) mitarbeitet.

9.01.1979: Das Nachbarschaftshaus **tritt erneut ein** in den **Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.**

20.03.1979: Die Bezuschussung der **Fortbildung von Mitarbeiter(innen)** wird geregelt: danach erhalten Mitarbeiter(innen), die ihre Fortbildung *gemeinsam* mit Kolleg(innen) aus dem Haus wahrnehmen einen höheren Zuschuss zu ihren Auslagen.

20.06.1979: **Satzung und Geschäftsordnung werden verabschiedet** (entspricht dem Wortlaut der derzeit (2004) gültigen Satzung und Geschäftsordnung).

18.12.1979: Karl-Fried Schuwirth erhält den Auftrag, eine **Studienreise der Mitarbeiter(innen) nach Holland** zu planen.

23.01.1980: Zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept des Nachbarschaftshauses und den vielfältig geäußerten Alternativen (z.B. in der Jugendarbeit) legt Karl-Fried Schuwirth ein Papier vor **„Zielpunkte“ - zur Diskussion von Kriterien für die Arbeit im Nachbarschaftshaus**. Das provoziert zu einer Diskussion über die persönliche Motivation zur Mitarbeit im Nachbarschaftshaus (Mitarbeiter(innen) und Vorstandsmitglieder), nicht aber zu einem gemeinsamen Beschluss über die zukünftige Zielrichtung.

31.03.-03.04.1980: **Studienreise** der Mitarbeiter(innen) des Nachbarschaftshauses nach **Rotterdam**. Auf Einladung holländischer Kolleg(inn)en (GAMA unter Frank van Dyck) gab es viel zu besichtigen. Besonderes Interesse galt den generationsübergreifenden Angeboten von

Nachbarschaftshäusern, der Einbeziehung von ehrenamtlichen Kräften, der stadtteilbezogenen Arbeit und der Integration von Jugend- und Ausländerarbeit in den Häusern. Unmittelbare Folge: Im Nachbarschaftshaus sollen das **Tagescafé und die Pinwandaktion** die Selbsthilfepotentiale steigern und den „Zeittausch“ anregen. (Daraus entwickeln sich später der AKSD und noch später der Tauschring). - Der AKSD – Arbeitskreis Soziale Dienste – wird sich im Herbst 1982 gründen.

08.07.1980: Die Fachhochschuldozentin Dr. Barbara Dietrich verhandelt mit dem Nachbarschaftshaus über die Einrichtung eines Projektes **„Arbeit mit ausländischen Arbeiterfamilien“**. Außerdem wird ein Fachausschuss für Ausländerfragen gebildet.

Die **Ferienspiele** unter der Leitung von Juliane Philipp haben das Motto: „Wir bauen eine Stadt“. Sie sind so motivierend, dass bei den Spielen im Folgejahr **„der Schatz von Biebrich“** gehoben wurde (ausgegraben auf dem Kindergartenspielplatz...), der sagemumwoben von den Flößern vergraben worden war, als sie vor langer Zeit in Biebrich aufgehalten wurden wegen der nagenden Biber...

23.09.1980: Der Vorstand befasst sich mit der „geringen **Frequentierung der Erziehungsberatungsstelle** des Nachbarschaftshauses“.

21.10.1980: Es wird ein **Sprachförderkurs für Ausländerkinder** eingerichtet. Sprich, eine spezielle Kindergartengruppe am Nachmittag.

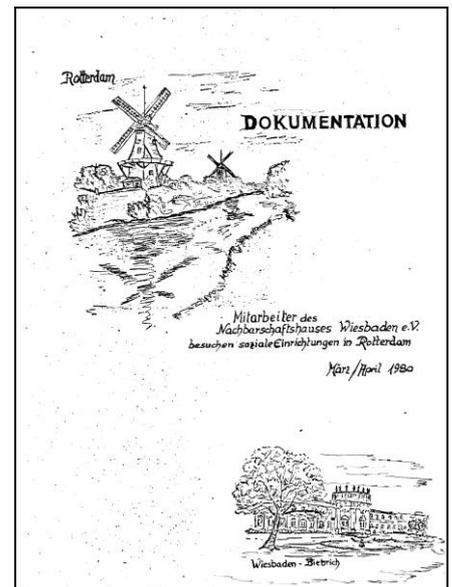
11.11.1980: Der Vorstand billigt den Kauf einer **Videoanlage für die Beratungsstelle**. Später wird in Raum 157 noch der „Einwegspiegel“ eingebaut, um das Therapiegeschehen störungsfrei beobachten zu können...

20.01.1981: Die Vorstandsmitglieder ordnen sich einzelnen Abteilungen des Hauses zu (**„Patenschaften“**)

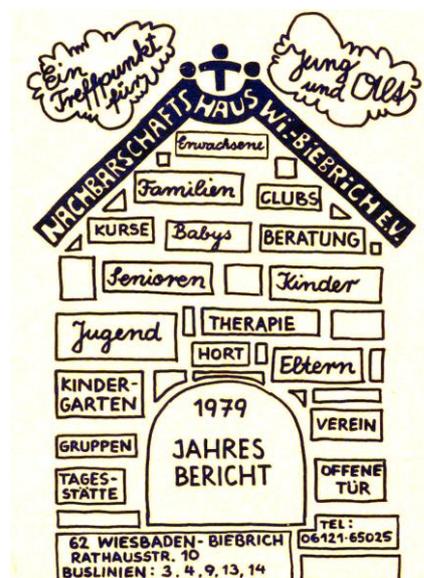
24.02.1981: Die Hausmeisterfamilie Lieb fühlt sich über die Maßen hinaus belastet und in ihrer Freizeit gestört. Ausweg: Die Familie Lieb zieht um in das Anwesen Jägerhof 7 (Kaiserhaus). Dazu kommt es nicht mehr, deshalb wird die Regelung getroffen, nur **jedes 2. Wochenende das Haus für Veranstaltungen** zu nutzen.

24.03.1981: Die **Satzungsänderung** wird der kommenden Mitgliederversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Die **„Behindertengruppe“** hat ihr eindrucksvolles Erlebnis auf einer **4-Tages-Freizeit in der Jugendherberge Sargenroth** – zusammen mit nicht behinderten Kindern der mitfahrenden Angehörigen und Betreuer. Unter der Leitung von Karl-Fried Schuwirth treffen sich die behinderten Kinder wöchentlich im Nachbarschaftshaus und parallel dazu die Mütter in eigener Runde. Viele Jahre - bis



Ferienspiele: „wir bauen eine Stadt“



Die Umschlagseite der Jahresberichte und Programme, gestaltet über Jahrzehnte von Hildegard Schuwirth, wird zum heimlichen Logo... Hier die Fassung 1979-1983



Karl Anton Lutsch – hier mit Stadtverordnetenvorsteher Kurt Lonquich (links) beim Besuch des Hausfestes



Brigitte Zander

1988 - bewirkt die Gruppe einen selbstverständlichen Umgang mit Behinderten im Nachbarschaftshaus.

22.09.1981: Die **Medienwerkstatt** ist Bestandteil des Jugendarbeit des Nachbarschaftshauses. „Sie ist ein Ableger des ehemaligen JAK und besteht aus verschiedenen Interessensgruppen, z.B. Musik, Theater, Film, Foto, Keramik, u.a.“

Die Elternschule wagt ihren **ersten Kindersachenflohmarkt**. Das Echo ist überwältigend. Im ganze Haus und auf den Freiflächen vor dem Haus drängen sich die jungen Mütter. Bisher einmalig in Wiesbaden! - Eine lange Tradition wird begründet...

27.10.1981: Der Stadtkämmerer fordert das Nachbarschaftshaus auf, den eingereichten Wirtschaftsplan 1982 zu überarbeiten und einen „**Sparhaushalt**“ aufzustellen. **Schatzmeister Karl Anton Lutsch** und Karl-Fried Schuwirth werden dem Stadtkämmerer Oedekoven die Konsequenzen dieses Sparhaushaltes erläutern.

26.01.1982: Frau Ziebart hat um die **Teilung ihrer Stelle als Leiterin der Jugendabteilung** gebeten. Die andere halbe Stelle wird Herrn Wölfiger übertragen.

27.04.1982: **Das „MAT“ wird geboren:** „Künftig treffen sich die Abteilungsleiter wöchentlich, um organisatorische Fragen und Termine zu besprechen. Alle 14 Tage findet dann eine Mitarbeiterbesprechung im großen Rahmen für allgemein interessierende Fragen statt.“

18.05.1982: Für die **Nachfolge** von Frau Schmidt zur **Leitung der Altentagesstätte** wünschen sich die Besucher(innen) Heidi Pieroni aus dem Hort. Nach heftiger Auseinandersetzung über die Bedeutung des Votums der „älteren Nachbarn“ wird abgestimmt. Brigitte Kappes (später Zander) wird mit 6 gegen 5 Stimmen ausgewählt.

Das „**Zeugnistelefon**“ wird als Gemeinschaftsprojekt, zusammen mit der Erziehungsberatungsstelle Adelheidstraße, in Wiesbaden als Notdienst für Zeugnis-gefrustete Kinder und deren Eltern angeboten. Die Resonanz ist spärlich...

In der **Jugendabteilung** gibt es wieder ein umfangreiches Programm mit Offener Teestube, Teenyclub, Freundschaftsclub (ehemals Türkenclub), Griechenclub und der Fußballgruppe. Die Medienwerkstatt verselbständigt sich zusehends.

Eine intensivere **Zusammenarbeit von Kinderabteilung, Schule und Beratungsstelle**, mit dem Ziel der „Sonderförderung verhaltensauffälliger Kinder“ soll erreicht werden.

17.08.1982: Der **BAT soll grundsätzlich die Grundlage des Arbeitsvertrages** bleiben.

12.10.1982: Der **Kindergarten wird ein Teil der Erziehungsberatungsstelle** (ein Großteil der Kosten der Kinderabteilung wurde im Wirtschaftsplan der Beratungsstelle ausgewiesen). Herr Günther ist Leiter.

Der Dekan der Fachhochschule Wiesbaden, **Clemens Klockner**, erläuterte im Vorstand das **Projekt „Stadtteilarbeit“** - ein Projekt im Rahmen der Jugendabteilung.

08.02.1983: Das Arbeitsamt drängt im Nachbarschaftshaus **ABM-Kräfte** (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) zu beschäftigen. **Vier neue Stellen** sollen geschaffen werden, davon eine für eine Behinderte. Eines der angedachten Projekte ist der Bereich **„Ausweitung ambulanter Hilfsdienste** (Unterstützung eines Modellversuchs der Stadt Wiesbaden) und **Aufbau von Kontakten zu ausländischen Mitbürgern**. Diese Stellen sollen der Altentagesstätte zugeordnet werden.“

22.03.1983: Die neuen Mitarbeiter für die neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahme stellen sich vor. **„Aufbau eines mobilen sozialen Hilfsdienstes** in einer Zentrale zur Förderung von Nachbarschaftshilfe im Stadtteil Biebrich“ (Monika Strien, Doris Plaß, Stephan Zeidler und Ulrich Friedrich Koch).

Im Nachbarschaftshaus finden **„Arbeitsamtskurse“** statt, sogenannte „41a-Maßnahmen“ (nach §41a des Arbeitslosenförderungsgesetzes), geleitet von Fritz Cinibulk. Teilnehmer dieser Kurse gründen die **„Arbeitslosenselbsthilfegruppe“** (ASG), die später das Tagescafé ausgestalten und betreiben wird. Dann wird sie den Namen ändern in „Arbeitsloseninitiative Wiesbaden (AIW - 1987)

Die **„Stadtteilkonferenz Kinder und Jugendliche in Biebrich“** wird gegründet - angeregt von Frau Peiße-Seithe, Jugendamt und Karl-Fried Schuwirth, Nachbarschaftshaus. Die Ortsverwaltung Biebrich wird gebeten, formell jeweils die Einladung dafür zu übernehmen, damit freie Träger und städtische Einrichtungen gleichberechtigt bleiben. Sie wird für die Vernetzung von Kindergärten, Schulen und Einrichtungen in freier Trägerschaft in Biebrich eine wichtige Bedeutung erlangen (siehe Eintrag zum 25.02.2003).

In der Elternschule wird das Projekt **„Eltern helfen Eltern“** begonnen, das viele Jahre sehr gepflegt wird... Für die **Blumenpflege** setzt sich die 92jährige Frau Gramer bemerkenswert ein, die dafür eine besondere Ehrung erfährt.

Das erste **Jägerhoffest** wird gefeiert – zusammen mit den Anwohnern des Jägerhof-Platzes. Der Anfang einer langjährigen Tradition, die erst unterbrochen wurde, als Baumaschinen auf dem Platz ein Fest unmöglich machten

(für den Umbau des Nachbarschaftshauses). Später ver-
kommt der Platz dann zum Parkplatz und Hundeklo. Erst
eine Generalsanierung des Platzes machte ihn wieder für
Feiern attraktiv (siehe Eintrag zum 15.10.2002).

16.08.1983: Es wurde eine **Kasko-Versicherung** abge-
schlossen, die Schäden an dienstlich genutzten
Privat-PKW's abdeckt.

16.08.1983: Die **Arbeitsverträge** aller Mitarbeiter(innen)
werden zum 01.10.1983 gegen eine neue Fassung ausge-
tauscht, die sich stärker auf den **BAT** bezieht.

08.11.1983: **Frau Merz** (später Frau Neusüß) wird als
Leiterin der Kinderabteilung/Kindergartengruppe
eingestellt.

20.03.1984: **Der „Arbeitskreis soziale Dienste“**
(AKSD) nimmt Formen an:

Es wird eine Haftpflichtversicherung für die Mitglieder des
AKSD beschlossen und über einen Ausweis nachgedacht,
der die Mitglieder in den Haushalten legitimiert. Außerdem
wird ein 2. ABM-Jahr der hauptamtlichen Mitarbeiter an-
gestrebt (Frau Plass wird für Herrn Zeitler eingestellt).
Durch die „ehrenamtlichen“ Mitarbeiterinnen des AKSD's,
die aus versicherungsrechtlichen Gründen **Mitglieder im**
Verein sein müssen, wächst die **Mitgliederzahl sprung-**
haft um mehr als 50.

05.06.1984: In der **Galatea-Anlage** bekommen die Se-
nior(innen) den Kaffee billiger und es gibt dort kostenlose
Veranstaltungen, die von der Stadt finanziert werden. Zur
Verhinderung dieser Konkurrenz soll eine bessere Zusam-
menarbeit mit der dortigen Altentagesstätte stattfinden.

Irma Godawa wird Nachfolgerin von Aenne Miethke im
Sekretariat.

Der **„Interessenskreis Fotografie“** wird gegründet.
Manfred Galle setzt in seiner AG andere Schwerpunkte als
zuvor der **„Fotoclub Biebrich“**, der vor allem die gut
ausgestattete Dunkelkammer nutzte. Viele Jahre wird im
Nachbarschaftshaus über die Kunst des Fotografierens ge-
fachsimpelt. Bei Wettbewerben gibt es vielfach Preise...

Es gibt eine **neue Kindergartenordnung.**

Die **Zuwendung des Hessischen Sozialministeriums**
erhöht sich um 20.000,-- DM.

10.07.1984: Die **ABM-Stellen im Bereich AKSD** werden
nach einem Treffen von Dr. Stirn und Achim Exner zu **Re-**
gelstellen umgewandelt.

09.10.1984: **Ursel Berger** wird als Delegationsmitglied
des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit an der Hundert-
jahrfeier des ältesten Nachbarschaftshauses **in London**
teilnehmen: Der „Toynbee Hall“



Mitarbeiter(inne)n des AKSD
(hier 1996)



Irma Godawa, Sekretariat



Ursel Berger (l.)

11.12.1984: Das Nachbarschaftshaus bewirbt sich um die Trägerschaft von „**Arbeitsamtskursen**“ - Maßnahmen nach § 41a, die später Herr Cinibulk und Frau Nehrbaß leiten werden.

Ein Projekt „Übungswerkstatt“ ist an der Handwerkskammer gescheitert. Das Arbeitsamt ist jedoch bereit, eine ABM für einen Maler für Arbeiten im Nachbarschaftshaus zu befürworten.

01.02.1985: In einem Gespräch zwischen Stadtkämmerer Oedekoven und Herrn Lutsch mit Herrn Schuwirth werden Vereinbarungen getroffen, die längerfristig die finanzielle Lage des Nachbarschaftshauses sichern sollen.

05.02.1985: Die „**Seminarwoche**“ der Mitarbeiter(innen) findet in diesem Jahr zusammen mit dem Verband der Nachbarschaftshäuser **in Scharbeuz**, bei Hamburg, statt. Thema: „Arbeit und Arbeitslosigkeit“.

Die Arbeitslosenselbsthilfegruppe erhält eine städtische Sonderzahlung von 10.000,-- DM als Anlauffinanzierung. Das Geld wird für Anschaffungen zum **Ausbau des Tagescafés** verwandt.

13.03.1885: „Neuer Anfang“ - Eine außergewöhnliche Spendenaktion verhilft dem 62 jährigen Besucher des Seniorentreffs, H. D., den „Frühling in Freiheit“ zu erleben: Er war in Haft genommen worden, weil er nicht die Post der Strafverfolgungsbehörde geöffnet hatte: Da waren noch Schulden offen. Im Nachbarschaftshaus hatte er viele Stunden gemeinnütziger Arbeit abgeleistet. **Die Spenden haben ihn „freigekauft“** – das Nachbarschaftshaus hatte einen langjährigen, hilfreichen Freund...

23.05.1985: Die **Tondiashow der „Biebricher Spätzlese“** wird vorgeführt.

Dr. Albrecht Borsche **wird 1. Vorsitzender** und löst **Dr. Angelika Stirn** ab.

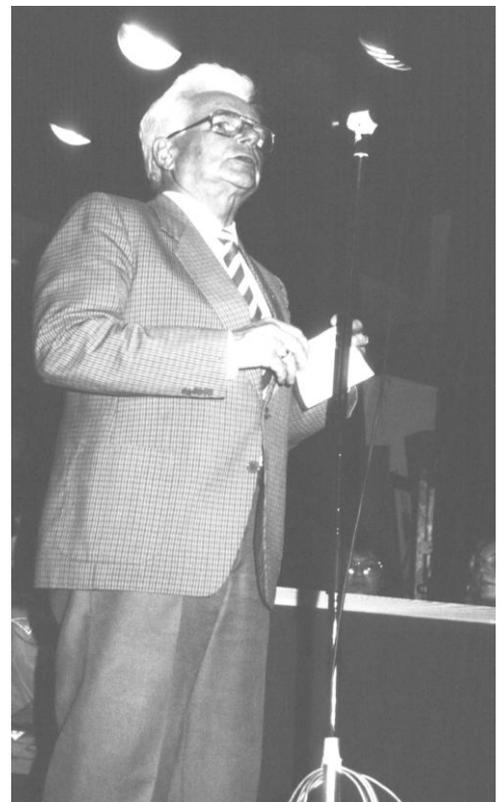
04.06.1985: Ein „Großindustrieller“ aus dem Ausland mit Niederlassungen in der Bundesrepublik kündigt an, dem Nachbarschaftshaus aus steuerlichen Gründen mehrere 100.000,-- DM zukommen zu lassen. Nachforschungen ergaben, dass es sich hierbei um einen Hochstapler handelte...

„**Biebricher Spätzlese**“, „**Gesprächskreis zwischen den Generationen**“, „**Theatergruppe für Jung und alt**“ sind Seniorengruppen, die aus der Zusammenarbeit mit Studenten der FH Wiesbaden entstehen und in der Altentagesstätte viele Jahre lang für Höhepunkte des Programms sorgen werden.

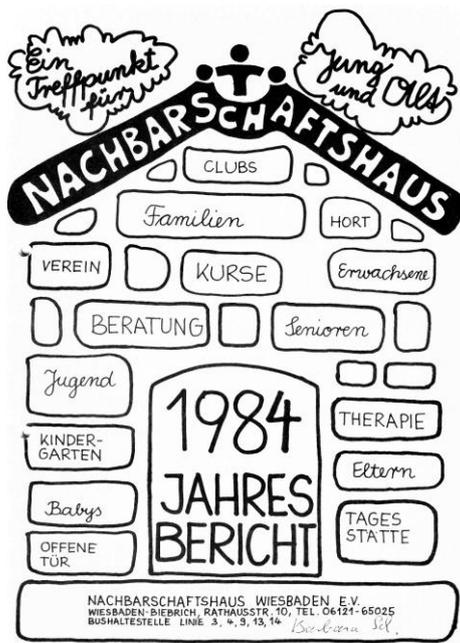
25.06.1985: Zum wiederholten Mal wird der Renovierungsbedarf im Nachbarschaftshaus angesprochen (Fassaden, Fenster, Heizung etc.).



Mitarbeiter(innen) feiern in der „Teestube“ 1984



Dr. Albrecht Borsche



Umschlagseite der Jahresberichte und Programme gestaltet über Jahrzehnte von Hildegard Schuwirth.
Hier die Fassung 1984-1992

Die Arbeitslosenselbsthilfegruppe erhält für Umbaumaßnahmen 17.500,-- DM Zuschüsse, womit unter anderem eine **neue Trennwand zwischen Saal und Tanzcafé** installiert wird.

09.07.1985: Viena Botens löst Hanna Katzda in der Erziehungsberatungsstelle ab.

Der „**Vorkindergarten**“ für **Ausländerkinder** wird etabliert. Christa Löhndorf-Blättel wird dafür nach einer ABM-Zeit festangestellt.

01.10.1985: Das **Tanzcafé wird renoviert: Einbau einer neuen Theke** (aus dem Besitz von Brunhild Ziehbart) und einer neuen Decke.

Die Medienwerkstatt wird ein eigener Verein (der sich später vom Nachbarschaftshaus abnabelt).

Der **Bolzplatz soll zum Parkplatz** ausgebaut werden. Dagegen erhebt sich erheblicher Protest aus dem Nachbarschaftshaus. Der kann das Vorhaben verhindern.

Die **Jahrestagung des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit** ist in Oberreifenberg. Die Teilnehmer(innen) machen einen Ausflug **in das Nachbarschaftshaus Wiesbaden**. Sie sind sehr beeindruckt. Seitdem wird es im Verband wahrgenommen! Im kommenden Jahr wird die Tagung im Nachbarschaftshaus Wiesbaden stattfinden – Anlass ist das 20-jährige Jubiläum.

19.11.1985: Ein **Fassadenteil** des Nachbarschaftshauses zum Rhein hin wird **neu gestrichen**.

18.03.1986: Frank Bodis und Rudi Imhoff treten aus dem Vorstand aus, wegen zahlreicher Differenzen über die inhaltliche Arbeit des Vereins und wegen Differenzen mit dem Hausleiter (unmittelbarer Anlass: Festschrift zum 20jährigen Bestehen des Nachbarschaftshauses und die darin wiedergegebene Darstellung der Jugendarbeit von Karl-Fried Schuwirth).

06.05.1986: Es wird intensiv über Konsequenzen nach dem **Reaktorunfall in Tschernobyl** diskutiert. Umfangreiche Aktionen werden initiiert, u.a. die Verteilung von unbelastetem Milchpulver im Saal. Täglich werden die aktualisierten Messwerte veröffentlicht.

25.07.1986: Anlässlich einer privaten Hochzeitsfeier gibt es im Saal einen **tödlichen Unfall**: Ein Kind stirbt nach der Verletzung durch ein Glasstück der zersplitterten Saal-Tür. Nach Schock und Entsetzen wird klar: Die zahlreichen Glastüren sind ein hohes Unfallrisiko. Daraufhin werden die Glastüren mit Sicherheitsglas ausgerüstet. Eine Begehung durch Sicherheitsexperten zeigt, dass auch weitere Einbauten von Sicherheitsglas unumgänglich sind und erhebliche Kosten verursachen werden.

23.09.1986: Der Leiter des Sozialamtes, Herr Gerd Hoffmann schlägt vor, **im AKSD hauptamtliche Mitarbeiter-**

rinnen einzustellen für die Haushilfe. Dies wird vom AKSD abgelehnt („Da sich zwei Klassen von Mitarbeiterinnen ergeben könnten“) Später wird diese Entscheidung revidiert werden.

Die Stadt Wiesbaden wünscht, dass ein **EB-Mitglied in der Arbeitsgruppe des Sozialdienstes** teilnimmt. Dies löst eine langwierige Diskussion aus über die Zusammenarbeit von EB und Sozialdienst. Die Schweigepflicht und das Prinzip der Freiwilligkeit von Beratung stehen auf dem Prüfstand...

28.10.1986: Sozialamtsleiter Herr Hoffmann und Herr Schwarz, Sozialdezernat, besuchen den Vorstand und drängen auf die **Anstellung von bis zu 20 hauptamtlichen Mitarbeiter(innen) im AKSD**, die für Haushilfetätigkeit aus Sozialhilfeempfängern rekrutiert werden sollen. Damit sollen die Regionen Biebrich und Schierstein flächendeckend versorgt werden. – Keine Zustimmung dafür im Nachbarschaftshaus: Das passt nicht zur Freiwilligkeit der Mitgliedschaft im AKSD.

Herr Schwarz stellt in Aussicht, dass eine **ABM-Stelle im Bereich der Schuljugend** von der Stadt finanziert werden kann (Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder).

Das Nachbarschaftshaus feiert sein **20-jähriges Bestehen**. Dazu gestaltet Mustafa Kücük eine Festschrift. Zum ersten Mal arbeitet das Nachbarschaftshaus an der Dokumentation seiner Geschichte...

25.11.1986: Der AKSD wehrt sich mit Unterstützung des Vorstandes heftig gegen die geforderte Ausweitung, und es beginnt ein **politischer Drahtseilakt** um dies zu verhindern.

Wegen **langer Krankheitszeiten im Kindergarten** erhebt sich Elternprotest, mit dem sich der Vorstand auseinandersetzen muss.

03.12.1987: Es wird beschlossen, bei der Stadt für die ABM-Stelle im Bereich der Schuljugend ein drittes Jahr zu beantragen, - mit der Verpflichtung, eine entsprechende Planstelle zu schaffen.

Die Planstelle in der Jugendabteilung wird von 20 auf 40 Stunden erweitert.

Es wird festgestellt: In der **Galatea-Anlage überwiegen die Freizeitangebote**, während **im Nachbarschaftshaus** der Schwerpunkt liegt auf den „**Sozialangeboten**“ für Jugendliche. Damit ist der Konkurrenzdruck zwischen den beiden Einrichtungen reduziert.

Die Heizung ist defekt. Der Kostenvoranschlag für eine Instandhaltung beläuft sich auf 25.000,-- DM ...

Für das **Treffcafé** wird **Frau Dehmel** im Rahmen einer ABM eingestellt, mit der Hoffnung, dass die Personalkosten durch den Verkauf von Speisen und Getränken auf



Festschrift zum 20 jährigen Bestehen des Nachbarschaftshauses

Dauer refinanziert werden. Dies ist ein oft wiederholter Versuch, das Treffcafé zu beleben.

Für die **EB** wird **Karin Engelhard** eingestellt mit dem Schwerpunkt der **Beratung von ausländischen Familien**, die in der EB unterrepräsentiert sind.

31.03.1987: Die **Glasbruchversicherung muss gekündigt** werden. Nach mehreren Schadensfällen ist die Prämie zu teuer. Außerdem weigert sich das Land Hessen, die Kosten für die Prämie anzuerkennen. Der Landeszuschuss für das Nachbarschaftshaus steht insgesamt auf dem Spiel.

Die **EB soll auch für den Sozialdienst - Regionale Arbeitsgruppe AKK** (Amöneburg, Kostheim, Kastel) **zuständig** werden. Die EB weigert sich, dies ohne Personal- ausweitung zu übernehmen.

04.08.1987: Die **Stadt Wiesbaden** macht ihre weitere **Bezuschussung der EB davon abhängig, ob die EB Regelungen unterschreibt für eine Verbindliche Kooperation mit dem Sozialdienst**. Dies löst „großes Befremden“ aus und eine anstrengende Auseinandersetzung mit der Stadt beginnt - der Ortsbeirat wird mit eingeschaltet.

13.10.1987: Karl-Fried Schuwirth dankt den **Vorstandsmitgliedern**, die zu einem **gemeinsamen Rundgang ins Nachbarschaftshaus** gekommen waren. Und auch die Vorstandsmitglieder sprachen sich positiv dazu aus, „da der Rundgang durchs Haus ihnen konkrete Vorstellungen und eine bessere Beziehung zum NH und seinen Mitarbeitern ermöglicht habe“.

10.11.1987: Der Wechsel der **EB-Leitung von Brigitte Rother zu Eberhard Günther** wird grundsätzlich begrüßt. Der Betriebsrat bemängelt jedoch die „Ämterhäufung bei Herrn Günther (Leiter der EB, Stellvertretender Hausleiter, Leiter des Kindergartens, stimmberechtigtes Mitglied im Vorstand)“.

01.12.1987: In der EB wird Gudrun Freier-Knorr eingestellt.

Jürgen Welzel, ASB, berichtet im Vorstand über die Vorzüge des **Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband**. Der Vorstand beschließt den Aufnahmeantrag.

Ab 01.01.1988 **übernimmt Eberhard Günther die Leitung der EB** und löst damit Brigitte Rother ab.

Im Haushalt 1988 sollen **Landesmittel um 1 Prozent reduziert** werden. Damit würde eine Finanzlücke von 3.620,-- DM entstehen. Vielfältige Protestbriefe gehen raus: An das Sozialministerium, den Landtagspräsidenten und die Vorsitzenden der Sozialausschüsse...



Das Team der Erziehungsberatung 1987: Brigitte Rother, Otto Merkel, Eberhard Günther, Gunhild Stoll, Gudrun Freier-Knorr, Christa Löhndorf, Heide Daute, Dagmar Hipp (es fehlt der Fotograf Karl-Fried Schuwirth)

26.01.1988: **Die Mitgliedschaft im DPWV wird beschlossen.**

MITGLIED IM



23.02.1988: Die **Kürzung der Landesmittel** erfordert einen veränderten Wirtschaftsplan.

Dem Nachbarschaftshaus droht der **Entzug der Gemeinnützigkeit**, nachdem ein Mitarbeiter im Rahmen der Sozialberatung auch beim Lohnsteuerjahresausgleich geholfen haben soll. Später ließ sich dies durch Gespräche abwenden.

Die Mitgliedschaft im DPWV könnte gefährden: Hauptamtliche Mitarbeiter(innen) sind im Vorstand! (Da sie nicht im „geschäftsführendem Vorstand“ sind, wird die Aufnahme vom DPWV akzeptiert).

Otto Merkel wird als Nachfolger von Karin Engelhardt in der EB eingestellt.

21.03.1988: **Einbruch im Nachbarschaftshaus:** Der gesamte Tresorbehälter mit Bargeld, Papieren und Schlüsseln wird gestohlen.

22.03.1988: Der Kooperationsvertrag zwischen Nachbarschaftshaus und Landeshauptstadt Wiesbaden wird beschlossen: **Die Arbeitsgruppe des Sozialdienstes Biebrich und die Beratungsstelle im Nachbarschaftshaus kooperieren** auf der Basis eines Vertrages.

07.06.1988: Die Stadt ist an das Nachbarschaftshaus herangetreten, um mehr Plätze für Hortkinder zu schaffen. Dies stößt vor allem auf räumliche Probleme. Dies ist der **Anfang der Bemühungen für einen Umbau.**

19.06.1988: Frau Jutta Breschar (vermittelt von Irma Godwa) soll einen **Umbauplan** erstellen um zusätzlichen Raum zu gewinnen für eine neue Hortgruppe.

Gerhard **Wölfinger** wird die Nachfolge seiner bisherigen **Abteilungsleiterin der Jugendabteilung**, Brunhild Ziebart, antreten ab dem 01.10.1988 und seine bisherige 20 Std.-Stelle auf eine 40 Std.-Stelle ausweiten.

Der Tarifvertrag 1989 wird eine **Arbeitszeitverkürzung** bringen, die erhebliche Mehrkosten verursachen wird bei gleichen Öffnungszeiten.

Auf Betreiben des Hessischen Sozialministeriums **müssen Versicherungen gekündigt werden:** Die Schlüsselversicherung, die Elektronikversicherung, die Filmpositivversicherung und die Glasversicherung.

18.10.1988: **Der Kooperationsvertrag zwischen der Erziehungsberatung und dem Sozialdienst Biebrich** ist endlich „unter Dach und Fach“ nachdem sich die Praktiker geeinigt haben!



Der seit vielen Jahren als Honorarmitarbeiter tätige Maler Gudo Knabjohann gestaltet den Flur im 1. OG. mit Jugendlichen seiner Malkurse zu einer blühenden Alpenlandschaft...



Bericht der Studienreise in die Türkei –
verfasst von den Teilnehmer(innen) aus dem
Nachbarschaftshaus Wiesbaden

Eine **kleine Umbaumaßnahme** zur Teilung des unteren Foyers wird verworfen. Sie wäre die Voraussetzung gewesen, um eine neue Hortgruppe aufzumachen.

22.11.1988: **Ausländerfeindliche Äußerungen** zu „Asylantenvorgängen in der Gibb“ haben das Nachbarschaftshaus zur Stellungnahme provoziert. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Borsche bekommt daraufhin anonyme Drohanrufe. **Das gesamte Nachbarschaftshaus stellt sich hinter Dr. Borsche.**

Statt in einen Umbau werden die bereitstehenden Mittel in die **Erneuerung der Stuhlpolster** für die Saalstühle gesteckt; sowie in Mobiliar für den Kindergarten.

Die **Telefonanlage** (alle Nebenstellen werden vom Sekretariat aus vermittelt) **soll erneuert** werden. Dabei beantragt die EB eine „extra Leitung“. Die Befürchtung besteht, der EB damit einen Sonderstatus einzurichten...

Für Ostern 1989 wird vom Dachverband in Berlin eine **Türkei-Reise** geplant, an der Mitarbeiter(innen) des Nachbarschaftshauses teilnehmen können.

„**Neues Wohnen**“ ist ein Projekt im Seniorentreff, bei dem es um neue Wohnformen geht: Generationsübergreifend, Familien- und Alten- gerecht, selbstbestimmt, nachbarschaftsorientiert – mit gegenseitiger Unterstützung und organisierten Gemeinschaftsaufgaben. Insgesamt arbeiten daran über mehrere Jahre 27 Haushalte, darunter kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund, zukünftige Hauseigentümer und Mieter, darunter auch einige Berechtigte für den Sozialen Wohnungsbau und schließlich die „Wohnfrauen“, die eine eigene Wohneinheit wünschen mit Gemeinschaftsräumen, in denen sie ihre Wohngemeinschaft pflegen können. Sie alle treffen sich häufig, um ihre Erwartungen miteinander auszutauschen, um gemeinsam Feste zu feiern und sich dabei besser kennen zu lernen. Sie gehen miteinander auf (Bus-)Reisen – z.B. nach Darmstadt und Trier, um Wohngenossenschaften kennen zu lernen. Schließlich führt eine „Bedarfsanalyse“, die mit Unterstützung der „Planwerkstatt“ erstellt wird, zu Gesprächen mit dem Sozialdezernat und dem Wohnungsamt. In einem neu erschlossenen Baugebiet im „Sauerland“ (Dotzheim) sollen die Träume wahr werden. Als die Arbeit an der Genossenschaftssatzung zu mühsam wird, bietet sich die Stadt als Bauherr und Vermieter an. Der Unternehmungsgeist und die Aufbruchstimmung schwinden. Die Kompromisse, die bei der Realisierung des Gemeinschaftsprojektes gemacht werden müssen, sind zu groß. Schließlich ist es noch ein Mitglied der Gruppe, das tatsächlich in das Wohnquartier „Neues Wohnen“ im Sauerland einzieht...

1990 im Herbst: Die **Alleinerziehendengruppe** trifft sich erstmalig. Sie wird zukünftig ein fester Bestandteil der Familienbildung. Später werden Prüfer des hessischen In-

nenministeriums monieren, dass für diese Gruppe eine kostenlose Kinderbetreuung angeboten wird...

11.12.1990: Herr Wölfinger berichtet über den **Kooperationsvertrag „Maßnahme für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose“** zwischen HUjA e.V. Wiesbaden (Hilfe und Unterstützung jugendlicher Arbeitsloser), Jugendhilfezentrum Johannesstift, Evangelischer Dekanatsverband und Nachbarschaftshaus (dies ist der Grundstein für die Entwicklung zum **Trägerverbund** Wiesbaden und zu den „**Bauhaus Werkstätten Wiesbaden**“).

Der Kindergartenvater Architekt Kubisch legt Ergebnisse einer **Vorplanung für den Kindergarten** vor (Erdgeschoss, Dachgeschoss, Neubau). Dies führt später zum Vertragsabschluss mit ihm zum Neubau.

Zum wiederholten mal wird ein Brief an ESWE geschrieben, mit der Bitte um **Umbenennung der Haltestelle Adolf-Todt-Straße in „Nachbarschaftshaus“** – ohne Erfolg...

13.02.1991: Der Magistrat billigt die **Planungskosten für den Kindergartenumbau**.

19.02.1991: Es gibt eine gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Personalausschuss zu weitreichenden Fragen: Notwendige Reparaturarbeiten im Nachbarschaftshaus, Personalbemessung im neuen Kindergarten, in der Einsatzleitung des AKSD und im Seniorentreff.

Die städtische Regelung **„Arbeitszeitregelungen bei Freizeiten, Seminaren“** sollen auch im Nachbarschaftshaus angewandt werden.

26.02.1991: In der Erziehungsberatungsstelle soll eine Stelle für **Trennungs- und Scheidungsberatung** geschaffen werden (20 Std./Woche).

Herr Koch berichtet im Vorstand über **Initiativen des Nachbarschaftshauses im Zusammenhang mit dem Golfkrieg** - es fand eine Veranstaltung statt, an der Eltern und Kinder die Möglichkeit hatten über ihre Ängste zu sprechen. Der Rosenmontag fiel aus.

Manfred Kahl erklärt sich bereit, die Nachfolge von Herrn Dr. Borsche für den **1. Vorsitz** zu übernehmen.

Es wird das **25 jährige Jubiläum des Nachbarschaftshauses** geplant: Dazu gehören außer einer Festveranstaltung: eine Festschrift, die Erstellung von Schautafeln mit Fotos und Erlebnisberichten aus den letzten 25 Jahren sowie eine Ausstellung „The Beatles“, die die Jugendabteilung organisiert.

07.05.1991: Ute Haarlos wird Nachfolgerin von Marlies Eberhard im Bereich Schuljugend.



Manfred Kahl (r.) – hier zusammen mit Karl-Fried Schuwirth anlässlich einer Spendenübergabe...



Dr. Angelika Stirn wird ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz

In der der Goetheschule soll „**Betreuende Grundschule**“ eingerichtet werden. Das Nachbarschaftshaus ist an der Trägerschaft interessiert. Es werden die Vorteile einer intensiveren Kooperation besprochen.

Nach dem Tarifabschluss vom 26.04.1991 werden neue Grundlagen geschaffen zur **Eingruppierung von Mitarbeiter(innen) im Sozial- und Erziehungsdienst**. Nach vielen Diskussionen und Rückversicherungen mit der Stadt wird diese tatsächlich zum Jahresende 1992 beschlossen. Die Abteilungsleiter(innen) werden danach wie die Arbeitsgruppenleiter(innen) im städtischen Sozialdienst vergütet.

24.06.1991: Andreas Gruschkus wird Nachfolger von Ute Haarlos als Abteilungsleiter der Schuljugend.

27.06.1991: Dr. Angelika Stirn, **vormals 1. Vorsitzende des Vereins, erhält** im Nachbarschaftshaus **das Bundesverdienstkreuz**.

17.07.1991: In der **Teeküche des Kindergartens bricht Feuer aus**. Die gesamte (Innen)einrichtung geht in Flammen auf. Ein auf der Herdplatte abgestelltes Kofferradio war die Ursache. Die Versicherung übernimmt den Schaden. Es bleibt die Trauer: Frank Bodis und Gerhard Wölfiger hatten kurz zuvor einen neuen Kühlschrank und einen neuen Herd eingebaut...

08. + 09.11.1991: Der **Verband für sozialkulturelle Arbeit** feiert sein **40jähriges Bestehen** - zusammen mit dem **25 jähriges Bestehen des Nachbarschaftshauses in Wiesbaden**. Besonderer Glanzpunkt ist die **Festrede von Prof. Dieter Oelschlägel**, Universität Duisburg und 1. Vorsitzender des Verbandes für Sozial-kulturelle-Arbeit: „Die Nachbarschaft – unerschlossene Ressource sozial-kultureller Energie“. (siehe Anhang)

28.01.1992: Dieter Schumacher wird im Rahmen einer BSHG §19 - Maßnahme eingestellt für den Bereich der Schuljugend.

Der AKSD feiert sein 10jähriges...

24.03.1992: Brigitte **Höhme, Buchhalterin, kündigt** überraschend zum 30.06.92 aus „persönlichen Gründen“ (Sie heißt nun Brigitte Reul...).

11.05.1992: Es tagt zum 1. Mal die „**Arbeitsgruppe Umbau Kindergarten**“.

12.05.1992: Michael Brühl und Marita Schiff werden nach langer Diskussion eingestellt als „Tandem“ zur Nachfolge von Brigitte Höhme in der Buchhaltung (können denn 2 für eine Kasse gleichzeitig verantwortlich sein?)

02.06.1992: Das **Land hat seine Mittel für den Umbau Kindergarten zugesagt**. Den Bewilligungsbescheid über-



Festschriften zu den Jubiläen

reicht später die Ministerin persönlich im Rahmen einer Mitgliederversammlung.

22.08.1992: Es findet eine **Klausurtagung von Mitarbeiter(innen) und Vorstandsmitgliedern in Naurod** statt. Im Mittelpunkt stehen Fragen zur Identifikation mit dem Arbeitsplatz, zu Identifikation mit dem Vorstandplatz und zur Kooperation unter den Abteilungen des Hauses.

04.11.1992: Die Stelle der Leitung des Seniorentreffs wird von einer 30 Stundenwoche auf eine 35. Stundenwoche ausgeweitet.

01.12.1992: Der Vorstand kann sich zunächst nicht entschließen, zur **Umwandlung der Lehrküche in ein Spielkreiszentrum** ja zu sagen. (Später könnte man ja den Verlust der gut eingerichteten Küche bedauern!)

03.12.1992: Der **AKSD** erhält den erstmalig vergebenen „**Seniorenpreis**“ für **sozial engagierte Bürger und Initiativen**. Dr. Herbert Günther und Achim Exner verleihen den Preis.

14.12.1992: Ein **Demonstrationszug gegen Ausländerfeindlichkeit** wird in Biebrich veranstaltet, an der das Nachbarschaftshaus zusammen mit ca. 600 Bürger und Bürgerinnen beteiligt ist.

14.01.1993: Zum wiederholten male **wurde eingebrochen....**

02.02.1993: Im Bereich des Seniorentreffs wird eine **behindertengerechte Toilette** eingebaut.

Für 1993: Karl-Fried Schuwirth übernimmt als Kreisgruppensprecher des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes die **Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft „Freie und behördliche Wohlfahrtspflege in Wiesbaden“**.

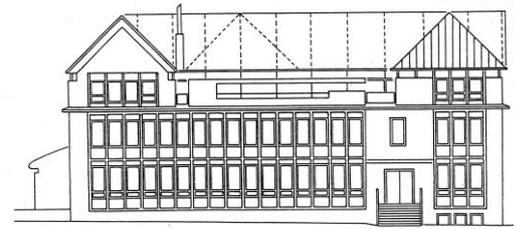
19.02.1993: Nach langer Diskussion wird deutlich: **Im Arbeitskreis Soziale Dienste braucht es hauptamtliche Haushilfen**.

02.03.1993: Der **Architektenvertrag** für den Umbau der Kindertagesstätte mit Herrn Kubisch wird **unterzeichnet**.

30.03.1993: Als Nachfolgerin von Lissi Lieb wird Karin Schembecker für die **Hauswirtschaft** eingestellt, mit der Perspektive, später die Essensversorgung im Kindergarten sicherzustellen.

Im **AKSD** werden die ersten beiden **hauptamtlichen Haushelferinnen** eingestellt, zunächst für 2 Jahre „um das finanzielle Risiko kleinzuhalten“.

Kerstin Hinze wird Nachfolgerin von Andreas Gruschkus als Leiterin der Abteilung Schuljugend.



Westansicht: Elisabethenstraße

Die erste Zeichnung des „Kindergartens auf dem Dach“ von Architekt Kubisch



Die Lehrküche vor ihrem Umbau zum Spielkreiszentrum



Gestaltung der Jahresberichte 1993-1999: Die Vorlage von Hildegard Schuwirth wurde mit dem Computer getunt...

Damit kann Herr Dieter Schumacher (angestellt im Rahmen einer BSHG §19-Maßnahme) nachrücken auf die freier werdende Stelle von Kerstin Hinze.

Dr. Paul Gercke wird Schatzmeister als Nachfolger von Erich Ennen.

04.05.1993: Eine Grundstückseigentümerin aus der unmittelbaren **Nachbarschaft** erhebt **Einspruch zur Bauplanung**. (Zu hohe Bebauung...) Dies verzögert die Baugenehmigung erheblich.

Die **Hausmeisterwohnung wird saniert** und als Ausweichmöglichkeit für Mitarbeiter während des Umbaus genutzt.

Mitte des Jahres wird mit der **Erneuerung der Fenster der Südfassade** begonnen.

Zur **Dachverbandstagung in Bukow** (Berlin Nähe), viele Mitarbeiter(innen) sind dabei.

06.07.1993: Erstes „**Frauenfrühstück**“ in der Altentagesstätte.

Die Zusammenarbeit mit der ortsnahen Industrie bringt neue Initiativen der jungen Alten ins Nachbarschaftshaus: **Vorruheständler von Kalle-Albert** treffen sich zur Vorbereitung ihres Ruhestandes. Daraus entwickeln sich Freizeitgruppen mit intensivem Zusammenhalt: Die „Plänzer“, die Old Tec´s, die „Hambach-Rutscher“ und die „Unruhegruppe“...

08.06.1993: Der Vorstand bringt „seine Betroffenheit und seine Abscheu zu den **Morden an den ausländischen Mitbürgern in Solingen** zum Ausdruck. Der Vorstand bekräftigt nochmals, „alles nach seinen Möglichkeiten zu tun, um die Integration unserer ausländischen Nachbarn in Biebrich zu fördern und verurteilt jede Form von Gewalt und Diskriminierung auf das Schärfste“.

20.07.1993: Die Stadt Wiesbaden ist an das Nachbarschaftshaus Wiesbaden herangetreten zur **Übernahme der Mitarbeiter(innen) des städtischen EB-Teams Schelmengraben**. Nach langen Verhandlungen scheitert dies an der Zustimmung städtischen Personalrates und der betroffenen Mitarbeiter(innen). Das Nachbarschaftshaus atmet auf!

Architekt **Kubisch erhält den Auftrag, für den Umbau der Kindertagesstätte die Bauüberwachung und Baubetreuung** zu übernehmen.

Herr Schuwirth wird bevollmächtigt im Namen des Vereins Verträge für den Umbau abzuschließen.

Es wird der **Bauausschuss** gegründet, bestehend aus: den Herren Kahl, Bodis, Kubisch und Schuwirth.

Das Nachbarschaftshaus wickelt seinen **Zahlungsverkehr über „NASPA online“** ab.



Das Nachbarschaftshaus vom Jägerhof aus. Nach dem Umbau wird es ein weiteres Stockwerk tragen...

14.09.1993: Eine neue **Telefonanlage** steht ins Haus. Sie erlaubt, dass die **Nebenstellen mit eigener Nummer direkt angewählt** werden können und nicht vermittelt werden müssen. Hierdurch ist mit einer spürbaren Arbeitserleichterung im Sekretariat zu rechnen.

Die „**Bauhauswerkstätten Wiesbaden GmbH**“ werden gegründet. Das Nachbarschaftshaus ist Mitgesellschafter.

12.10.1993: Die **Toilettenanlagen im unterem Foyer** werden erneuert. Die Bauzeit will nicht enden

Das Nachbarschaftshaus hat mit der neuen Telefonanlage (ISDN) eine **neue Telefonnummer**: Vorher 65025, 65026, 65027 neu: 96721-0 Alle Nebenstellen haben eigene Nummern.

25.01.1994: In der Rathausstraße werden Parkautomaten aufgestellt. Ab jetzt beginnt ein heftiger **Kampf um die Parkplätze** um das Nachbarschaftshaus.

Karlheinz Lieb geht in Rente: Es wird schwer, so einen engagierten Nachfolger als Hausmeister zu gewinnen ...

22.02.1994: Der Wirtschaftsplan des Hauses hat ein erhebliches Finanzierungsloch wegen Einsparungsmaßnahmen der Stadt Wiesbaden. Es fehlen 40.000,- DM.

Im Rahmen einer Reihenuntersuchung wurde bei einem Mitarbeiter eine **TBC-Erkrankung** festgestellt. Das hat für einige Mitarbeiter(innen) äußerst unangenehme Konsequenzen: Sie müssen monatelang Antibiotika schlucken.

Immer wieder sorgen **Diebstähle** für Empörung.

15.03.1994: Eine Bürgerinitiative mit dem Friseur Clemens Würkner hat auf dem Marienplatz in Biebrich ein großes Stadtteilstfest ausgerichtet unter dem Motto „Wir leben zusammen“. Den Erlös überreicht Clemens Würkner an das Nachbarschaftshaus, das mit diesem Geld eine **Hausaufgabengruppe** für türkische und griechische Jugendliche sowie eine **Deutsch-Türkische-Frauengruppe (später „Friedensblumen“)** finanzieren wird.

AKSD: Das Pflegeversicherungsgesetz hat möglicherweise zur Folge, dass der Verein gezwungen sein wird zur Zusammenarbeit mit einem privaten Pflegedienst oder selbst einen eigenen Pflegedienst einzurichten, da für Pflegeversicherte **Haushilfe und Pflege nur aus einer Hand** finanziert wird.

Der Wortlaut einer **neuen Geschäftsordnung** des Vereins wird beschlossen.

26.04.1994: **Die Umbaumaßnahmen** für die neue Kita **haben begonnen** und verursachen erheblichen Lärm



Karlheinz und Lissie Lieb, das „Hausmeisterehepaar“ ...



Das Bauschild



(Presslufthämmers auf dem Dach im Bereich des Aufzug-Schachtes). Es wird fast unzumutbar dabei zu arbeiten

Dr. Angelika Stirn springt noch einmal ein als **erste Vorsitzende** im Übergang (Damit ermöglicht sie kurze Zeit später Wiederwahl von Manfred Kahl, der nach 2 Wahlperioden satzungsgemäß nicht unmittelbar wiedergewählt werden kann...

Es treten Probleme mit dem Prüfstatiker auf, und es droht eine **Bauverzögerung**. – voraussichtlich 4 Wochen (diese Voraussage wird später nur noch ein müdes Lächeln erzeugen!)

30.08.1994: Eine Spende macht es möglich: zunächst bis Weihnachten wird eine **Kindergartengruppe für ausländische Kinder** eingerichtet – vorerst zwei mal pro Woche...

Später fließen die Spenden reichlicher und die „Sprachfördergruppe“ kann ausgeweitet werden.

Später entwickelt sich daraus die **Aktion „Startchancen 95“**

„Was finde ich wo in Biebrich“ - der Wegweiser für Seniorinnen und Senioren entsteht aus der Zusammenarbeit im „Gesprächskreise Seniorenarbeit in Biebrich“ und ersetzt nun die gleichnamige Broschüre, die der Kreis schon 1987 veröffentlichte.

Nach der Bauverzögerung kann endlich mit dem **Rohbau begonnen** werden. Die **ersten Nässeschäden** sind aber bereits entstanden, da Regen in die Dachhaut eingedrungen ist, die an einigen Stellen geöffnet werden musste.

Brigitte Rother, Leiterin der EB, wird nach 28jähriger Tätigkeit in den Ruhestand verabschiedet.

Herr Günther übernimmt ihre Nachfolge.

Die BauhausWerkstättenWiesbaden wandeln sich vom „Trägerverbund“ zur **gGmbH**. Herr Wölfinger soll mit einer halben Stelle an die BauhausWerkstätten ausgeliehen werden („Gestellungsvertrag“). Mit dem dafür gezahlten „Bereitstellungsersatz“ sollen Zusatzkräfte für die Hausaufgabenbetreuung im Nachbarschaftshaus finanziert werden.

27.09.1994: Es zeichnen sich **Mehrkosten für den Umbau** ab. Der Vorstand drängt auf die Kalkulation dieser Mehrkosten.

Die **Wasserschäden** steigern sich besorgniserregend...

15.11.1994: **Das Hausfest ist trotz der erheblichen Nässeschäden gut verlaufen.** Besucher hätten die Plastikfolien, die zur Kanalisierung der Wasserströme von den Decken herabhängen, als originelle Dekoration empfunden...



Abschied von Brigitte Rother

Nach dem Hausfest entschied die Elektro-Fachfirma: Die gesamt **Elektroinstallation im 1. OG muss abgeschaltet** werden. Die nassen Wände leiten bereits den Strom. Es werden Räume gesperrt und Notkabel über die Flure gelegt.

Aber der Betrieb muss weitergehen...

Die Verhandlungen mit der Stadt zur **Zusammenlegung der Städtischen Erziehungsberatungsstellen** mit den Beratungsstellen der freien Träger sind endgültig gescheitert....

06.12.1994: Nun ist es klar: Dem bereits begonnenen **Umbau droht ein Fiasko**: Es könnten **Mehrkosten** von bis zu

50 % der 1991 veranschlagten Bausumme entstehen. Die **Nässeschäden** werden immer unkalkulierbarer. Erhebliche **Schimmelbildung** macht die Nutzung von diversen Räumen unmöglich. Das Wasser dringt schon in das Erdgeschoss. Kindergarteneltern stellen unangenehme Fragen zur gesundheitlichen Gefährdung der Kinder..

Das Vertrauen zum Architekten schwindet. Die Honorarzah­lungen an ihn werden eingestellt. Die Zuschussgeber werden alarmiert...

17.01.1995: Eine Mitarbeiterin verliert ihren General­schlüssel. Das löst umfangreiche Überlegungen aus zur **Veränderung der Schlüsselanlage**, die auch den Neuba­u einbeziehen. Herr Bodis regt an, „Abteilungsschlüssel“ einzuführen, die die Abteilungen gegen Missbrauch der Schlüssel durch andere Abteilungen sichern. Die Schlüssel­frage wird zum Schlüsselproblem und hat die Entwick­lung eines detaillierten Schließplans zur Folge. Die Umset­zung führt zu stärkerer Abgrenzung der Abteilungen und zur aufwändigem Management des Schlüssel­systems und zu Schlüsselstellungen....

14.02.1995: Das Umbaufiasko verstärkt sich: Die Stadt macht den Bau­träger, also den **Verein verantwortlich für die Schäden**, die beim Umbau an den Teilen des Altbaus entstanden sind. Der Architekt ist durch die Einstel­lung der Honorarzah­lungen nicht mehr motiviert, die an­stehenden Probleme anzugehen. Ein Hilferuf geht an die Stadt: Es geht um baufachliche Hilfe. Es wird dennoch mit Nachdruck daran gearbeitet, zumindest den **Wasser­einbruch** zu stoppen (Dacheindeckung, Belag auf den Freiflächen). Danach wird mit einem Baustopp gerechnet. Inzwischen sind ein großer Teil der Räume im 1. OG. Nicht mehr nutzbar. **Ausweichquartiere** werden gesucht – und gefunden: Im Rathaus Biebrich und im Katharinenstift. Das Sekretariat zieht ins Erdgeschoss und das Programm geht weiter... Der Vorstand bemüht sich, mit Dankeswor­ten an die Mitarbeiter(innen) die Aufrechterhaltung der Moral zu stützen.



Die Nässeschäden in Gängen und Büros...



Bei der Baustellen-Besichtigung: (v.r.n.l.): Manfred Kahl, Frank Bodis, Michael Lechner (Bauhaus-Geschäftsführer), Herr Schmittl, Polier (Bauhaus).



Provisorische Abdeckung der Freiflächen, die aber gegen eindringendes Wasser nicht wirklich Schutz bietet.

14.03.1995: Angekündigt wird: Die **Abdichtung des Daches** und der Freiflächen soll nun unmittelbar bevorstehen...

Nach dem neuen **Pflegeversicherungsgesetz** können **hauswirtschaftliche Leistungen** (des AKSD) nur noch im Zusammenhang mit **pflegerischen Leistungen** abgerechnet werden. Soll der AKSD um einen ambulanten Pflegedienst erweitert werden? Der Vorstand beschließt, mit den bestehenden Pflegediensten eine **Kooperation** zu vereinbaren.

25.04.1995: Das **Dach ist endlich gedeckt**. Aber immer noch fließt das Wasser in die Räume. In den Zwischendecken ist noch ein **gewaltiges Wasserreservoir** eingeschlossen, an das nicht dranzukommen ist...

Die Stadt erklärt sich bereit, mit ihrem Hochbauamt die **Bauaufsicht** zu übernehmen. Der Architekt gerät erheblich unter Druck. Es werden keine Honorarzahungen mehr an ihn geleistet.

Es müssen **Einsparungen beim Umbau** erfolgen: Es fehlt das Geld entweder für die (Innen-)Einrichtung oder für den Ausbau der Dachterrassen – mit dem Gruppenraum im Pavillon...

Außerdem muss gegebenenfalls die Verlegung des Haupteingangs zum Jägerhof entfallen (damit auch der Abriss der Wendeltreppe zum unteren Foyer und der Ausbau von 2 Büroräumen im 1. OG.).

Dennoch ist eine **Erhöhung des städtischen Zuschusses** zu den Baukosten notwendig. Sondierungsgespräche mit dem Jugendamt und mit dem Ortsbeirat geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Die Wasserschäden sind so groß, dass erstmalig in diesem Jahr das **Hausfest ausfallen** soll. Lediglich der Laternenumzug im Schlosspark ist möglich. Die Vorschläge für ein „Dachfest“ statt eines Richtfestes werden bald verworfen: Bei der derzeitigen Unsicherheit, wie es weiter gehen soll, könnten zu viele Negativbotschaften davon ausgehen....

Das **Land** kündigt an, seine **jährliche Förderung um 20% zu reduzieren**. Kurzfristig kann das durch Einsparungen aufgefangen werden. Langfristig würde das eine Reduzierung der Leistung zur Folge haben. Zunächst wird aber erst einmal die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages beschlossen...

22.08.1995: Endlich übernimmt das **Hochbauamt die Projektsteuerung**. Im Altbaubereich können die Nässe-schäden aber immer noch nicht saniert werden, da erst die **Beweissicherung** abgeschlossen sein muss.

Im Rahmen von Bauunterhaltungsmaßnahmen übernimmt die Stadt den **Austausch der einfach verglasten Fenster** der Nordseite des Hauses.



Nässeschaden im Büro der Erziehungsberatungsstelle

Die **Mehrkosten** für den Umbau werden auf **DM 900.000** beziffert.

12.09.1995: Der AKSD ist durch das **Pflegeversicherungsgesetz** sehr verunsichert. Kann er seine Haushilftätigkeit aufrechterhalten ohne eine ambulante Pflege anzubieten? Zunächst werden befristete Arbeitsverträge nicht zu unbefristeten Verträgen umgewandelt.

Es gibt Pläne aus der Abteilung Schuljugend für die Einrichtung einer **Kletterwand** an der Nordfassade. Große Skepsis!

Die Senioren des Nachbarschaftshauses geben eine eigene **Zeitung** heraus: „**HALLO NACHBARN**“. Sie findet großen Zuspruch.

07.11.1995: Im Neubau ist die Heizung eingebaut. Die Elektroinstallation wird beauftragt. Danach wird ein **Baustopp** eintreten, bis die weitere Finanzierung gesichert ist. Das gerichtliche Beweissicherungsverfahren ist geplatzt, weil die Stadt es versäumt hat, rechtzeitig den Gerichtskostenvorschuss einzuzahlen. Dennoch wurde mit der **Instandsetzung der Nässehäden** im Altbaubereich begonnen: Dank der Beauftragung der Bauhauswerkstätten zu besonders günstigen Konditionen (was die finanzielle Seite betrifft; die Mitarbeiter(innen) sind hinsichtlich ihrer Toleranzgrenze auf die Probe gestellt: Die Frage „bis wann seid ihr fertig“ wird nämlich zum Tabu erklärt).

„Die **Haftung des Vorstandes**“ wird zu einem bedrohlichen Vorstandsthema...

30.01.1996: Die Kosten für die **Beseitigung der Nässehäden** werden auf **DM 90.000** veranschlagt. Darin sind nicht die Kosten gerechnet für die Beseitigung des Wassers aus den Zwischendecken und die Trocknung. Der Architekt schließt die weitere Mitarbeit ohne Honorarzahlung aus.

27.02.1996: Die vom Land angedrohte **Kürzung der jährlichen Zuwendung** wird weitgehend zurückgenommen. Aufatmen!

Die **Hessischen Nachbarschaftshäuser** erarbeiten ein gemeinsames **Faltblatt** in der Hoffnung, damit die Landeszuschüsse zu sichern.

Aber schon im April verhängt der hessische Finanzminister eine 30%ige Haushaltssperre. – Immer neue Wirtschaftspläne müssen erstellt werden! Einige Träger kommen in Existenzangst.

Es besteht Baustopp. Die Gelder sind verbraucht. Der Magistrat stoppt die Bewilligung von zusätzlichen Mittel: Zuvor soll vom **Rechnungsprüfungsamt** geprüft werden, was schief gelaufen ist.

Hallo 
NACHBARN
Seniorenzeitung aus dem Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.



Treffen der Vertreter(innen) hessischer Nachbarschaftshäuser in Wiesbaden: v.l.n.r.: Bernd Fuhrmann, Frankfurt Bockenheim; NN; Nora Eisenbarth Frankfurt Ostend; Ulrich Gericke, Darmstadt; NN; Birgit Weber, Dachverband Köln; Stefan Orłowsky, Frankfurt Petterweilstr., Karl-Fried Schuwirth, Wiesbaden.



Das Nachbarschaftshaus aus der Vogelperspektive nach der Fertigstellung des Umbaus

Es werden Klagen über den „erbarmungswürdigen“ Zustand des **Innenhofes** lauter. Die Gehwege geben Anlass zur Sorge wegen Unfallgefahr. An eine Veränderung kann aber erst gedacht werden, wenn der Bau abgeschlossen ist. Auch die **Zustände auf den Parkplätzen** kommen ins Gerede...

16.04.1996: Die „Arbeitsgemeinschaft Biebricher Vereine und Verbände“ zeichnet das Nachbarschaftshaus mit dem **„Biebricher Ehrenteller“** aus. Die dazu gehörige Nadel soll vom Vereinsrepräsentanten bei entsprechenden festlichen Anlässen getragen werden...

Erich Ennen, Filialleiter der Nassauischen Sparkasse Rathausstraße, kann für die **Position des Schatzmeisters** geworben werden.

24.05.1996: Der **Gestellungsvertrag** von Gerhard Wölfinger mit den BauhausWerkstätten wird von 20 Stunden auf 35 Stunden ausgeweitet...

16.07.1996: Endlich: **Zur Fertigstellung des Umbaus genehmigt die Stadt weitere DM 900.000.** Der Vertrag mit dem Architekten wird gekündigt. Damit kann eine neue Bauphase beginnen.



Betriebsausflug zum Disibodenberg...

Umfangreiche Diskussionen entstehen um **Einsparungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt** (es geht um DM 36.000!) bzw. um Gewinnung von Mehreinnahmen.

Das Thema **„Neue Steuerung“** – neue Steuerungsinstrumente in der Jugendhilfe – beflügelt die Phantasien und spaltet die Interessen. Sind unsere Klienten wirklich unsere „Kunden“? Karl-Fried Schuwirth moderiert eine Veranstaltung der Freien Träger zu diesem Thema im Stadtverordnetensitzungssal des Rathauses. Auch bei der großen Fachtagung des Verbandes für Sozialkulturelle Arbeit unter dem Titel „Zentrale Verwaltung oder bürgernahe Gestaltung“, 10.-14.11.1995 in Berlin stand die „Neue Steuerung“ im Mittelpunkt.

Die Mitarbeiter(innen) werden sehr gelobt. Trotz der Umbau- bedingten „widrigen Umstände“ liefern sie Ideen für das Hausfest, in dem das **30jährige Bestehen** des Nachbarschaftshauses gewürdigt werden soll. Der Vorstand will sie zu passender Gelegenheit dafür zu einem Glas Sekt einladen...

Karl-Fried Schuwirth berichtet über eine Ausstellung in Darmstadt über das Engagement der **Quäker im Nachkriegs-Deutschland**, dem letztlich auch das Nachbarschaftshaus Wiesbaden seine Entstehung verdankt.

10.09.1996: Das Land bleibt bei seinem Zuschuss: Das Loch im Haushaltsplan gibt es nicht mehr. Der Wirtschaftsplan kann umgesetzt werden...

Die Rechnungsprüfer fordern einen Wirtschaftsplan, in dem die **Kostenstellen** realistischer von einander abge-

grenzt sind. D.h., es muss ein realistischer Schlüssel gefunden werden für die Verteilung der Allgemeynkosten auf die Abteilungen!

Die **Kletterwand ist fertig gestellt** nach vielem wenn und aber. Und das noch ohne TÜV...

Für die Fertigstellung des Umbaus wird an einem „**Raumbuch**“ gearbeitet unter der Projektleitung des Hochbauamtes. Noch ausstehende **Rechtsstreitigkeiten mit dem Architekten** bedeuten einen erheblichen Unsicherheitsfaktor bei der Bezifferung der Umbau-Kosten.

Die **Renovierung der Nässeschäden** im Altbaubereich ist dank der Bauhauswerkstätten unter der Leitung von Gerhard Wölfinger weit fortgeschritten.

22.10.1996: Es zeigt sich: Es wird zum Ende des Jahres ein **erhebliches Plus** geben in der Kasse des Nachbarschaftshauses. Mit der Stadt Wiesbaden soll verhandelt werden, dass damit längst überfällige Maßnahmen finanziert werden können (Renovierungsarbeiten aus den Nässeschäden, Zaun des Bolzplatzes und des Kindergarten-Spielplatzes). Es gelingt tatsächlich eine Vereinbarung mit der Stadt, einen Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel dafür einzuplanen. Ein kleiner Teil wird zurückgegeben...

Die Stadt fördert „**gerontopsychiatrische Haushilfe**“. Der AKSD wird diese Hilfe anbieten. Dazu gibt es Fortbildung für die Einsatzkräfte des AKSD, die für diesen Einsatz mit einer Gehaltserhöhung rechnen können. Für den AKSD wird ein Zuschussvertrag mit der Stadt abgeschlossen, der erneut eine 5jährige Laufzeit hat.

Der **Wiesbadener Anwalts- und Notarsverein** belegt die Erziehungsberatungstelle des Nachbarschaftshauses mit einer **Anzeige wegen des Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz**. Offensichtlich sehen sich die Anwälte im Nachteil, weil sie nach erfolgreicher Mediation der Erziehungsberatung im Trennungs- und Scheidungsfall nicht mehr zum Zuge kommen. Die geforderte Unterlassungserklärung würde die Arbeit der Beratungsstelle erheblich einengen. Der Vorstand ist mutig. Er will sich auf einen Rechtsstreit mit dem Anwaltsverein einlassen. Eberhard Günther kann hochrangige Gutachter für die Rechtsposition des Nachbarschaftshauses finden. Der DPWV-Landesverband sichert dem Nachbarschaftshaus Hilfe zu mit seiner Rechtsabteilung. Es kann aber in Wiesbaden zunächst kein Anwalt gefunden werden, der für das Nachbarschaftshaus in dieser Sache tätig wird. Erst später gelingt es, dafür eine junge mutige Anwältin zu engagieren, die nicht dem Anwaltverein angehört.

Die Staatsanwaltschaft erklärt, dass sie von einer Strafverfolgung in dieser Sache absieht. Den Anwaltsverein beeindruckt das nicht. Er will die Unterlassungserklärung unterschrieben haben.



Das Abteilungsleiterteam (ALT) 1996: (v.l.n.r.) Karl-Fried Schuwirth, Brigitte Zander, Eberhard Günther, Sabine Langner, Andreas Gruschkus, Gerhard Wölfinger

Die Prüfung der Bauunterlagen durch das städtische Revisionsamt ergab: **Dem Nachbarschaftshaus ist nichts anzulasten.** Schuld für das Desaster beim Umbau tragen in erster Linie der Architekt und die Rohbaufirma. Das Rechtsamt der Stadt Wiesbaden wird das Nachbarschaftshaus unterstützen beim Rechtsstreit mit dem Architekten.

26.11.1996: Rückblick auf **ein wirklich tolles Hausfest:** Zum **30jährigen Bestehen des Hauses** wurde eine Modenschau inszeniert, an der alle Altersgruppen beteiligt waren: Mode der zurückliegenden 30 Jahre. Ein überwältigendes Echo. Zeitweilig musste der Saal wegen Überfüllung geschlossen werden. Die Biebricher, ja die Wiesbadener stehen zum Nachbarschaftshaus. Deutlicher können sie es nicht zeigen.

Hoffentlich gibt es bei einer solchen Veranstaltung auch in der Zukunft keine Sicherheitsprobleme bei der drängenden Fülle... Da muss noch einiges vorgesorgt werden!

Die Leiterin der Familienbildung, Inge Schmollinger-Bornemann kündigt nach Beendigung des Erziehungsurlaubes. Sabine Langner, die sie in dieser Zeit vertrat, soll die Nachfolge antreten. Auf eine Ausschreibung wird verzichtet.

Zur Fertigstellung des Umbaus zeichnet sich ab: Die bewilligten Mehrkosten von DM 900.000 werden nicht reichen. Es müssen **erhebliche Abstriche** gemacht werden. Die stärkere Einbeziehung der Bauhauswerkstätten soll helfen, Kosten zu sparen. Dann allerdings wird es länger dauern!

10.12.1996: In Sachen Umbau wird entschieden: Wegen der fehlenden Finanzmittel **wird auf die Innenausstattung des neuen Kindergartens einschließlich der Kücheneinrichtung zunächst verzichtet**, ebenso auf **die Verlegung des Haupteingangs und den Ausbau der Ersatzbüros im 1. OG.** Nicht verzichtet wird auf den Pavillon-Gruppenraum und den Ausbau der Freiflächen. Für die Innenausstattung sollen verstärkt Spenden gesammelt werden.

28.01.1997: „**Wir leben zusammen e.V.**“ ist ein Verein, der von Clemens Würkner, Frisör aus Biebrich, gegründet wurde, um als Träger von Kulturveranstaltungen in Biebrich aufzutreten (z.B. Filmfestival auf den Rheinwiesen). Er ist auch Träger eines naturnah gestalteten Spielplatzes am Schlosspark. Der Vorstand beschließt: Das **Nachbarschaftshaus wird Mitglied** in diesem Verein.

Mit der Stadt Wiesbaden wird der **Zuschussvertrag** geschlossen, der **zum Abschluss der Baumaßnahme** noch zusätzlich DM 900.000 gewährt und dem Verein eine hohe Verantwortung aufbürdet mit der Verpflichtung, in diesem Kostenrahmen die Eröffnung der neuen Kindertagesstätte sicherzustellen.

25.02.1997: Neue **Zäune am Kindergartenspielplatz** und am Bolzplatz (zur Rathausstraße hin) werden die Spielmöglichkeiten sehr verbessern und zu einem gepflegteren Aussehen beitragen...

Die **Erziehungsberatungsstelle** beginnt mit einem großen Wagnis: sie befragt ihre Klienten nach Abschluss der Beratung mit einem Fragebogen über die Zufriedenheit mit der Beratung und über deren Auswirkungen. Das ist Neuland in Wiesbaden. Am Ende des Jahres sind die Initiatoren sehr überrascht: Die **Nachbefragung oder Katamnese** zeigt eine hohe Zufriedenheit der Klienten – mit soviel Zustimmung hatte keiner gerechnet. In Zukunft wird die Katamnese wichtiger Bestandteil der Qualitätssicherung...

22.04.1997: Erstmals wird ein voraussichtlicher **Eröffnungstermin der neuen Kindertagesstätte** genannt: September 1998. Die Mitwirkung der Bauhauswerkstätten bringt erhebliche Einsparungen aber auch eine erhebliche Zeitverzögerung.

Die Abteilungsleiter(innen) arbeiten an einer **Differenzierung der Kostenstellen**: Es soll deutlich werden, was die einzelnen Angebote des Nachbarschaftshauses tatsächlich kosten. Dazu muss eine realistische Aufteilung der Gemeinkosten auf die Abteilungen und deren Angebote gefunden werden (Hausleitung, Verwaltung, Hausmeister, Hauswirtschaft, Energie usw.)

Es wird in Zukunft nur noch **monatlich eine Versammlung aller Mitarbeiter(innen)** („MAT) geben und nicht mehr – wie bisher – wöchentlich. Dadurch soll mehr Zeit für die wöchentliche Abteilungsleiterrunde (ALT) gewonnen werden. Später wird das ALT noch einmal unterteilt in AT (Abteilungsleiterteam) und OT (Organisationsteam, an dem zu den Abteilungsleiter(innen) auch noch Mitarbeiter(innen) der Verwaltung teilnehmen aus Sekretariat, Buchhaltung, Hauswirtschaft und Haustechnik.

Das seit 1986 bestehende Kooperationsprojekt mit der Riehlschule **„Gespräch zwischen den Generationen“** erhält den Georg-Buch-Preis der Stadt Wiesbaden.

10.06.1997: Die **desolate Parkplatzsituation** beim Nachbarschaftshaus soll im Ortsbeirat angesprochen werden.

Auf den Dachterrassen können die Betondecken mit **Fallschutzmatten** belegt werden. Die Kosten liegen innerhalb des kalkulierten Plans. Nicht nur gut für die Kinder, sondern auch für die Mitarbeiter(innen) der Büros unter den Spielflächen, die erhebliche Lärminderung erhoffen können.

08.07.1997: Eine intensive Diskussion hat den Mitarbeiter(innen)-Kreis erreicht: Es geht um **Einsparungsmöglichkeiten**. Was geschieht, wenn die Zuschüsse gekürzt werden. Wo ist die Schmerzgrenze bei der Einsparung von

Sachkosten und z.B. der Mitarbeit bei Reinigungsarbeiten...

Die Mitarbeiter(innen) drängen auf eine Änderung der **Fortbildungsregelung**: Bei der Bezuschussung von Mitarbeiter-Fortbildungen sollen auch die Fortbildungstage am Wochenende einbezogen werden.

Es konnte Stefan Goeser zur ehrenamtlichen Mitarbeit gewonnen werden für die Einrichtung einer **Tauschbörse**.

Das Nachbarschaftshaus wird eine Potsdamer Initiative unterstützen, die ein **Nachbarschaftshaus in Mostar** fördert.

16.09.1997: Das Nachbarschaftshaus wird sich am städtischen Projekt **„Kinderbrücke“** beteiligen: Die Anwerbung und Betreuung von Frauen, die sich als Pflegemütter zur Verfügung stellen.

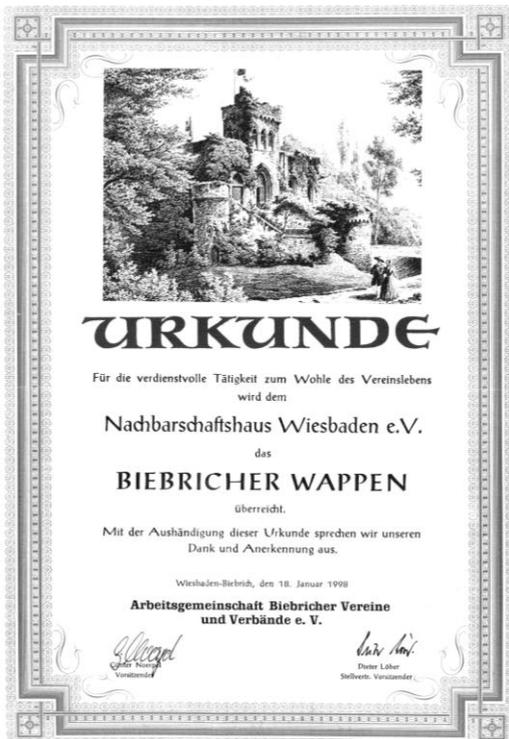
Wie wird das **Inventar für die neue Kindertagesstätte** finanziert? Inzwischen sind DM 22.000 Spenden eingegangen! Aus dem Bauetat können dank des kostensparenden Einsatzes der BauhausWerkstätten doch noch DM 25.000 fürs Inventar genutzt werden. Damit ist die Eröffnung gesichert!

Inzwischen häufen sich die Klagen der Eltern, dass der **Kindergartenspielplatz** wegen des Umbaus immer noch nicht genutzt werden kann...

Auf dem Neujahrsempfang 1998 steht Manfred Kahl als Vertreter des Nachbarschaftshauses in einer Reihe neben Dieter Löber, Horst Klee und Achim Exner, die alle von Günther Noerpel, dem Vorsitzenden der AG Biebricher Vereine und Verbände, mit dem **„Biebricher Wappen“** für besondere Verdienste um Biebrich geehrt werden...

03.02.1998: Das Nachbarschaftshaus wurde von der „Arbeitsgemeinschaft Biebricher Vereine und Verbände“ beim Neujahrsempfang mit dem **„Biebricher Teller“** ausgezeichnet, der höchsten Ehrung, die dieses Gremium zu vergeben hat...

Der **Rechtsstreit mit dem Wiesbadener Anwaltsverein wegen unerlaubter Rechtsberatung** durch die Erziehungsberatungsstelle wird beigelegt. Der Anwaltsverein wird einem **Vergleich** zustimmen, der der Beratungsstelle nicht weh tut... Seine Aussichten, in einem Prozess seine ursprünglichen Forderungen durchzusetzen, wurden immer geringer... Der Triumph des Nachbarschaftshauses, den Prozess zu gewinnen, wäre ihm unter Umständen teuer zu stehen gekommen. So ist der Vergleich auf niedrigem Niveau ein haltbarer Kompromiss. Hat er doch bis jetzt schon viel zu viel Einsatz und Energie gekostet... Immerhin muss der Anwaltsverein allein die Gerichtskosten tragen – mit dem Hinweis im Gerichtsbeschluss, dass er voraussichtlich im Prozess unterlegen gewesen wäre!



Der „Biebricher Teller“

20.04.1998: Für die neue Kinderabteilung legt Karl-Fried Schuwirth eine Konzeption vor, in der die **Abteilung Schuljugend und die Abteilung Kinder zusammgelegt** werden. Die Abteilung bekommt eine eigene Leitung und ist nicht mehr Bestandteil der Erziehungsberatungsstelle.

Die Rohbaufirma ist inzwischen in Konkurs gegangen. Den **Rechtsstreit um die Kosten der Nässeschäden** wird die Stadt Wiesbaden führen, an die der Verein alle Ansprüche abgetreten hat. Das wird langwierig und aufwändig und wäre vom Nachbarschaftshaus nicht zu leisten gewesen.

Das Nachbarschaftshaus erfährt vom **Tod des Schatzmeisters** der Jahre 1981-1987 **Karl Anton Lutsch**, der noch bis 1994 Mitglied des Finanzausschusses war. Seine Frau Hildegard Lutsch gehörte zu den Mitbegründerinnen des Nachbarschaftshauses.

23.06.1998: Es scheitert die Absicht, ein **Beschäftigungsprojekt für Jugendliche** im Nachbarschaftshaus anzusiedeln für den Bereich der Hausmeistertätigkeit. Damit ist klar, die freie Hausmeisterstelle muss wieder besetzt werden. „Technischer Mitarbeiter“ soll der neue Titel sein. Ihm soll ein **Technikausschuss** zur Seite gestellt werden.

Nach umfangreicher Recherche wird doch **Linoleum als Bodenbelag** für den neuen Kindergarten ausgewählt. Die Emissionswerte dieses Belages, vor allem in den ersten Wochen nach der Verlegung ist zwar nicht unbedenklich. Es kann aber keine umweltverträgliche Alternative gefunden werden.

Es wird keine Restzahlung an den Architekten und an das Gericht geben. Damit werden DM 45.000 für das **Inventar** frei. Die **Küche kann also eingerichtet** werden!

Für die Gruppenräume soll aber nur das Notwendigste angeschafft werden um die Einrichtung eröffnen zu können – um später den Erzieherinnen noch Möglichkeiten zu belassen, Ideen für die Ausstattung zu realisieren. Das hat zur Folge: Dieter Schumacher entwirft für die Räume ein Konzept, sie weitgehend mit Regalsystemen zu möblieren. Viele Ladungen von Obi-Regalen schafft er zusammen mit Karl-Fried Schuwirth in dessen Kombi ins Haus, um sie dort während der Sommerferien zusammenzuschrauben... Das Ausschreibungsverfahren für das neue Personal im Kindergarten hat begonnen.

25.08.1998: **Das Personal für den neuen Kindergarten** ist komplett. Schon gibt's aber Konflikte – untereinander und mit dem Vorstand: Der Vorstand missbilligt die Absicht der Mitarbeiterinnen, die Eröffnungsfeier ohne Kinder zu gestalten. Sie halten die Zeit für zu kurz, um die Kinder angemessen mit einzubeziehen. Der Vorstand spricht ein Machtwort... Dies führt zur **Kündigung der**

frisch eingestellten neuen Leiterin. Die Einrichtungsfeier muss ohne Leiterin aber mit Kindern gelingen...

Die Bauhauswerkstätten und das Hessische Bildungswerk gründen zusammen mit der Stadt Wiesbaden die „**Ausbildungsagentur Wiesbaden gGmbH**“ - eine Maßnahme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

11.09.1998: **Die neue Kindertagesstätte wird eröffnet mit einem rauschenden Fest...**

22.09.1998: Nach erster Hochrechnung bleibt doch noch finanzieller Spielraum für weiteres **Inventar** sowie für die Umbaumaßnahmen im Altbau zur **Verlegung des Haupteingangs zum Jägerhof und zum Ausbau der beiden Büros im 1.OG**, die als Ersatz für die verloren gegangenen Räume im Aufzugbereich geplant waren. Das Hochbauamt will das Geld aber in die Erneuerung der Heizungsanlage stecken. Schließlich entscheidet das Jugendamt: Mit dem Geld soll das ursprünglich geplante Programm der Kindertagesstätte finanziert werden. Für die Heizung müssen andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden...

Das Nachbarschaftshaus wird also noch einige Zeit mit Baustellen leben müssen...

Der Betriebsrat beginnt mit einer Initiative, die auf eine **Mitgliedschaft des Nachbarschaftshauses im Arbeitgeberverband** zielt. Damit sollen die BAT-Verträge gesichert werden. Ein langwieriger Meinungsbildungsprozess wird ausgelöst. Schließlich entscheidet der Vorstand: Eine solche Mitgliedschaft passt nicht in die Zeit, in der andere Einrichtungen eine solche Mitgliedschaft aus finanziellen Gründen kündigen...

20.10.1998: Der **Kindergarten hat wieder eine Leiterin**: Frau Groggel. Damit kann Eberhard Günther zum zweiten Mal seine Leitungsrolle dort abgeben, die er zwischenzeitlich wieder übernommen hatte. Auch wird der neue „Haustechniker“, Michael Wawrok eingeführt.

Die jeweiligen Einstellungsverfahren werden wieder einmal ausführlich kritisiert: Was passiert im Vorstand, wenn Personalausschuss und beteiligte Mitarbeiter(innen) unterschiedlicher Meinung sind...

08.12.1998: **Heidi Pieroni**, heißgeliebt von „ihren“ Hortkindern, wird aus Altersgründen ausscheiden. Kaum vorstellbar: War sie doch oft die einzige „Überlebende“, die die krankheitsbedingte Schließung des Kindergartens vermeiden konnte und immer wieder zur Aushilfe bereit stand. Ein Trost: Sie wird diese Rolle auch in Zukunft als Rentnerin bestens auskleiden...

26.01.1999: Das Nachbarschaftshaus hat eine **Internetadresse**: www.nachbarschaftshaus-wiesbaden.de Die Erstgestaltung der Homepage hatte 1998 ein Student übernommen. Sie wird von Karl-Fried Schuwirth weitergeführt und aktualisiert.



Mit Herrn Schmittl vom Bauhaus beim Abriss der Wendeltreppe vom unteren zum oberen Foyer

Die weiteren Umbauarbeiten werden auf die Osterferien terminiert (z.B. **Abriss der Wendeltreppe** zum oberen Foyer, bei der es wieder einmal viel Lärm geben wird...)

Sprachkurse für ausländische Frauen werden nun auch im Nachbarschaftshaus angeboten. Organisiert werden sie von der Caritas-Sozialstation Breslauer Straße. Erfahrene Leiterin ist Dr. Maria Aradgoli, die dafür eine eigene, lebensnahe und motivierende Methode entwickelt.

23.03.1999: Studenten der FH Wiesbaden haben einen Gestaltungsvorschlag für die Druckerzeugnisse des Nachbarschaftshaus und für **ein neues Logo** vorgelegt.

Große Zustimmung: modern und ansprechend. Die Studenten, die für Materialkosten pauschal mit DM 500.— honoriert wurden machen aber jetzt eine neue Rechnung auf: Die Nutzungsrechte kosten extra. Da ist guter Rat teuer. Nach langer Verhandlung der Kompromiss: Das Nachbarschaftshaus kauft lediglich die Nutzungsrechte für den Briefkopf, darin eingeschlossen das Logo. Und dafür werden Spenden gesammelt...

Angeregt davon wird erstmalig der **Jahresbericht 2000 in neuer Gestalt** erscheinen unter dem neuen Logo und aufgepepptem **Layout...**

Die **Familienbildung** beteiligt sich an einem **Modellprojekt „Qualitätsentwicklung und -Sicherung“** - gemeinsam mit anderen Familienbildungsstätten, gefördert vom Bundesministerium für Familien... Exemplarisch wird die Verbesserung der **Gestaltung des Programmheftes** zum Ziel gemacht. Es beteiligen sich daran Sabine Langer, Elisabeth Offenberg und Irma Godawa. Nach intensiver Arbeit wird das Heft tatsächlich übersichtlicher, moderner und ansprechender. Den letzten Schliff erhält es durch Vorschläge einer Grafikerin... Die Umsetzung des Layouts am Computer bleibt weiterhin bei Karl-Fried Schuwirth...

„War es wirklich so“ - der Titel eines Buches, das im Nachbarschaftshaus entstanden ist: „Neun Frauen erinnern sich“ ist der Untertitel. Seit 1992 arbeiten sie im „Gesprächskreis Lebensbilanz“ daran. Lebenserinnerungen aus Kindheit und Jugend, einschneidende historische Ereignisse, Kriegserlebnisse, Vertreibung und Flucht, aber auch Themen wie Heimat, Glaube und Tod gaben Anlass zum Überdenken der Vergangenheit und ihrer Verknüpfung zur Gegenwart. Das unerwartete Echo macht immer neue Auflagen nötig. Viele Lesungen in Schulen und Kirchengemeinden und sogar in der Fachhochschule werden folgen.

Die BauhausWerkstätten installieren im Nachbarschaftshaus ein neues Projekt: **Das Beschäftigungsprojekt für Jugendliche zur Maler- und Lackiererausbildung**. Von dort aus werden sie in gemeinnützigen Einrichtungen aktiv. Auch das Nachbarschaftshaus ist ein willkommener Einsatzort.



Das neue Logo...



Einband der Broschüre: „War es wirklich so?“



Die Autorinnen: Brigitte Rother, Lore Döhler, Hanna Schlette-Kniffler (die für die Redaktion verantwortlich ist), Ingeborg Frick, Elisabeth Mrohs, Hannelore Tippner, Brigitte Zander, Eva Lauk-Benz, Elisabeth Lahr (v.l.n.r.).

Das Treffcafé kann weiter existieren: Eine neue ABM wird eingerichtet. Auch Mitarbeiter(innen) sind Nutznießer(innen): Es gibt einen **gemeinsamen Mittagstisch**.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden, der Gesetzeslage entsprechend, den Voll- und Teilzeit-Arbeitsverträgen nach BAT in der Weise angepasst: Sie erhalten anteilig Weihnachts- und Urlaubsgeld und Fortzahlung im Krankheitsfall. Das ist das Ergebnis einer intensiven, manchmal erbitterten Diskussion, ausgelöst durch den Betriebsrat und hat – wiederum – die Suche nach Einsparungsmöglichkeiten zur Folge.

20.04.1999: In der Erziehungsberatungsstelle hat das **neue Psychotherapeutengesetz** weitreichende Auswirkungen: Die Mehrheit der Mitarbeiter(innen) stellt sich einer hohen bürokratischen Hürde, die Zulassung als „Psychotherapeut(in)“ zu erhalten. Dagmar Hipp muss ihre Stundenzahl reduzieren, eine Voraussetzung für ihre Krankenkassenzulassung. Ihre freigewordenen Stunden werden auf andere Teilzeitkräfte verteilt.

Eine große Privat-Spende für die **Gestaltung des Innenhofs** löst eine intensive Planung aus, wie die verschiedenen Anforderungen an den Innenhof in ein bezahlbares Konzept zur Neugestaltung gebracht werden können.



Familie Kahl und Familie Schuwirth auf dem Sommerfest im Toni-Sender-Haus...

18.09.1999: Im Park des Toni-Sender Hauses steigt ein großes Fest im Rahmen des „Internationalen Jahres der älteren Menschen“. Höhepunkt ist die Uraufführung des **Films „Erste Liebe in Biebrich“**. Kurzweilig und amüsant berichten ältere Biebricher über ihre ersten Flirts. Viele von ihnen sind gut bekannt in Biebrich und im Nachbarschaftshaus... Harald Kunze führte Regie und schaffte es, Interesse am Filmen zu wecken. Viele Filme werden in Zukunft im Nachbarschaftshaus entstehen...

19.10.1999: Die Stadt Wiesbaden drängt darauf, **mit den Beratungsstellen der Stadt Leistungsverträge** abzuschließen, die eine Förderung an Leistungen und Leistungsstandards knüpft. Dies hat eine intensive Zusammenarbeit mit den anderen Beratungsstellen zur Folge, um Qualität und Quantität der Arbeit miteinander vergleichen zu können. Wie ist ein „Kontakt“ zu definieren? Was ist ein „Fall“?

Die Nachbarschaftshaus-EB hat es leicht: Es gibt bereits eine **Statistik über die Leistungen der Mitarbeiter(innen)**, die bei den Verhandlungen Maßstäbe setzt. Auch über den **Vertrag mit dem AKSD** wird neu verhandelt. Hier geht es um Überlebensfragen: Kann der AKSD mit den Rahmenbedingungen wirklich existieren?

14.12.1999: Der Ortsbeirat sagt zu, dem Nachbarschaftshaus eine **neue Lautsprecheranlage** für den Saal zu finanzieren.

28.03.2000: Die neue Gesetzgebung zu **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** haben für den AKSD weitreichende Auswirkungen. Bisher galt das „630-Mark-Gesetz“: Der AKSD war für geringfügig Beschäftigte lediglich Vermittler zwischen Hilfsbedürftigen und Hilfwilligen, die ohne schriftliche vertragliche Grundlage ihre „ehrenamtliche“ Zusammenarbeit selbst regelten („Nachbarschaftshilfe“). Nun werden die **Hilfsbedürftigen zu Arbeitgebern**, die für ihre Helfer(innen), ihre Arbeitnehmer, Beiträge zur Sozialversicherung abführen müssten, d.h. einen hohen Aufwand an Bürokratie zu bewältigen hätten, wenn sie nicht in die Lage kommen wollten, Schwarzarbeiter(innen) zu beschäftigen. Dies ist nicht zumutbar. Dem AKSD bleibt keine andere Wahl als **Arbeitgeber der geringfügig Beschäftigten zu werden**. Damit kommt völlig unerwartet ein riesiger Aufwand auf ihn zu: Rechnungen schreiben, Einsatzpläne aufstellen und kontrollieren, Vertretungspläne ausarbeiten, Mahnungen schreiben und und und...

Außerdem wird es erheblich teurer: Die Mitarbeiter(innen) haben Recht auf anteiliges Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie auf Fortzahlung im Krankheitsfall. Außerdem müssen vom Nachbarschaftshaus die Sozialversicherungsbeiträge übernommen werden. Die Mehrkosten können die Hilfsbedürftigen keinesfalls tragen. Es entsteht eine – mit dem vorhandenen Einsatzkräften – nicht zu bewältigende Verwaltungsarbeit, die auf den AKSD zukommt. Immerhin geht es um 40 Mitarbeiter(innen).

Außerdem gibt es erheblichen Widerstand aus dem Betriebsrat, im Bereich der Haushilfe „Ehrenamtliche“ zu beschäftigen, deren Tätigkeit mit einer „Aufwandsentschädigung“ abgegolten wird. **Ein Einstieg in den „Billiglohn“-Sektor** wird hier gewittert.

Ob der AKSD diese Veränderung schultern wird? Voraussetzung dafür ist ein **neuer Vertrag mit der Stadt Wiesbaden**, deren Zuschüsse den neuen Erfordernissen angepasst werden müssen. In der „Arbeitsgemeinschaft freier und behördlicher Wohlfahrtsverbände“, in der die Wohlfahrtsverbände nach gemeinsamen Standards ringen, hat Karl-Fried Schuwirth einen schweren Stand, um die Sichtweise des Nachbarschaftshauses deutlich zu machen. Die Auswirkungen der Gesetzesänderung sind noch nicht zu den Vertretern der Wohlfahrtsverbände durchgedrungen. Die Stadt ist zunächst abweisend. Erst langsam kommt Bewegung rein. Atemberaubend langsam für den AKSD, dem die Luft auszugehen droht. Schließlich gibt es doch eine Einigung: Der langwierig ausgehandelte Zuschussvertrag wird der neuen Situation gerecht. Der AKSD schafft es, durch perfekte Computerisierung der Abläufe den Verwaltungsaufwand zu bewältigen. Die Buchhaltung kann mit Zusatzstunden ausgestattet werden. – Ein langer, mühevoller Weg. Aber **der AKSD überlebt** wiedereinander!

Es muss eine Entscheidung getroffen werden, ob nach Fertigstellung des Umbaus die **Hausmeisterwohnung** wieder vermietet wird. Mehrere Abteilungen haben Wünsche zur Nutzung der Räume angemeldet. Vehement wird auch ein Raucherzimmer gefordert. Dann aber würden die jähr-

**Am liebsten zu Hause
alt werden -
mit Unterstützung**



der **AKSD**

vom Nachbarschaftshaus

Rathausstraße 10, 65203 Wiesbaden-Biebrich

bietet Ihnen Hilfen an

mit finanzieller Förderung durch die Stadt Wiesbaden

lichen Mieteinnahmen wegfallen, ein größeres Loch im Wirtschaftsplan. Auch mit einer Anzeige wegen Zweckentfremdung von Wohnräumen müsste man rechnen. Der abendliche Schließdienst war früher mit dem Mietvertrag für die Wohnung geregelt. Nach den Einbrüchen der letzten Zeit wäre eine Belegung der Wohnung mehr als wünschenswert. Der Haustechniker ist aber keinesfalls interessiert, dort einzuziehen...

Es gibt Klagen der Nutzer(innen) des Raumes 157: Die **Raumluft ist schlecht**. Es riecht nach Feuchtigkeit und Schimmel – und nach Chemie: Ausdünstungen des Teppichbodens? Um der Verantwortung, vor allem gegenüber den Babys der Spielkreise gerecht zu werden, wird ein **Raumluftgutachten** in Auftrag gegeben. Das Resultat: Der Raum muss umfassend renoviert werden. Decke und Bodenbelag sind zu erneuern. Es kann niemand in Regress genommen werden: Die Firma, die den Bodenbelag einbaute, ist pleite... Sofort wird der Raum geschlossen und hat höchste Priorität auf der Renovierungsliste. Wie gut, dass das Maler-Projekt der Bauhauswerkstätten noch Aufträge sucht...

Der **Kindergartenspielfeld** entspricht keinesfalls den Anforderungen der erweiterten Kindertagesstätte. Nach dem Umbau wird deutlich: Da muss was getan werden. Die „Forschungsstelle für Spielraumplanung“, die Erfahrungen hat in der **naturnahen, kindgerechten Gestaltung** von Spielplätzen, wird beauftragt, mit dem Nachbarschaftshaus zusammen ein Konzept zu erarbeiten. Die Planungen laufen sehr erfolgreich. Es wird auch ein Termin gefunden, an dem der Spielplatz an einem (!) Wochenende im Rahmen einer großen Bürgeraktion (mindestens 80 Teilnehmer(innen)) umgestaltet werden soll. Doch der **Termin muss abgesagt** werden: Es ist deutlich geworden: Die Finanzierung aus den Mitteln des Umbaus ist mit der Stadt nicht genug abgeklärt. Es könnte sein, dass sie dem nicht zustimmt. Auch die Abklärung mit dem Hochbauamt, dem Liegenschaftsamt, dem Grünflächenamt und dem Stadtplanungsamt ist noch nicht optimal. Auf Nummer sicher gehen heißt: Erst mal die Bürokratie bewältigen – mit dem Risiko, dass gar nichts draus wird...

Manfred Kahl, langjähriger 1. Vorsitzender des Vereins Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. wird viel geehrt: Mit dem **Ehrenbrief** des hessischen Ministerpräsidenten und mit der **Bürgermedaille** der Landeshauptstadt Wiesbaden.

12.09.2000: Der **Mittagstisch im Treffcafé** ist nicht mehr zu halten. Es gibt keine Möglichkeit mehr, hierfür Personal zu finanzieren.

10.10.2000 : Im neuen Kindergarten zeigen sich erste **Baumängel**: Die langen Flure sind unerträglich laut. Sie schreien nach **Schallschutzmaßnahmen**. Die sind auch noch drin im Budget. Nach langem Ringen mit dem städti-

schen Projektsteuerer kann sie doch noch in Auftrag gegeben werden

05.12.2000: Für die **Nutzung der Hausmeisterwohnung** deutet sich eine unkonventionelle **Misch-Lösung** an: Stefan Goeser, ehrenamtlicher Mitarbeiter für den Tauschring, ist bereit, in einen Teil der Räume einzuziehen und dafür einen Teil des abendlichen Schließdienstes zu übernehmen. Dieser Teil der Wohnung wird zum „**Notquartier für Schließdienst-Leistende**“, den anderen Teil erhält die EB als **Therapie- und Büroräume**: Ihr Bedarf ist besonders groß, weil sie keinen Ausgleich bekommen hatte für die umbaubedingt weggefallenen Räume (im Aufzugsbereich) und weil inzwischen Ganztagsstellen in Teilzeitstellen umgewandelt wurden mit der Folge, dass es nun mehr Mitarbeiter(innen) gibt als Räume...

30.01.2001: Eine **Brandschutz**-Begehung mit der Feuerwehr zeigt **erhebliche Mängel** auf. Das kann teuer werden! – Aber nicht zu Lasten des Nachbarschaftshaus-Wirtschaftsplans, denn die Stadt ist zuständig, die laut Vertrag „für Dach und Fach“ zu sorgen hat.

Dennoch gehen die Träume nicht aus: **Der Saal und das Treffcafé haben eine Renovierung** dringend nötig. Auch wenn der Haustechniker als Elektromeister die neuen Leitungen legt: Die abgehängten Decken müssten raus – wer soll das bezahlen...

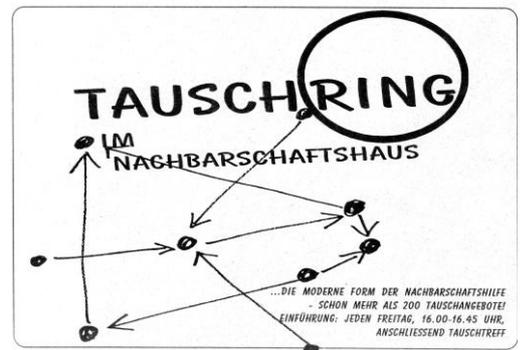
Eine **Arbeitsgruppe „Spenden“** wird eingerichtet...

08.03.2001: Im Rathaus wird eine Ausstellung eröffnet: **„Frauen frech und fromm“**. Sabine Langner, Leiterin der Familienbildung, ist es in einem Kooperationsprojekt mit der Frauenbeauftragten und anderen Familienbildungsstätten gelungen, **Dr. Mada Kelber** (1908-1978), Mitbegründerin des Nachbarschaftshauses als eine von 20 Wiesbadener Frauen(gruppen) vorzustellen, die besonders mutig und ungewöhnlich für Wiesbaden Bedeutung gewonnen haben...

24.04.2001: In den letzten Wochen gab es **Trauerfälle**, die im Nachbarschaftshaus große Betroffenheit auslösten: Es starben **Dr. Alfred Borsche**, früher erster Vereinsvorsitzender; Brigitte **Rother**, früher Leiterin der Erziehungsberatungsstelle und Helmut **Reuss**, früher Mitarbeiter in der Jugendabteilung und im Seniorentreff. Schon bald trifft eine weitere schlimme Nachricht ein: Auch **Frau Schlette-Kniffler** ist gestorben, eine äußerst engagierte ehrenamtliche Mitarbeiterin im Seniorentreff, die maßgeblich beteiligt war an der Herausgabe einer vielbeachteten Broschüre des „Gesprächskreises Lebensbilanz“ des Seniorentreffs: **„War es wirklich so?“**, die wegen der starken Nachfrage immer wieder neu aufgelegt werden musste. Außerdem stand sie für die Herausgabe der inzwischen weit verbreiteten Zeitung des Seniorentreffs: **„Hallo Nachbarn“**. Ohne sie wird diese Zeitung nur noch ein letztes mal erscheinen...



Stefan Goeser stellt dem OB, Hildebrand Diehl den Tauschring vor...



Die mit Spenden in Gang gebrachte **Neugestaltung des Innenhofs** macht nach langwieriger Planung erste Fortschritte: Allerdings muss noch eine hochgewachsene alte Platane gefällt werden, deren Wurzelwerk die Grundmauern des Hauses gefährden und auf den Gehwegen Stoperfallen bilden.

Es gibt **wieder Nässeschäden**. Ein Alptraum nach den Erfahrungen der letzten Jahre. Besonders betroffen ist die Buchhaltung, wo wieder Eimer aufgestellt werden müssen. Ein Leck im Heizungsrohr des Kindergartenflurs wird gefunden. Aber die Hoffnung, nach Behebung des Schadens endlich Ruhe zu haben, ist verfrüht. Die nächsten Regengüsse bringen es an den Tag: es muss noch andere Wasserquellen geben: Es tropft weiter...



Frank Bodis (r.) zeigt er den Mitarbeiter(inne)n den Ausgrabungsfund der Kelten vom Glauberg in „seiner“ Werkstatt im

Frank Bodis, beruflich tätig als Restaurator des Landesdenkmalschutzes mit einer Werkstatt im Schloss Biebrich, war beteiligt bei der **Ausgrabung des Keltenschatzes**, eines Jahrhundertfundes am hessischen Glauberg: Der Keltenfürst liegt nun in seiner Werkstatt. Unter seiner Führung „privatissime et gratis“ dürfen Vorstände und Mitarbeiter(innen) des Nachbarschaftshauses einen Blick werfen auf die Grabbeigaben – soweit sie schon als goldene Kannen und Schmuckstücke aus dem Sandbett rausragen und freigelegt sind.

Die „**Euroumstellung**“ zum Jahresende wirft viele Fragen auf: Werden die Computer den Jahreswechsel durchhalten? Wie lässt sich der nächste Wirtschaftsplan erstellen – so dass er mit den vorherigen Plänen vergleichbar bleibt? Die Mitgliedsbeiträge müssen in Euro umgerechnet werden, dabei möchte sich das Nachbarschaftshaus keinesfalls an der so gefürchteten heimlichen Preissteigerung beteiligen. Die Umstellung soll keinesfalls für eine versteckte Beitragserhöhung genutzt werden, auch wenn die Anhebung der Beiträge eigentlich längst überfällig ist. Pfennig- bzw. Cent-Beträge sollen eher abgerundet als aufgerundet werden!

Die **Heizungsanlage wird erneuert**: Die Sensation wird ausgelöst durch eine Entscheidung der Stadt, die Finanzierung aus ihren Mitteln für Bauunterhaltungsmaßnahmen zu übernehmen. Damit bleiben die noch bereitstehenden Restmittel aus dem Etat des Kindergartenumbaus unangetastet. Das hat weitreichende Konsequenzen: Von Heizöl wird auf Gas umgestellt. Der riesige Öltank im Keller kann ausgeräumt werden und macht Platz für einen großen Raum, an den hohe Erwartungen gestellt werden. Aus den alten Planungsunterlagen ist zu lesen, dass ursprünglich hier an einen Filmraum für Jugendliche gedacht war. Er wäre auch als Übungsraum für Musikgruppen sehr begehrt. Schon bald wird aber klar, dass das Versammlungsstättengesetz eine solche Nutzung nicht hergibt. Immerhin erfüllt er später einen Zweck, der ebenfalls einem großen Bedarf entspricht: Er wird zum **Archivkeller** und hilft, in den Abteilungen Luft zu schaffen. Die Akten, die dort die Schränke verstopfen, wandern in den Keller.

Günstig, dass die Naspa gerade alte Schränke ausrangiert, in denen nun die Aktenberge verschwinden können...

Die Nachricht, Michael **Brühl möchte aus der Buchhaltung kurzfristig ausscheiden**, löst Betroffenheit, große Ratlosigkeit und Unsicherheit aus: Er war mit Marita Schiff zusammen ein eingespieltes Tandem. Ihr nun eine neue, gleichberechtigte Kraft zuzuordnen, erscheint unzumutbar. Sie muss die Leitung in der Buchhaltung übernehmen. Und dann folgt die Hiobsbotschaft: Auch Marita Schiff bittet kurzfristig um einen Auflösungsvertrag. Das kann nicht gut gehen: Eine Nachfolge ohne angemessene Einarbeitung zu installieren, das muss schief gehen. Schließlich kann Marita Schiff zu einer längeren Übergangsregelung gewonnen werden, die zumindest den Jahresabschluss sichern soll. Schon wieder dreht sich das Ausschreibungskarussell...

Es bewirbt sich aber niemand mit abgeschlossener Ausbildung als Buchhalter(in). Eine weitere Ausschreibung erscheint nicht erfolgversprechend, zumal das Haushaltsjahr zuende geht und der Jahresabschluss kalkuliert werden muss. Zwei Bewerberinnen beeindrucken mit Berufserfahrung in den Bereichen Personalsachbearbeitung und Buchhaltung. Ihnen soll eine Chance geboten werden.

Das **neue Altersteilzeitgesetz** trifft nun auch das Nachbarschaftshaus: Einige Mitarbeiter(innen) haben großes Interesse, es zu nutzen. Dafür muss Neuland betreten werden. Eine Finanzkalkulation ist nötig, die über ein Wirtschaftsjahr hinausgeht. Das Nachbarschaftshaus hat aber immer nur für ein Wirtschaftsjahr Planungssicherheit. Geklärt werden muss, ob sich das Nachbarschaftshaus den **Regelungen des öffentlichen Dienstes** anschließt, bei denen die Mitarbeiter(innen) mit einem Altersteilzeitgehalt von ca. 83% der früheren Bezüge rechnen können oder der freien Wirtschaft: Hier sind es nur ca. 70%. Hier braucht es mutige Entscheidungen...

Der **neugestaltete Innenhof wird eingeweiht**. Endlich! Das Datum ist immer wieder verschoben worden, weil irgend was noch nicht ganz fertig war. Auch jetzt fehlt noch die „Holzbrücke“ über den angedeuteten Kieselfluss. Aber auch die wird es irgend wann mal geben...

Schon gibt es ein neues Projekt: Über den **Bolzplatz** gibt es immer mehr Klagen: Die Kinder schießen die Bälle über die hohen Zäune und in Nachbars Garten. Und wenn die Bälle auf der Straße landen, gibt es sogar Unfallgefahr. **Ein Netz über dem gesamten Platz** kann abhelfen. Der Ortsbeirat ist begeistert und will sponsern. Das bedeutet wiederum: Planen, planen, planen. Leider auch: Zeit, Zeit, Zeit...

Der **Nässeschaden im 1. OG** wird immer bedrohlicher. 5 Räume sind inzwischen betroffen. Die Suche nach der Quelle zeigt keinerlei Erfolg. Nun werden mit viel Aufwand Sondierungsbohrer in die Zwischendecken gebohrt. Nur gut, dass sich die Befürchtung nicht erfüllt, die der Gedanke auslöst, hier könnte ein See von unten angebohrt wer-



Die Buchhaltung mit Marita Schiff und Michael Brühl.

den. Es werden keine Wasserströme ausgelöst. Aber der See ist gut zu orten. Nur, wie er gespeist wird, bleibt weiterhin im Dunkeln... Gar nicht zu denken an eine Lösung, wie er zum Austrocknen gebracht werden könnte...

31.10.2001: „**Biebrich liest**“ ist eine neue Kulturreihe, die rasch eine Fangemeinde findet. Sie wurde von Brigitte Zander zusammen mit Margarete Goldmann initiiert und wird für viele Jahre zum festen Bestandteil des Seniorentreffs.

29.01.2002: Die **Euroumstellung hat zu keinem Computerchaos geführt**. Auch das Buchhaltungsprogramm läuft ohne Schaden...

In der Erziehungsberatungsstelle sind drei Themen im Vordergrund: „**Betreuter Umgang**“ und „**Legasthenie**“. Auch das Thema „**Trennung und Scheidung**“ verlangt nach einer Abstimmung der „Wiesbadener Praxis“ mit dem Jugendamt und dem Familiengericht. Herr Günther drängt federführend in entsprechenden Arbeitsgruppen nach einheitlichen Regelungen in Wiesbaden. Die **Wiesbadener Erziehungsberatungsstellen** geben inzwischen einen **gemeinsamen Jahresbericht** heraus, mit vergleichbaren Standards für Qualität und Quantität.

Auch die Wiesbadener Familienbildungsstätten bemühen sich um einen gemeinsamen Bericht unter Federführung der Stadt.

19.02.2002: Die **Altersteilzeit** wird beschlossen mit der – für die Mitarbeiter(innen) - günstigeren Variante nach BAT. Das bedeutet auch, dass bei der Wiederbesetzung freierwerdender Stellen nur Bewerbungen von derzeit nicht Beschäftigten berücksichtigt werden können, um die dafür vorgesehenen Mittel der Arbeitsverwaltung zu sichern.

Die Umbaumaßnahme muss dringend mit dem Land abgerechnet werden. Es gibt aber vornehmliches Interesse der Stadt, die kostenaufwändigen Brandschutzauflagen (z.B. **Einbau von Brandschutztüren** im Altbaubereich), die noch abgearbeitet werden müssen, in die Umbaumaßnahme einzurechnen. Da könnte das Nachbarschaftshaus zwischen die Räder der unterschiedlichen Interessen von Stadt und Land kommen...

Für die **Renovierung des Saals** gibt es Auftrieb: Der Ortsbeirat hat sich zu einer Beteiligung an den Kosten entschieden. Auch die „**Soziale Stadt**“, ein Bund-Länder-Kommunen-Programm, von dem Biebrich profitiert, signalisiert eine Beteiligung an den Kosten.

Auf Anregung der Erziehungsberatungsstelle engagiert sich die Stadtteilkonferenz für ein neues Projekt im Stadtteil: „**Streitschlichter**“ sollen ausgebildet werden: Die in der „**Stadtteilkonferenz Kinder und Jugendliche in Biebrich**“ vertretenen Institutionen stellen Mitarbeiter(innen) frei, die sich zu einer zweijährigen Zusatzausbildung bereit erklärten um sich anschließend zum Streitschlichter in Schulen, Kindergärten und Jugendzentren

Biebrichs zu verpflichten. Eberhard Günther gelingt es, dafür so viele Sponsoren zu finden, dass die Teilnehmer(innen) nicht auch noch finanziell belastet werden müssen.

Das **Hessische Sozialministerium verlangt** für alle Angebote des Nachbarschaftshauses eine „**Wirksamkeitsanalyse**“. Ein riesiger bürokratischer Aufwand, aus dem sich die Notwendigkeit des Angebots im Stadtteil und sein Erfolg ergeben soll. (2 Jahre später wird das Land alle Zuschüsse streichen, unabhängig von der Notwendigkeit und der Wirksamkeit des Angebots. Viele Stunden aufwändiger Dokumentation für die Katz...)

14.05.2002: Der **Nässeschaden** nimmt kein Ende. Nun musste auch die Buchhaltung umziehen. Die befindet sich in einer kritischen Lage: Die Euroumstellung, Computerprobleme während des Umzugs und Einarbeitungsschwierigkeiten der neuen Mitarbeiterinnen haben zur Folge, dass es immer noch keinen Überblick über den derzeitigen Finanzstatus gibt. Der kommt erst zum 30.06. - Für die Geschäftsführung kaum zum Aushalten...

11.06.2002: Auch die zweite **Leiterin der Kinderabteilung hat gekündigt**... Das macht die Bemühungen der alten und neuen Mitarbeiterinnen, zu einem Team zusammenzuwachsen, nicht leichter.

Der **Nässeschaden könnte ein Ende** haben: Die Einläufe für das Abwasser der Freiflächen auf dem Dach wurden neu abgedichtet. – So einfach zu beheben? Warum ist niemand früher auf die schlaue Idee gekommen? Es werden sofort Renovierungspläne für die betroffenen Räume geschmiedet. Alles sehnt sich nach einem **Ende des Dramas**.

„**Entscheidungskompetenzen im Nachbarschaftshaus**“ sollen klarer definiert werden. Was sind die Kompetenzen des Vorstandes in Abgrenzung zu den Kompetenzen von Geschäftsführung und Abteilungsleitung. Müssen wirklich alle Entscheidungen im 13köpfigen Vorstand getroffen werden? Unbefriedigende Prozesse bei den Neueinstellungen der letzten Monate lösen eine sehr grundsätzliche und langwierige Diskussion aus, die erst 2004 zu einem Ergebnis kommt.

01.07.-04.07.2002: Die **Jugendlichen** der Hausaufgaben-gruppe machen eine lange vorbereitete **Fahrradtour** entlang der Lahn. Davon werden sie noch lange träumen...

10.09.2002: Eine **neue Leiterin der Kinderabteilung** ist gefunden. Noch eine zweite Ausschreibung war nötig um einer geeigneten Kandidatin das Zutrauen zu geben: Kerstin Ziegelmeier.

Auf dem **Mosburgfest hat es einen Eklat** gegeben: Eine Hilfskraft des Nachbarschaftshauses ist nachts mit dem Bus der Bauhauswerkstätten, der als Behältnis für die De-

ko-Materialien diente, mit erheblichem Alkoholpegel durch den Park gedüst. Beim Versuch, die geschlossenen Tore des Parks zu durchbrechen, war die Tour zu Ende. Keine **Haftpflichtversicherung** kommt für den Schaden auf. Bei der Hilfskraft ist nichts zu holen. Pech für das Nachbarschaftshaus...

Die „**Friedensblumen**“ feiern ihr *10jähriges* Bestehen: Nach einer Türkeireise hatte Inge Schmollinger-Bornemann die **türkische Frauengruppe** aus dem Umfeld des Nachbarschaftshauses gegründet. Viele Jahre schon hat sie beim alljährlichen Hausfest mit der türkischen Teestube und deren Spezialitäten-Theke ihren sicheren Anlaufpunkt für zahlreiche Sympathisanten...

In der Kindertagesstätte wird eine **Sprachfördergruppe** eingerichtet. Die Kosten dafür übernimmt das Land aber nur zur Hälfte. Für die andere Hälfte muss gesammelt werden...

15.10.2002: Der **Jägerhofplatz soll neu gestaltet** werden. Das Stadtteilmanagement des Projektes „Soziale Stadt“ hat dem Korrekturvorschlag von Karl-Fried Schuwirth zugestimmt, die Projektgrenzen geringfügig zu verändern. Das Nachbarschaftshaus mit dem Jägerhofplatz liegt nun innerhalb der Grenzen des Fördergebietes. Damit kann die Neugestaltung des Platzes **aus den Mitteln des Bund-Länder-Kommunen-Programms** „**Soziale Stadt**“ finanziert werden. Langwierige Planungen waren die Voraussetzung: Unter der Moderation von Karl-Fried Schuwirth hatten sich die Nachbarn, die Anlieger des Platzes, in vielen Sitzungen zusammengefunden um über die Gestaltung des Jägerhofs zu beraten. Nachdem dieser jahrelang als Lager- und Zufahrtsgelände für angrenzende Baustellen diente, ist er inzwischen zum Parkplatz und Hundeklo verkommen. Eine Schande für ein so schönes Quartier. Er soll nun „Aufenthaltsqualität“ bekommen und in einer „Dorfplatz“-ähnlichen Atmosphäre zu Festen und Feiern einladen. Eine gewagte Vision...

24.02.2003: Barbara **Schulz**, Gruppenleiterin der Kindertagesstätte feiert **30jähriges Dienstjubiläum**. Das wird ihr so schnell keiner nachmachen... – außer Herr Günther, der ihr bald folgen wird und der nun auch einen Antrag auf Altersteilzeit gestellt hat...

Die **Bürgeraktion zur Erneuerung des Kindergarten-Spielplatzes** kann eingeläutet werden: Die Stadt hat nach langem Zögern 25.000 Euro Fördermittel dafür zugesagt. Der Planungsstab der „Forschungsstelle für Spielraumplanung“ schafft mit 80 freiwilligen Helfern das Wunder: An einem Wochenende entsteht der neue Spielplatz... (dazu Seite 46)

Für die **Software der Computer** des Hauses können endlich Lizenzen gekauft werden, die es ermöglichen, (fast) alle Rechner auf den gleichen Stand zu bringen. Das freut



Der erste Spatenstich zur Erneuerung des Jägerhof-Platzes



Bei der Spielplatzaktion: Mitarbeiterinnen des Hauses sind ebenso engagiert wie Eltern und Freiwillige, die an einem Wochenende ...zig Kubikmeter Material bewegen für die kindgerechte und naturnahe Gestaltung des Spielplatzes.

besonders Uli Koch, der sich intensiv in die Wartung der PCs und des Netzwerkes eingearbeitet hat.

Die **Bauhauswerkstätten** werden auf eine neue Grundlage gestellt: Der **Trägerverbund** wird aufgelöst. Das Nachbarschaftshaus ist Mit-Gesellschafter der **gGmbH**, zusammen mit dem Evangelischen Dekanatsverband, HU-JA (Hilfe und Unterstützung jugendlicher Arbeitssuchender) und dem Johannesstift Wiesbaden (Jugendhilfeverband).

Der **Jahresabschluss 2002** weist nun doch einen **Überschuss** auf. Voraussichtlich muss er mindestens zum Teil an die Zuschussgeber zurückgezahlt werden. Das ist besonders schmerzlich, da zum Jahresende noch ein empfindliches Defizit für den Jahreshaushalt gedroht hatte und Einsparungsappelle wünschenswerte Ausgaben verhindert hatten...

25.02.2003: Der „**Gesprächskreis Seniorenarbeit in Biebrich**“ - ein Arbeitsgemeinschaft aller Träger zur Vernetzung der Seniorenarbeit in Biebrich - feiert **20jähriges Bestehen**... Er ist die älteste „Stadtteilkonferenz“ in Wiesbaden und Träger vieler Projekte z.B.: Filmprojekt mit Medienzentrum „Leben und arbeiten in Biebrich“, „Frauen verschiedener Kulturen begegnen sich“, „Biebrich liest“, „Tandem“ und vieles mehr...

Die „**Stadtteilkonferenz Kinder und Jugendliche in Biebrich**“ feiert ihr **15-Jähriges** – sie besteht seit 1988 (excl. Gräselberg und Waldstr.). Sie kennzeichnet eine hohe Präsenz von Kindertagesstätten und Schulen, eine dichte Vernetzung mit „Soziale Stadt“ und „Projektverbund“ der Stadt. Einrichtungen. Ihre Themen: „Neues aus den Einrichtungen“ – Vernetzung – Austausch von Infos und Erfahrungen; Lobby für Demokratie und Toleranz – Zukunftswerkstatt; Lobby für ausreichende Kinderbetreuungsplätze; Streitschlichter-Ausbildung; Buntes Leben in Biebrich – Aktionswochen mit traditionellem Abschlussfest; Expertise Freizeitverhalten von Biebricher Jugendlichen; Nachmittagsbetreuung von Kindern über 10; Hilfen für Jugendliche ab 14 – Übergang Schule und Beruf u.a. Untergruppen sind: „Arbeitskreis Kindergarten – Grundschule; „Pisa und die Folgen“; Vorlaufkurse; Arbeitskreis Kindertagesstätten: Abstimmung der Wartelisten, Bedarfsermittlung, Sprachförderung u.a.; Koordination für Angebote an ausländische Frauen, Sprachkurse für Frauen (Zusammenarbeit Caritasverband mit Integrationsamt, VHS, Sozialdienst, Schule, Nachbarschaftshaus), Sprachkurse für ausländische Eltern an der Goetheschule; Spielplatz „Wir leben zusammen e.V.“ – integrativer Spielplatz – Sicherung der Nutzung und Finanzierung; und vieles mehr...

27.05.2003: Wieder mal brennt es in der **Buchhaltung: Beide Mitarbeiterinnen haben gekündigt** und werden wegen ihrer Urlaubs- und Überstundenausgleichsansprüche nur noch wenige Tage arbeiten. Das kommt einer Ka-



In Aktion: Die „Stadtteilkonferenz Kinder und Jugendliche in Biebrich“



Das ALT - Abteilungsleiterteam - 2003

tastrophe nahe, da es keinen Überblick mehr gibt, in welchem Zustand sich die Buchhaltung tatsächlich befindet und der Jahresabschluss 2002 liegt noch nicht vor. Der Erfolg einer Ausschreibung ist ungewiss und wird viel Zeit erfordern.

Da kommt ein Bewerber der vorhergehenden Ausschreibung wieder in den Blick, der damals schon aufgefallen war, wegen seiner späten Bewerbung aber nicht mehr zum Zuge kam: Herr Hetzel ist nach wie vor bereit, sofort anzufangen. Dieser Versuchung kann niemand widerstehen: Sofort wird er eingestellt als „Leiter der Buchhaltung“. Die Besetzung der beiden freien Teilzeitstellen mit gleicher Eingruppierung wird aufgegeben. Nach der jüngsten Erfahrung muss es hier eine klare Verantwortlichkeit geben: Einen Leiter und eine(n) Mitarbeiter(in), die ihm als Sachbearbeiter(in) zuarbeitet.

Auch bei der Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle von Brigitte Zander, „**Leiter(in) des Seniorentreffs**“, wird es kompliziert. Es liegt eine interne Bewerbung vor, die eine Strukturveränderung der Abteilung zur Folge hätte...

Für die Nachfolge von Irma Godawa im Sekretariat liegen 117 Bewerbungen vor...

10.06.2003: Bei der **Besetzung der Stelle „Leiterin des Seniorentreffs“** kommt es zum Eklat: Nicht nur die interne Besetzung mit Strukturveränderung wird im Vorstand abgelehnt. Auch der Wiederbesetzungsvorschlag des Personalausschusses findet im Vorstand keine Zustimmung. Der Vorstand moniert, dass der Personalausschuss nur seine erste Kandidatin dem Vorstand vorstellt. Er möchte gerne die *ersten drei* Bewerberinnen sehen...

24.06.2003: **Die Wunschkandidatin der Seniorentreff-Besucher(innen) wird neue Leiterin: Gabriele Wegerich.**

Danach wird deutlich: An der **Klärung der Kompetenzen von Vorstand, Geschäftsführung und Abteilungsleitung** muss schnellstens gearbeitet werden, damit nicht noch einmal solche Irritationen bei der Stellenbesetzung entstehen.

Der **Tauschring** verwendet zum Zeittausch eine neue Währung: Mit „**Talenten**“ wird in Zukunft die Zeit bewertet und entgolten. Damit kann man Dienstleistungen „kaufen“, die im Tausch benötigt werden.

22.09.2003: „**Operation sichere Zukunft**“ ist die Überschrift eines allgemeinen Schreibens aus dem Hessischen Sozialministerium, das an das Nachbarschaftshaus – genauso wie an alle Sozialen Einrichtungen gerichtet ist. Darin wird die **Streichung aller Landeszuschüsse** – auch an das Nachbarschaftshaus – begründet.

Diese Hiobsbotschaft ging ein paar Tage zuvor als Gerücht durch alle Einrichtungen Hessens. Sehr schnell war klar: Das ist kein Gerücht. **Auf einer Internetseite** erfuhren



Bild aus der Frankfurter Rundschau zu einem Artikel über die Besorgnis des Geschäftsführers Karl-Friedrich Schuirth über die Auswirkungen der Mittelstreichung durch das hessische Sozialministerium

die betroffenen Einrichtungen die genauen Zahlen – der bisherigen Zuschüsse und der Streichungen. Über **156.000 Euro fehlen** mit einem Schlag im Jahreshaushalt des Nachbarschaftshauses. Wenn das nicht das Ende bedeutet. Die Hausleitung wendet sich mit einem ausführlichen Schreiben an den Landtagsabgeordneten Horst Klee aus Biebrich, um ihm die Tragweite dieses Beschlusses zu verdeutlichen. Auch wenn dieser Brief in der Frankfurter Rundschau teilweise veröffentlicht und kommentiert wurde: Der Fraktionszwang war zu groß, als dass ein Abgeordneter (einer hätte genügt) den Beschluss des Ministerpräsidenten Roland Koch zu Fall gebracht hätte. Herr Klee bedauert. Ein Aufschrei geht durch die soziale Landschaft Hessens. Karl-Fried Schuwirth, der in Wiesbaden als Kreisgruppenvertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufällig gerade Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft freier und behördlicher Wohlfahrtsverbände Wiesbadens“ (AG95) ist, wird in das Organisationskomitee für eine **landesweite Demo** in Wiesbaden entsandt. Am 15.10. ziehen 65.000 Teilnehmer(innen) aus ganz Hessen vor den Landtag. Gut vertreten darunter das Nachbarschaftshaus mit Mitarbeiter(inne)n, Vorstandsmitgliedern und Besucher(innen)n.

Trotz vielfältiger Solidaritätsbezeugungen: **Die Streichung wird nicht zurückgenommen.** Überall in Hessen drohen Schließungen und Reduzierungen.

Fieberhaft werden Szenarien durchgerechnet, wie im Nachbarschaftshaus Kündigungen und die Schließung von Abteilungen verhindert werden können.

Die Buchhaltung steht vor einem fast unlösbaren Problem: Der Jahresabschluss 2002 ist noch nicht geprüft. Es gibt noch keine Hochrechnung zum Abschluss 2003. Für 2004 muss aber ein realistischer Plan gerechnet werden um Konsequenzen aus den fehlenden Landesmitteln fristgerecht umsetzen zu können...

Dabei stehen große Feiern vor der Tür: Verabschiedung von Brigitte Zander, 30jähriges Dienstjubiläum von Herrn Günther und das Hausfest...

11.11.2003: Nach einer heftigen Diskussion in der Belegschaft wird über den **Verzicht auf das Weihnachtsgeld** in einer Betriebsversammlung abgestimmt: Die überwiegende Mehrheit ist dazu bereit, wenn dadurch (vorsorgliche) Kündigungen verhindert werden können. Der Vorstand sagt zu, alle Möglichkeiten zu nutzen, eingesparte Haushaltsgelder zu nutzen um zumindest einen Teil des Weihnachtsgeldes auszusparen. Die Verzichtserklärung der Mitarbeiter(innen) wird von den Kommunalpolitikern als nachahmenswertes Modell gerühmt...

Die **Innenrevision des Hessischen Sozialministeriums** konfisziert im Nachbarschaftshaus alle **Buchhaltungsakten des Jahres 2002 zur Prüfung.** Dies wird zunächst als Strafaktion verstanden für die Beteiligung des Nachbarschaftshauses am Protest gegen die Mittelstreichung des Landes. Später stellt sich heraus: Eine ehemalige Mitarbeiterin der Buchhaltung hat das Nachbarschaftshaus angezeigt. Der Vorwurf lautet: Das Nachbar-



Beteiligung des Nachbarschaftshauses an der Demonstration gegen den „sozialen Kahl-schlag“ in Hessen...

schaftshaus hätte dem Land nicht verbrauchte Zuschussmittel zurückzahlen müssen und nicht ins Folgejahr übertragen dürfen. Auf das Nachbarschaftshaus kommen langwierige, zeit- und nervenaufreibende Recherchen zu, um die Vorwürfe zu entkräften.

In der **Buchhaltung** wurde eine **neue Software** installiert. Diese macht es möglich, jederzeit per Knopfdruck einen Finanzstatus zu erstellen, der einen Überblick ermöglicht über die aktuelle Finanzlage. Ein lang ersehnter Traum des Geschäftsführers geht in Erfüllung. Allerdings setzt das voraus, dass zeitnah gebucht wird...

10.02.2004:Karl-Fried Schuwirth **wird zum Jahresende als Geschäftsführer ausscheiden** um Rentner zu werden...

Die Nachfolge muss geregelt werden. Dafür muss ein detaillierter Zeitplan erstellt werden. Eine breite Diskussion gibt es, ob die Nachfolge mehr pädagogische oder betriebswirtschaftliche Schwerpunkte vertreten sollte. Schließlich ist klar: Trotz der angespannten finanziellen Lage sollte in erster Linie sozialpädagogische Kompetenz gewonnen werden – wenn möglich mit einer Zusatzqualifikation im Sozialmanagement.

Erstmalig wird einer Mitarbeiterin nach der Probezeit die Festanstellung verweigert – die Chemie stimmt nicht. Es muss also wieder nach einer **neuen Mitarbeiterin für das Sekretariat** gesucht werden. Aber schon bald ist die Stelle besetzt. Diesmal ohne langwierige Ausschreibung, da zufällig eine aussichtsreiche Bewerberin vor der Tür steht. Zuvor hatte Frau Nilsen, Sekretärin für den Nachmittag, auf den Vormittag gewechselt und den Nachmittags-Platz für die neue Kollegin Frau Stein frei gemacht. Allerdings gehen mit der Neubesetzung aus Einsparungsgründen 5 Personalstunden im Sekretariat verloren. Nur schwer zu verantworten bei der ständigen Überbelastung der Mitarbeiterinnen...

17.02.2004: In diesem Jahr wird das **Nachbarschaftshaus erstmalig nicht am Mosburgfest** teilnehmen. Eine gute, jahrelange Tradition wird erstmalig gebrochen weil die Organisatoren das Fest mitten in die Sommerferien geplant haben. Zu dieser Zeit ist aber im Nachbarschaftshaus Hausschließung mit „Pflichturlaub“. Niemandem ist zuzumuten, in dieser Zeit Aktivitäten auf dem Fest anzubieten.

Die **Stadt Wiesbaden kündigt den laufenden Zuschussvertrag** mit der Absicht, dem Nachbarschaftshaus einen **Leistungsvertrag** anzubieten. Darin sollen Leistungen vereinbart werden, für die das Nachbarschaftshaus eine bezifferte Summe erhält. Das hat zur Folge: Das Nachbarschaftshaus hat alle Risiken zu tragen. Wenn es mit dem vereinbarten Festbetrag nicht auskommt ist das *sein* Problem. Es beginnt das große Rechnen: wie lassen sich die Gemeinkosten auf die Abteilungen und auf die einzelnen Angebote verteilen. Eine detaillierte „Kostenstellenrechnung“ ist gefragt. Eine hohe Anforderung an alle.

Auch die Stadt hat noch keine Erfahrungen in diesen Verhandlungen. Viele Träger schauen auf das Nachbarschaftshaus mit Spannung und Neugierde, was es daraus machen wird.

Die Kindertagesstätte engagiert sich in einem neuen **Projekt: „Pyramide“** - eine Spiel-Lern-Methode nach dem Holländer Jef J. Kuyk. Die Auswertung von Lernerfolgen der Kinder am Computer, bei der der Clown Primo durch die Tests führt, macht Spaß aber auch viel Arbeit.

20.04.2004: **Der Umbau ist endlich abgeschlossen:** Das Land hat die Unterlagen geprüft und den ausstehenden Restbetrag überwiesen. Eine Riesenlast rollt davon... Der ganze Bau hat damit die Rekordzeit - seit der ersten Planung - von mehr als 12 Jahren benötigt. Ein Drama voller Pleiten, Pech und Pannen... Aber das Ergebnis kann sich sehen lassen!

Die PSAG löst sich auf! Die „Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Wiesbaden“ mit Mitgliedern aus allen Bereichen der Psychiatrie und der Jugendhilfe tagte Jahrzehnte lang im Nachbarschaftshaus. Hier wurde Geschichte geschrieben einer Modernisierung der Psychiatrie in Wiesbaden.

Es wurden Ideen vernetzt und Lobbyarbeit betrieben.

Die ist nicht mehr gefragt angesichts des sozialen „Kahlschlags“. Die AG löst sich auf...

Auch im Nachbarschaftshaus schlägt sich die neue Rentengesetzgebung nieder: die **„Riesterrente“** und „Entgeltumwandlung“ finden großes Interesse der Mitarbeiter(innen).

Trotz der angespannten Finanzlage in diesem Jahr kann das **Treffcafé neue Tische und Stühle** erhalten: Spenden liegen bereit, die nicht ins Haushaltsloch und ins Weihnachtsgeld gestopft werden dürfen. Das ist zwar schwer vermittelbar aber die Aussicht auf ein neues Outfit im Saal löst Ideen und Planungsaktivitäten aus und zerstreut alle Bedenken.

Die Arbeit an den **„Entscheidungskompetenzen im Nachbarschaftshaus“** läuft auf vollen Touren. Die Bemühungen drehen sich um die Klärung von Verantwortung, um Mitbestimmung und um die Abstimmung der Kompetenz der unterschiedlichen Gremien des Hauses. Die neue Hausleitung soll klare Verhältnisse vorfinden...

Die Mitarbeiter(innen) sollen Klarheit darüber haben, wie weit ihre Mitentscheidung geht bei der Einstellung der neuen Hausleitung.

06.07.2004: **Das Nachbarschaftshaus „erbt“** ausgerechnet **von der Hessischen Landesregierung:** Die Staatskanzlei zieht um und bekommt **neue Möbel.** Die „alten“ Büromöbel sind freigegeben. Sie sind weit besser als alles, was im Nachbarschaftshaus zu finden ist. Dank der BauhausWerkstätten und ihres Fuhrparks können in



Betriebsausflug 2004 - in Siefertsheim auf der Kräuterwanderung...

einer Blitzaktion Schränke, Schreibtische, Bürostühle u.a. in bester Qualität ins Nachbarschaftshaus transportiert werden. Vieles vom betagten Nachbarschaftshaus-Inventar wird endlich ausgemustert.

Vor kurzem hatte das Nachbarschaftshaus schon einmal profitiert von der neuen Staatskanzlei: Als die Proteste gegen die aufwändige Möblierung der Staatskanzlei die Schlagzeilen füllten, nahm Ikea das zum Anlass für eine Werbeaktion: Das Möbelhaus stellte eine Reihe von Schreibtisch-Muster vor den Neubau, allerdings verschmäht von der Landesregierung. Da jeder dieser Schreibtische aber besser war als irgend einer im Nachbarschaftshaus, konnten die heimatlosen Exemplare in den LKW des Bauhauses geschleppt werden, der sie auf dem geraden Weg nach Biebrich transportierte. IKEA, der Landesregierung und den BauhausWerkstätten sei Dank...



Manfred Kahl präsentiert als erster Vorsitzender die neue Geschäftsführerin Karin Müller...

07.09.2004: Das **Auswahlverfahren für die neue Hausleitung** geht in die heiße Phase. Nach einem ausgeklügelten System werden insgesamt 9 Bewerber(innen) in das 20köpfige Gremium eingeladen, bestehend aus Mitgliedern des Vorstandes, des Personalausschusses, des Betriebsrates und der Abteilungsleiter(innen).

12.10.2004: Die Anspannung hat ein Ende: **Die neue Hausleiterin ist ausgewählt: Karin Müller.** Sie wird die Stelle zum 01.01.2005 antreten. Die Freude darüber ist fast ebenso groß wie über folgende Feststellung:

Die Hochrechnung ergibt: **Das Weihnachtsgeld kann doch in voller Höhe ausgezahlt werden.** Voraussichtlich gibt es kein Finanzloch. Die Einsparungsbemühungen haben sich ausgezahlt. Dazu kommt die Nachricht, dass auch in 2005 mit einem gleichbleibenden städtischen Zuschuss zu rechnen ist. Dann wären alle Ängste über anstehende Kündigungen vom Tisch (die wegen der ausgebliebenen Landesmittel eine ständige Bedrohung waren).

Der Prüfbericht der Innenrevision der hessischen Landesregierung nervt. Die Empörung darüber soll aber in gemäßigte Worte gefasst werden, um nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen. Die Prüfer sollen nicht nur eine dezidierte Stellungnahme erhalten, in denen alle Vorwürfe entkräftet werden. Sie sollen zu einem Gespräch eingeladen werden – zusammen mit dem Prüfer des städtischen Revisionsamtes, der in all den zurückliegenden Jahren dem Nachbarschaftshaus eine ordnungsgemäße Buchführung bescheinigt hatte.

Es bleibt dabei: **das Nachbarschaftshaus darf nicht von Parteien genutzt** werden, wenn sie öffentlich zu Veranstaltungen aufrufen, die ausschließlich für die eigene Partei als Werbeveranstaltung dienen. Zu groß ist die Sorge, politisch vereinnahmt zu werden oder Extremen als Plattform zu dienen.

16.11.2004: Auch das Nachbarschaftshaus wird **„1-Euro-Jobber“** beschäftigen nach der neuen Gesetzeslage „Hartz

4". Diese werden – anders als die Kräfte zuvor, die nach BSHG§19 (Bundessozialhilfegesetz) beschäftigt waren, wesentlich kürzere Verweildauer im Nachbarschaftshaus haben und viel schlechter entlohnt werden. So sind die Zeiten...

Die neue Darstellung der Finanzbuchhaltung als „**Kostenstellenrechnung**“ wird außerordentlich gelobt. Sie bewährt sich als eine gute Grundlage für die laufenden Verhandlungen mit der Stadt zu den „**Leistungsverträgen**“.

03.12.2004: **Karl-Fried Schuwirth** wird als Hausleiter **verabschiedet** mit einem rauschenden Fest...

Zum Jahreswechsel gibt es zu allem Überfluss einen **Einbruch im Nachbarschaftshaus**, der erheblichen Schaden anrichtet. Die Versicherung zahlt zwar – kündigt aber sofort den Vertrag. Die neue Versicherung ist viel teurer und verlangt den Einbau einer elektronischen Meldeanlage.

18.01.2005: **Manfred Kahl steht zusammen mit seiner Frau** im Mittelpunkt eines Kooperationsprojektes mit der Evangelischen und Katholischen Familienbildung, der Lebensabendbewegung und dem Wiesbadener Freiwilligenzentrum: „**Großelternservice**“ – „...enkel dich jung...“ Sie vermitteln „Leihopas und -omas“ an junge Familien, die sich Seniorinnen und Senioren wünschen in der Rolle von Großeltern.

15.03.2005: Auch die **Stellvertreterfrage ist geregelt**: Nach dem Ausscheiden von Eberhard Günther wird **Gerhard Wöfinger** stellvertretender Hausleiter.

31.3.2005: **Eberhard Günther**, Leiter der EB und stellvertretender Leiter des Nachbarschaftshauses beginnt nach 33 Jahren Erziehungsberatungs-Arbeit die „Freizeitphase seiner Altersteilzeit“. **Ein großer Abschied!**

10.05.2005: Ein **neues Projekt: "Leben in Nachbarschaft bis ins hohe Alter"**: Der (Bundes-)Verband für sozialkulturelle Arbeit hat dem Nachbarschaftshaus eine Beteiligung am Projekt angeboten mit der Förderung einer halben Personalstelle, die im Nachbarschaftshaus ihr Büro hat. Es geht darum, nachbarschaftliche Strukturen zu initiieren, die nachbarschaftliche gegenseitige Unterstützung und ein langes Verbleiben alter Menschen in ihrer Umgebung ermöglichen. **Das Parkfeld wird als Projektort** ausgesucht, in dem die neueingestellte Mitarbeiterin zusammen mit Student(inn)en der Fachhochschule Wiesbaden ans Werk geht.

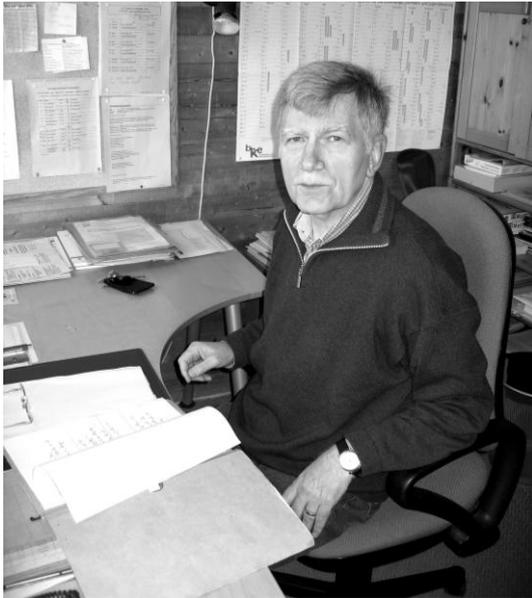
07.06.2005: Das Nachbarschaftshaus ist bereit, sich der **Notlage im Bereich der Kinderbetreuung** zu stellen. Dringend werden stadtweit 400 Krippenplätze gesucht. Es könnte die Hortgruppe, die im Erdgeschoss untergebracht ist, aufgelöst werden zugunsten von **Krippenplätzen**. Voraussetzung ist aber, dass die Stadt die entsprechende



Verabschiedung des Hausleiters
Karl-Fried Schuwirth



Dorothy und Manfred Kahl vor der Karte ihres „Einsatzgebietes“. (Foto: Lars Groth) WORT 12.04.05



Abschied von Eberhard Günther, Leiter der EB und stellvertretender Hausleiter...

Förderung zusagt. Dank einer Spende des Ortsbeirates können aber schon die Räume der Schulkinder im EG grundlegend renoviert werden. Das ist dringend notwendig: Die Holzeinbauten aus den 70er Jahren passen schon lange nicht mehr zu den Schulkindern...

Nach dem Ausscheiden von Karl-Fried Schuwirth wird ein Problem deutlich: Nun ist Herr Koch der einzige, der die vielen **Computer im Haus warten** kann. Zu keiner Zeit gab es hierfür bezahlte Kräfte. Nun zeigt sich, dass der Arbeitsaufwand aber kaum mehr „nebenbei“ zu schaffen ist. Der Wirtschaftsplan gibt keinen Spielraum für zusätzliches Fachpersonal. Im Gegenteil: Es muss noch mehr gespart werden. Im Hauswirtschaftsbereich sind es 20 Stunden, die wegfallen müssen, in der EB 1,3 Planstellen, in der Kindertagesstätte die Praktikantenstelle. Eine Reihe von Honorarstellen musste wegfallen, in der Buchhaltung und Verwaltung wurde reduziert. Eine Lösung ist nicht in Sicht.

Die **Verhandlungen mit der Stadt über den Leistungsvertrag** sind weit gediehen. Das Jahr 2005 wurde mit einem Zuschussvertrag überbrückt. In ihrer ersten Sitzung nach den Kommunalwahlen beschließt die Stadtverordnetenversammlung einen Zuschussvertrag 2006-2008. Die Frage, ob dies ein „Leistungsvertrag“ ist, wird bis zur Klärung weiterer steuerlicher Fragestellungen zurückgestellt.

Nachbemerkung

Als mein Abschied aus dem Nachbarschaftshaus 2004 näher kam, wurde mir mit Erschrecken bewusst: Bei all den täglichen Anforderungen war völlig aus dem Blick geraten: Die „Wurzelpflege“. Da gibt es dringend Nachholbedarf. Es wird wenige geben, die aus den Anfängen des Nachbarschaftshauses noch Erinnerung haben. Aus der Mitarbeiter(innen)-Generation der 70er Jahre sind fast alle im Ruhestand. Wer wird sich erinnern? Das Nachbarschaftshaus hat eine Geschichte, die es zu erinnern lohnt. Wenigen ist noch bewusst: Es ist Teil deutscher Sozialgeschichte und nicht nur eingebettet in die Geschichte Wiesbadener Sozialpolitik. Es hat einen Teil dieser Geschichte mitgeschrieben.

Das Nachbarschaftshaus Wiesbaden - verbunden mit den Wurzeln sozial-kultureller Arbeit in Deutschland

Hier einige Zahlen:

1884 wurde in London *Toynbee-Hall* gegründet (gilt als das erste „Nachbarschaftshaus“),

1889 das *Hull House in Chicago* (*Jane Adams, George H. Mead*). Beide gelten als die bekanntesten, frühen *Settlements*. Grundgedanke der *settlers* bei der Einrichtung dieser Organisationen war der Wunsch und der Gedanke von sozial bewussten Akademiker(inne)n, mitten unter den Armen zu leben und mit ihnen zusammen deren Leben zu verbessern (*rebuilding of community*).

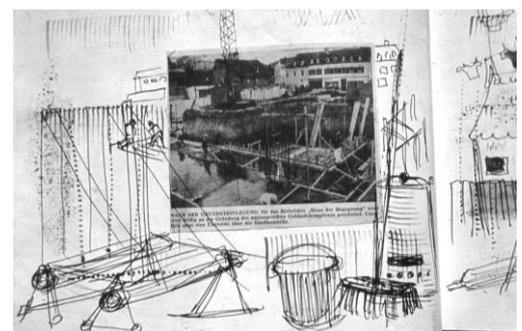
Der deutsche *Professor Classen* war von dieser englischen Idee begeistert und brachte sie nach Deutschland. 1901 gründete er das *Volkshaus Hamburg*.

1898 entstanden auf Betreiben von *Alice Salomon*, geprägt von den *Settlements*, einjährige Kurse in Deutschland, in denen höhere Töchter aus dem Bürgertum für ihre sozialen Aufgaben qualifiziert werden sollten um den „gefährlichen Dilettantismus“ in der Armenfürsorge zu beenden. – Sie gelten als die Vorläufer der Frauen(fach)schulen, die später die Ausbildung der Sozialarbeiter(innen) übernahmen (1960 „Höhere Fachschule“, später Fachschule bzw. „Fachhochschule für Sozialarbeit“ - in Wiesbaden „Fachhochschule für Sozialwesen“ seit 1974).

Eine weitere wichtige Neugründung in Deutschland war 1911 die *Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG)* mit *Pfarrer Friedrich Siegmund-Schulze*, die sich bewusst in die Tradition der Settlement-Bewegung stellte.

1925 wurde die „*Deutsche Vereinigung der Nachbarschaftssiedlungen*“ gegründet, die Vorläuferin des heutigen Verbandes.

1951 wurde der *Verband Deutscher Nachbarschaftshäuser* in Darmstadt gegründet. Amerikanische Hilfen, vor allem der *Quäker* machten dies möglich. Deren Motivation war es, in Deutschland nach der Nazi-Zeit zur Demokratisierung beizutragen. Für die konkrete Arbeit und die fachliche Diskussion war die enge Kooperation mit *Haus Schwalbach* prägend. *Dr. Magda Kelber* brachte aus ihrer



Beim ersten Spatenstich für das Biebricher Nachbarschaftshaus: Hildegard Lutsch und die beiden Mit-Initiatorinnen Marzot Fausi (links) und Dr. Hildegard Feick. Foto:Bot

Aus der Chronik von Elita Engelhard 1967



NACH DER GRUNDSTEINLEGUNG für das Biebricher „Haus der Begegnung“ wird zusehends an der Gründung des umfangreichen Gebäudekomplexes gearbeitet. Unter Bild oben: eine Chronik über die Großbaustelle.



Emigration die Idee der *social group work* mit und führte mit Kolleg(inne)n zusammen im *Haus Schwalbach* Fortbildungen für die durch, die mit Menschen in Gruppen arbeiteten. Sie wurde 1. Vorsitzende des Dachverbandes Deutscher Nachbarschaftsheime. Sie war es auch, die 1961 in Biebrich den Verein *Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.* gründete – zusammen mit *Dr. Hildegard Feick*, der damaligen Schatzmeisterin des Dachverbandes). Der Verein wurde Träger des 1966 eröffneten *Nachbarschaftshomes Wiesbaden...*

Der *Verband für Sozial-Kulturelle Arbeit*, (in dessen Vorstand Karl-Fried Schuwirth viele Jahre mitarbeitete) profilierte sich zum Fachverband für Gemeinwesenarbeit (*Dieter Oelschlägel*). Er ist Mitglied der 1952 gegründeten *International Foederation of Settlements – IFS*.

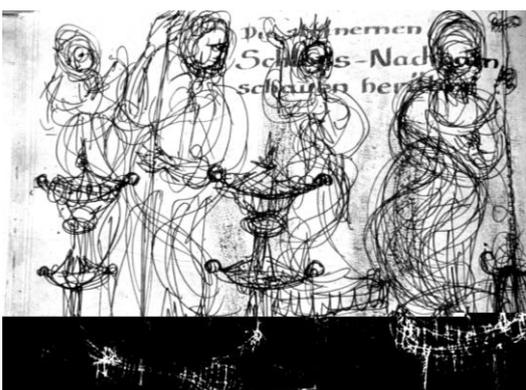
So ist das Nachbarschaftshaus Wiesbaden weltweit verwurzelt mit den Anfängen und es blieb dicht dran an der Entwicklung der professionellen sozial-kulturellen Arbeit in Deutschland.

Das Nachbarschaftshaus Wiesbaden – Bestandteil der sozial-kulturellen Arbeit in Wiesbaden und Biebrich.

In Biebrich steht das Nachbarschaftshaus von Anfang an für Integration und Vernetzung. Besonders den aus dem Ausland zugewanderten Mitbürger(innen) fühlt sich das Haus verpflichtet. Als Begegnungsstätte von Jung und Alt initiiert es immer wieder generationsübergreifende Projekte (z.B. „Gespräch zwischen den Generationen“) und begründete Arbeitskreise der Vernetzung mit anderen Institutionen in Biebrich (z.B. „Gesprächskreis Seniorenarbeit in Biebrich“, „Stadtteilkonferenz Kinder und Jugendliche in Biebrich“, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Wiesbaden). Seine fachliche Kompetenz konnte wichtige Entwicklungen in Wiesbaden beeinflussen (Dezentralisierung der Sozialverwaltung; Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen und dem Sozialdienst; Entwicklung des Jugendamtes weg von der „Eingriffsbehörde“ hin zum Sozialdienstleister; Entwicklung einer Wiesbadener Praxis der Zusammenarbeit von Familiengericht, Jugendamt und Beratungsstellen bei Trennung und Scheidung; Entwicklung von Verfahrensregelungen im Umgang mit Lese- Rechtschreib- und Rechenschwäche; u.a.). Dies geschah u.a. durch die Mitgliedschaft von Vertretern des Nachbarschaftshauses in Gremien wie Jugendhilfeausschuss, Psychosozialer Arbeitsgemeinschaft, Psychosozialem Ausschuss, Arbeitsgemeinschaft Träger der Altenhilfe; Akademie für Ältere, AG Wiesbadener Familienbildungsstätten, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Arbeitsgemeinschaft freier und behördlicher Wohlfahrtspflege, Arbeitsgemeinschaft Biebricher Vereine und Verbände u.a.).

Zu den Quellen:

Die erste Chronik des Nachbarschaftshauses ist teilweise erhalten von Elita Engelhard, der ersten Hausleiterin aus 1967. Das liebevoll gestaltete Foto-Album wurde eines Tages aufgefunden und dann auch ausgestellt. Leider fand es allzu interessierte Liebhaber. Es wurde aus dem Schau-



Aus der Chronik von Elita Engelhard 1967

kasten entwendet, später in Teilen wieder aufgefunden und fotografiert. Kostbare Dokumente...

Fotografien aus 1967 mit hoher Qualität in Schwarz-Weiß sind erhalten vom „Fotoclub Biebrich“. Sie vermitteln einen starken Eindruck in die Sozialpädagogik der 60er... (Seite 8).

1986 wurde zum Anlass des 20jährigen Bestehens eine Festschrift herausgegeben mit zahlreichen Anekdoten aus der 20jährigen Geschichte.

1991 gab es erneut eine Festschrift zum 25jährigen. Hier lag der Schwerpunkt auf der Darstellung des aktuellen Programms.

Ein riesiges Gästebuch wurde von Karl-Heinz Lieb aufwändig gestaltet und jeweils zu den großen Veranstaltungen reich bebildert ausgelegt.

Immer wieder feierten Gruppen und Projekte Jubiläen und gaben dazu eigene Festschriften heraus, die einen differenzierten Eindruck in die Geschichte des Hauses vermitteln

(10 Jahre AKSD, 20 Jahre Spielkreise; 25 Jahre Rückblicke - biografische Geschichten von Seniorinnen aus dem Nachbarschaftshaus - und viele mehr).



Bei meiner Sammlung für die Chronik des Nachbarschaftshaus orientierte ich mich zunächst an den Vorstandsbeschlüssen (jeweils mit dem Hinweis auf das Datum der Vorstandssitzung), merkte aber bald, dass viele erwähnenswerte Ereignisse nicht in Vorstandsprotokolle eingegangen sind. So habe ich die Jahresberichte zugezogen und natürlich meine Erinnerungen... Die aber führen zu einer recht zufälligen Auswahl der hier aufgeführten Ereignisse und zu deren subjektiven Interpretation. Ich wünsche mir sehr, dass sie zu Erinnerungen anregen bei allen, die die Geschichte des Nachbarschaftshaus begleitet oder mitgestaltet haben. Ihre Korrekturen und Ergänzungen sollten eingefangen und eingearbeitet werden, damit eine lebendige Geschichte auch die Zukunft des Nachbarschaftshaus trägt.

Wiesbaden, den 15.07.2006 Karl-Fried Schuwirth

Anhang - Quellen

Dr. Magda Kleber

Ansprache

gehalten beim Empfang am 2. Oktober 1968 im Nachbarschaftsheim Wiesbaden – Biebrich

Herr Minister, Herr Oberbürgermeister, verehrte Gäste, meine Damen und Herren!

In meiner Funktion als erster Vorsitzenden des Vereins Nachbarschaftsheim Wiesbaden fällt mir die erfreuliche Aufgabe zu, Sie in diesem Haus herzlich willkommen zu heißen und Ihnen zu danken, daß Sie sich für diese Stunde von Ihren sonstigen Pflichten freigemacht haben.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Minister Hemsath und Herrn Oberbürgermeister Schmitt dafür, daß sie Beide bereit waren, mit uns gemeinsam einzuladen und damit das Wohlwollen bekundet haben, das sie dieser Arbeit von Anfang an zugewandt haben.

Zugleich ist dies eine willkommene Gelegenheit, unseren Dank dafür auszusprechen, daß die großzügige Unterstützung vonseiten des Ministeriums und der Stadt Wiesbaden es uns überhaupt ermöglicht hat, diese Arbeit hier zu beginnen und auszubauen.

Diese Unterstützung war keine Selbstverständlichkeit. Dieses Haus wurde und wird ja nicht getragen von einem der großen, renommierten Wohlfahrtsverbände, denen man eine sachlich gut fundierte Arbeit ohne weiteres zutrauen kann. Hier begann es mit einer Gruppe von sieben Aufrechten - eben den sieben Menschen, die man zur Gründung eines Vereins braucht -, zu denen dann weitere Bürger dieser Stadt hinzukamen. Aber bis heute zählt unser Verein kaum mehr als fünfzig Mitglieder.

Man brachte uns aber Vertrauen entgegen, soviel Vertrauen, daß uns die Stadt dieses Grundstück zur Verfügung stellte, und daß Land und Stadt den Bau weitgehend finanzieren halfen - denn unsere eigenen Beiträge waren zu jener Zeit noch geringer als heute -, und daß man seither den laufenden Betrieb- und es ist ein Betrieb mit notwendigerweise hohen Personalkosten - durch regelmäßige, erhebliche Zuschüsse unterstützt hat.

Diese Förderung ist aus einem zweiten Grunde nicht selbstverständlich. Der Gedanke der Nachbarschaftsheimen ist in der Bundesrepublik noch nicht allzu bekannt, und man hat sich sicher gefragt, fragt sich wohl auch heute noch, ob solch eine Einrichtung Sinn und Berechtigung habe.

Das, meine Damen und Herren, ist die Frage, die auch Sie heute mit Recht an uns stellen, nun, da wir nach zweijährigem Bestehen aus den ersten Kinderschuhen herausgewachsen sind und die Konzeption sich deutlicher abzuzeichnen beginnt.

Was ist also das Besondere - nicht unbedingt das Bessere - an diesem Haus?

Einmal liegt es zweifellos darin, daß hier der Scheinwerfer nicht auf einer bestimmten Gruppe nur liegt, sondern daß alle Gruppen angesprochen werden. Dies gilt zunächst für die verschiedenen Altersgruppen, seien es Kinder, junge Menschen, Erwachsene oder alte Menschen« Wir meinen, daß es gut sei, wenn sie hier - zwar in ihren eigenen Räumen - aber doch unter einem Dach zusammenkommen und Berührungspunkte - sicher auch Reibungsflächen, denn das bleibt nicht aus - entwickeln. Das kann der Abkapselung und den Vorurteilen ein wenig entgegenwirken, die Generationen nun einmal gegen einander zu haben pflegen*

Wir wollen aber auch Treffpunkt sein für Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen* Wir wenden uns nicht nur an Menschen, die in Not sind und Hilfe brauchen, wir sind also nicht nur eine Stätte für hilfsbedürftige Menschen, obschon viele, die zu uns kommen, tatsächlich in Not sind.

Es gibt ja auch in unserer Zeit der gesicherten Arbeitsplätze und steigenden Einkommen noch bittere materielle Not. Es gibt sie beispielsweise bei alten Menschen, die mit sehr wenig Geld und in primitiver Unterkunft kaum das Nötigste zum Leben haben« es gibt sie bei denen, die aus physischer oder psychischer Behinderung nicht mit dem Leben zurechtkommen. Es gibt sehr viel seelische Not, die nicht immer offen zutage liegt. Es gibt einsame und verlassene Menschen, es gibt junge Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind oder die nur einfach mit ihrem Geld und ihrer Freizeit nichts Rechtes anzufangen wis-

sen. Es gibt Familien, deren Glieder sich in Zank und Streit gegenseitig aufreiben; es gibt Kinder, die unter den Spannungen und Konflikten der Erwachsenen leiden und manchmal schier dabei zugrunde gehen; es gibt Kinder, die mit der Schule und ihren Anforderungen nicht fertig werden und deren Alltag fast kein unbeschwertes Spiel mehr kennt. Wir freuen uns, wenn sie zu uns kommen und versuchen, ihnen in den verschiedenen Abteilungen des Hauses zu helfen, so gut wir können.

Dies Haus steht aber auch all denen offen, die nicht aus einer besonderen Problemsituation heraus den Weg zu uns finden. Sie suchen vielleicht Kontakt und Geselligkeit, oder sie wollen etwas lernen, was sie im Leben brauchen können - vom Kochen für Jungen und der Babypflege für Väter bis zum Erziehungsseminar für Eltern. Und wer müßte sich heute nicht Gedanken darüber machen, wie man mit Kindern und Jugendlichen richtig umgeht?

So kommen hier Menschen aus vielerlei Lebenssituationen zusammen. Bildung wird durch persönliche Begegnung vermittelt, und der zwanglose Klub wird zur Bildungs-Chance für die vielen innerlich Entmutigten.

Das Prinzip, nach dem wir arbeiten, und das wir mit anderen fortschrittlichen sozialen Einrichtungen teilen, liegt darin, daß wir nicht für die Menschen sondern mit ihnen arbeiten wollen.

So ist es eine Freude zu sehen, wie die älteren Nachbarn in der Altentagesstätte bereits heute - und zwei Jahre sind dafür eine verhältnismäßig kurze Zeit - zur Gestaltung ihrer Nachmittage beitragen, wie sie ihre Feste mitplanen und Talente aus vergangenen Tagen wiederbeleben, und wie sie stets bereit sind, dem ganzen Haus zu helfen - Sie erleben es ja auch heute Nachmittag. Der Fernsehapparat, der in der ersten Zeit unentbehrliche Quelle der Unterhaltung war, steht heute fast unbeachtet in der Ecke - man hat zuviel anderes vor. Gleich am ersten Tag nach der Urlaubspause konnte man die Damen bereits fleißig am Werk sehen: sie bastelten Stockpuppen für unseren Bazar. Dieses Prinzip der Eigenverantwortlichkeit und Mitentscheidung durchzieht alle Abteilungen, den Kindergarten und die Gruppe in die Jugendfreizeitstätte und erst recht die Arbeit mit den Erwachsenen.

Die Stichworte für diese Arbeit heißen daher Integration und Kooperation. Es geht um die Integration isolierter Einzelner in kleine Gruppen-, die sie akzeptieren, auch wenn sie nicht immer leicht zu ertragen sind.' Es geht um die Integration verschiedenartiger Gruppen, die bei Wahrung ihrer Eigenart das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in diesem Haus entwickeln. Es geht um Kooperation in der Bereitschaft zur Hilfe untereinander und auch nach außen hin. Wir arbeiten mit dem Instrument der "Offenen Tür", d.h. s mit dem Angebot, unverbindlich zu kommen und auch wieder zu gehen; mit dem Instrument der fachlichen Beratung im Einzelgespräch unter dem Schutz der beruflichen Diskretion; und mit dem Instrument der kleinen Gruppe, die, wenn sie richtig verstanden und geführt wird, zum Mittel der Hilfe für den Einzelnen wird.

Der Geist der Kooperation kann nur entstehen, wenn er zuallererst in den Gruppen gepflegt wird, die das Haus tragen; im Kreis der Mitarbeiter, im Vorstand, in den Ausschüssen und in den Reihen der Mitglieder des Vereins.

So wird hier die Zusammenarbeit im Mitarbeiterkreis sehr bewußt betont, und dem Gespräch wird große Bedeutung beigemessen. Dies gilt für das Einzelgespräch wie auch für die Mitarbeiterbesprechung, in der gemeinsame Probleme auch gemeinsam beraten werden. Dies kostet Zeit, aber sie ist gut angewandt. Mitverantwortung erwächst aus Mitsprache und Mitentscheidung. Wir alle wissen, wieviel Kraft und Zeit es kostet, wenn Spannungen und Konflikte erst einmal entstanden sind.

Wir meinen, daß auch der Vorstand sein Teil zur Schaffung einer gesunden Atmosphäre beitragen kann und muß. Es muß uns gelingen, bei allen politischen und weltanschaulichen Unterschieden freundschaftlich und ersprißlich miteinander zu arbeiten. Und es muß uns auch gelingen, zwischen uns ehrenamtlichen und den hauptamtlichen Mitarbeitern ein tragfähiges Fundament gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Gelänge dies nicht, so würde die Arbeit im Kern krank.

Darüber hinaus ist es "unser Bestreben, den Kreis der ehrenamtlich für das Haus Tätigen ständig zu erweitern. Sie wachsen uns zu aus dem Kreis der Besucher, und etwa die Hälfte unserer Vereinsmitglieder sind bereits in Ausschüssen tätig, ein hoher Prozentsatz, wenn man weiß, daß die Meisten beruflich sehr eingespannt sind. Sie beraten uns in Personalfra-

gen, in Prägen der Werbung, in Finanzfragen, und seit kurzem hat jede Abteilung ihren aus Vereinsmitgliedern gebildeten Fachausschuß, der ihre besonderen Probleme mit berät und schon manche wertvolle praktische Hilfe geleistet hat.

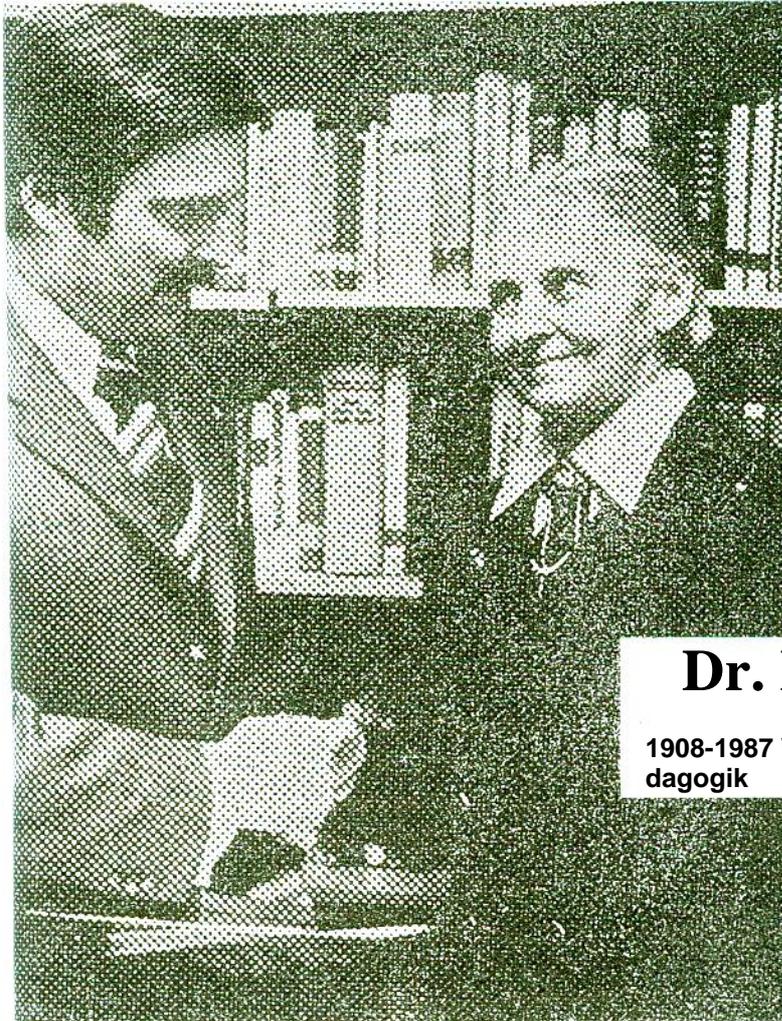
Wir sind erst am Anfang. Aber vielleicht ist Ihnen ein wenig deutlich geworden, was uns vor-schwebt? ein kleines Gemeinwesen, in dem Menschen der unterschiedlichsten weltan-schaulichen, politischen, sozialen und Altersgruppen miteinander auskommen, miteinander reden, miteinander arbeiten, miteinander Feste feiern und sich selbst und der Umwelt be-weisen, daß es dies noch gibt in einer Welt der Spannungen und des Unfriedens: gute Nachbarschaft.

Verband Deutscher Nachbarschaftsheime e.V. 1960/61

VORSTANDSMITGLIEDER • BEIRÄTE • KURATORIUM • SEKRETARIATE

1. Vorsitzende: **Dr. Magda Kelber**, Leiterin der Arbeitsstätte für Gruppenpädagogik, Haus Schwalbach, Wiesbaden-Biebrich, Rathausstraße 60
2. Vorsitzender: Hans-Joachim Cahn, Geschäftsführer des Pestalozzi-Fröbel-Hauses Berlin, Berlin-Grunewald, Warmbrunner Straße 18
1. Schatzmeister: **Dr. Hildegard Feick**, Darmstadt, Schumannstraße 16
2. Schatzmeister: Dr. Wolfgang Zippel, Rechtsanwalt, Spinnfaser-Aktiengesellschaft, Kassel
- Vorstandsmitglieder :
- Dr. Erna Corte, Berlin-Lankwitz, Ruthstraße 10
Gudrun Hylla, Leiterin des AFSC-Schulverbindungsdienstes
(Amerikanische Quäkerhilfe), Frankfurt/Main, Schloßstraße 29
- Ehrenpräsident: Reg.-Dir. Dr. Erich Wohlfahrt, Berlin-Dahlem, Thielallee 93
- Beiräte: Hilde Anritter, Frankfurt/Main; Ingeborg Blauert, Berlin; Dr. Elisabet von Harnack, Berlin; Josef Hutta, Berlin; Helene Kaisen, Bremen; Dorothea Lauruschkat, Bremen; Hilde Loos, Köln; Harry Meyer, Berlin; Otto Polemann, Darmstadt; Dr. Ernst Richter, Frank-furt/Main; Direktor Richard Timm, Berlin; Elsa Walk, Jugenheim/Bergstr.; Prof. Dr. Gerhard Wurzbacher, Kiel
- Kuratorium: Prof. Dr. Hans Achinger, Frankfurt/Main
Dr. Max Adenauer, Köln
Dr. Elisabet von Harnack, Berlin
Erna Leonhard, Darmstadt
Prof. Dr. Hans Muthesius, Frankfurt/Main
D. Dr. Karl Vötterle, Kassel
- Verbands-sekretariat: **Darmstadt, Schumannstraße 16, Tel.: 7 1935 (bei Dr. Feick)** Geschäftsführung: Hildegard Gischler
- Sekretariat der Lan-desgruppe Berlin: Berlin-Friedenau, Rembrandtstraße 8, Tel.: 85 69 46 Geschäftsführung: Hermann Krause

Mitdenken - Mitsprechen - Mittun''



Dr. Magda Kelber

1908-1987 Vorkämpferin der Gruppenpädagogik

*Bei der Verleihung des
Großen
Bundesverdienstkreuzes
Erster Klasse am 11.3.1976*

***Mitdenken - Mitsprechen - Mittun* ist der Titel eines Buches von Magda Kelber. Gleichzeitig ist dieses Motto eine für sie charakteristische Devise, nach der sie gehandelt hat und zu der sie in ihrer pädagogischen Arbeit immer wieder motiviert hat.**

Magda Kelbers Wirkungsbereich ist die praktische und theoretische Arbeit in der Erwachsenenbildung, insbesondere die gruppenpädagogischen Methoden.

Obwohl sie in Deutschland 1931 ihr Volkswirtschaftsstudium erfolgreich abgeschlossen hat, entschließt sie sich nach einem einjährigen Studienaufenthalt am Woodbrooke-College, zukünftig im Bereich der Erwachsenenbildung in England tätig zu werden.

Ihr Aufenthalt in England am Quäker College wird zum Schlüsselerlebnis. Sie bekennt sich fortan explizit zum Quäkertum als Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde.

Magda Kelber lehnt die rassistischen und politischen Auffassungen der Nationalsozialisten ab. Diese stehen im Widerspruch zur pazifistischen, demokratischen, kosmopolitischen Gesinnung der Quäker. Aus diesem Grund beschließt Magda Kelber, nach Ablauf ihres Studienaufenthaltes in England zu bleiben.

Magda Kelber gründet und leitet eine private Abendschule, die sie „International House“ nennt. Sie selbst gibt vor allem Deutschkurse. Aus dieser praktischen Arbeit heraus entsteht 1938 das Deutsch-Lehrbuch für Erwachsene „Heute Abend“.

Das Nachbarschaftshaus in Wiesbaden-Biebrich

Im zweiten Weltkrieg, 1940, wird Magda Kelber interniert. Die Internierung bedeutet zwar die Unterbrechung der so erfolgreich begonnenen Arbeit in ihrer eigenen Bildungsstätte. Doch auch im Lager setzt sie ihre pädagogische Arbeit fort, indem sie Bildungsangebote für die Erwachsenen im Frauenlager organisiert. Sie leistet Hilfe zur Selbsthilfe: Frisieren gegen Englischunterricht, Putzen gegen Kleidernähen usw.

Während Magda Kelbers Zeit im Internierungslager begegnet sie anderen Emigrantinnen, so z. B. Minna Specht, die bereits vor 1933 in Deutschland als Reformpädagogin hervorgetreten ist,

Als Mitglied der German Educational Reconstruction (G.E.R.) arbeitet Magda Kelber in England gemeinsam mit deutschen (emigrierten) und englischen Pädagoginnen an einer demokratischen Neuordnung des nachfaschistischen deutschen Bildungs- und Wohlfahrtswesens. Gemäß dem Anspruch der Quäker, möglichst Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, engagiert sich Magda Kelber nach dem Krieg beim Wiederaufbau in Deutschland. Sie ist Mitbegründerin der Gruppenpädagogik in Deutschland. Durch ihren Einsatz hat sie entscheidende Impulse für die Gruppenpädagogik gegeben.

Magda Kelber hat früh erkannt, dass es in der Behandlung von Themen/Diskussionen nicht nur auf das „Was“, sondern auch auf das „Wie“ ankommt. Dabei geht es ihr nicht nur um die Vermittlung von Methoden, sondern um ein gemeinsames Erlernen „von sozialen Tugenden, wie Rücksichtnahme, das Hören auf den anderen, die Achtung der Andersdenkenden, ja schließlich die Freude an der Vielfältigkeit und Verschiedenheit.“ (Magda Kelber)

Seit 1949 ist Magda Kelber um und in Wiesbaden beispielhaft in der Erwachsenenbildung tätig, zunächst als Leiterin der Arbeitsstätte für Gruppenpädagogik, Haus Schwalbach. In der Nachkriegszeit fehlen in der Pädagogik die Orientierungen, alte Werte sind suspekt geworden. Haus Schwalbach ermöglicht Auseinandersetzungen mit den neuen demokratischen Tugenden, und die Gruppenpädagogik bietet dafür die erforderlichen demokratischen Spielregeln. Im eigenen pädagogischen Verlag erscheinen u.a. die „Schwalbacher Blätter“ und die „Schwalbacher Spielkartei“.

1961 wird Magda Kelber Mitbegründerin des Nachbarschaftshauses in Wiesbaden-Biebrich. Sie setzt gruppenpädagogische Leitlinien um in eine lebendige pädagogische Arbeit.

1967-1973 übernimmt sie die Aufgabe der 1. Vorsitzenden im Nachbarschaftshaus.

1976 erhält Magda Kelber für ihre besonderen Verdienste das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Bis heute wichtige Veröffentlichungen von Magda Kelber sind u.a. „Meine Gruppe“ (1977), „Mitdenken-Mitsprechen - Mittun“ (1972), „Gesprächsführung“ (1977)

Persönlicher Bezug

Frauenforschung und Frauenbiographien sind Schwerpunkt meines Studiums der Gesellschaftswissenschaften gewesen. Das Interesse an den oft nicht bekannten Lebenswegen von Frauen und ihren Leistungen in der Gesellschaft beschäftigt mich auch heute noch. Als Mitarbeiterin des Nachbarschaftshauses finde ich es spannend, die Lebensgeschichte von Magda Kelber, eine der Gründungsfrauen des Nachbarschaftshauses, aufzuzeigen.

Sabine Langner
Leiterin der Familienbildung im Nachbarschaftshaus

Quellen:

Bussiek, Beate, Portrait einer Remigrantin: Magda Kelber, Kassel 1999

Lück, Wolfgang. Vorgeführt: Erwachsenenbildung, Darmstadt 1992

Nachbarschaftshaus, 20 Jahre Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V., Wiesbaden 1986

Aus: „Frauen frech und fromm“, 2000 Jahre Frauenleben in Wiesbaden, Katalog zur Ausstellung vom 8.-29. März 2001 o, Wiesbadener Rathaus. Herausgegeben von der evangelischen Pfarrerin für Frauenarbeit. Wiesbaden 2001

Lothar Hölzer

Haus Schwalbach

Spurensuche bei Zeitzeugen und in Dokumenten

Wer kennt nicht das Therapiedorf „Villa Lilly“ im Ortsteil Lindschied der Kreisstadt Bad Schwalbach? Weit über die Kreisgrenze hinaus wird die dort geleistete Arbeit geschätzt und anerkannt! Wenige erinnern sich, dass an gleicher Stelle - vor fast 60 Jahren - eine segensreiche Einrichtung entstand, deren guter Ruf noch heute nachklingt.

Der deutsch-amerikanische Bierbrauer und Multimillionär Adolphus Busch hatte sich bei dem Dorf Lindschied in den 90'er Jahren des 19. Jahrhunderts einen Sommersitz gebaut. 1938 waren er und seine Familie das letzte Mal dort. Dann griff die NS-Frauenschaft nach dem Anwesen; in den Bombenzeiten fanden die Mütter mit ihren Kindern dort Schutz. 1945 beschlagnahmte die amerikanische Marine das Anwesen.

1949 kam Dr. Howard Oxley, Leiter der Abteilung Community Activities in der amerikanischen Militärregierung, auf die Idee, dort ein „Leadership Trainingscenter“ zu gründen. Ermutigt wurde er von interessierten Vertretern von Jugend-, Frauen- und Erwachsenenorganisationen, die den Wunsch hatten, eine Schulungszentrale mit festem Sitz zu schaffen.

Am 14. Februar 1949 fand die erste Aufsichtsratssitzung der Ausbildungsstätte „Villa Lilly“ in Bad Schwalbach mit anschließender Nachmittagsbesprechung in der Halle der „Villa Claire“ statt. Dr. Berger - Mitglied des Kuratoriums - schlug als Name des Vereins „Haus Schwalbach - Heim für Volksbildung und Jugendpflege“ vor. Der Verein wurde gegründet und in das Wiesbadener Vereinsregister eingetragen. Im Mai 1949 wurde das Gelände für 1000 DM im Monat angemietet und am 26. Juni 1949 das „Haus Schwalbach“ eingeweiht. Bereits zwischen dem 13. und 19. Juni 1949 fanden die ersten drei Tagungen statt. Ein Auszug aus dem Protokoll vom 4. Juli 1949 (siehe nächste Seite) lässt die Schwierigkeiten erahnen, mit dem der Alltag zu gestalten war.

Die ersten Kurse wurden von verschiedenen amerikanischen Dienststellen organisiert, vorbereitet und geleitet: Jugendpflege, Frauenarbeit, Erwachsenenbildung, landwirtschaftliche Bildungsarbeit. Später kamen die Amerikahäuser dazu und veranstalteten eine ganze Serie von Kursen für ihre Mitarbeiter in der amerikanischen Besatzungszone. Die Einladungen ergingen in englischer Sprache über den US-Kreisoffizier an interessierte deutsche Teilnehmer. Sachkundige amerikanische Experten kamen in die beiden Lehrgangshäuser (Haus Villa Lilly und Villa Claire) und leiteten die Veranstaltungen.

Zentrale deutsche Leitung

Verschiedene Tagungsteilnehmer haben über mengenmäßig ungenügende Ernährung geklagt. Es wird festgestellt, dass eine Erhöhung der Menge bei dem festgelegten Tagessatz nur auf Kosten der Güte möglich ist. Andere Teilnehmer waren mit der Qualität nicht zufrieden. Es wird anerkannt, dass die Wünsche nach besserem Essen (z.B. Bohnenkaffee, mehr Fleisch) in Anbetracht der reichlichen und guten Verpflegung, die man vielfach heute in Gaststätten auch ohne Marken erhält, nicht unberechtigt sind. Da sie aber bei dem festgelegten Tagessatz nicht zu erfüllen sind, wird empfohlen, dass die Heimleitung von Fall zu Fall mit Verbänden und Gruppen Sonderabmachungen trifft, in denen ein erhöhter Tagessatz und entsprechend erhöhte Leistungen im einzelnen vorzusehen sind.

Auszug aus dem Protokoll vom 04.07.1949.

Rasch wurde klar, dass das Haus eine zentrale Leitung brauchte. Nach einer etwas turbulenten Anfangsphase war es ein Glücksfall, dass für die Leitung von Haus Schwalbach Dr. Magda Kelber gewonnen werden konnte. Mit ihr wurde eine engagierte Fachfrau an die Spitze des Hauses gestellt. Eigentlich wollte sie die Arbeit nur

aushilfsweise übernehmen, aber nichts ist so dauerhaft wie ein Provisorium: Die „Aushilfszeit“ währte von 1949 bis 1962.

Allmählich folgte die Umstellung auf eigene Planung und Vorbereitung. Programme und Einladungen wurden in deutscher Sprache erstellt und herausgegeben. Vor allem mussten Mitarbeiter für die pädagogische Arbeit gefunden werden. Dieser Prozess kam langsam in Gang, denn wer hatte in dieser Zeit in der Bundesrepublik Deutschland schon die geeignete Ausbildung und Erfahrung, um sich im „Leadership Training“ zu betätigen? Mehr und mehr gingen Initiativen von dem inzwischen angewachsenen Mitarbeiterstab aus. Regelmäßig einmal monatlich kamen etwa 30 Frauen ins Haus Claire, immer unter dem Gesamthema „Die Frau in der Gemeinde“. Angesprochen wurden Frauen, die im öffentlichen Leben Verantwortung übernommen hatten oder darauf vorbereitet werden sollten:

als Gemeinderätinnen, Stadtverordnete, Schöffen, Vorsitzende und aktive Mitarbeiterinnen von Frauengruppen der Kirchen, in den Gewerkschaften, den Parteien, im Deutschen Frauenring und in anderen Frauenorganisationen.

Die Lehrgänge und Kurse wurden vom „Haus Schwalbach“ geplant und veranstaltet, oder von externen Gruppen organisiert, aber vom „Haus Schwalbach“ eingeladen und veranstaltet, oder von Organisationen und Gruppen veranstaltet und geleitet, bei denen auch Mitarbeiter des „Haus Schwalbach“ tätig waren. Weitere Tagungen, Lehrgänge und Kurse wurden unabhängig von der Leitung des Hauses und seinen Lehrkräften von Organisationen veranstaltet, denen „Haus Schwalbach“ lediglich als Tagungsort diente

Im ersten Jahr hatten in 91 Kursen 3926 Kursteilnehmer das Haus besucht. Sie kamen nicht nur aus Hessen, sondern aus ganz Deutschland und dem Ausland.

Hervorzuheben ist die Tagung der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit vom 6. bis 8. Mai 1950, in der die so genannten „Schwalbacher Thesen“ verfasst wurden, die Eingang in das Konzildokument *Nostra Aetate* vom 28. Oktober 1965 fanden.

Eine breites Kursangebot

Zum ersten Jahrestag wurde eine Ausstellung moderner Kunst eröffnet, die drei Monate im Hause blieb. Zusammengestellt hatte sie die bekannte Kunstsammlerin Hanna Bekker vom Rath. Ein Zeltlager wurde mit finanzieller Unterstützung der Stadt Bad Schwalbach und des Untertaunuskreises eingerichtet. Eine amerikanische Stiftung finanzierte ein Internationales Jugendlager, welches von einem deutschen Team geleitet wurde. Studenten aus vielen europäischen Ländern nahmen daran teil - damals ein absolutes Novum.



Wer weiß noch, dass „der Hessische Arbeitskreis für Schülermitverwaltung“ 20. November 1951 im „Haus Flora“ - dem einstigen Pförtnerhäuschen - aus der Taufe gehoben worden ist? Kurs- und Gruppenarbeit nach der Schwalbacher Methode hatte sich bald trotz provinzieller Kulturpolitik in ganz Deutschland ausgebreitet.

Die Europa-Union begann im Haus Schwalbach ihren ersten Kurs zur Schulung für den Führungsnachwuchs örtlicher Gruppen. Daraus wurde eine sich über Jahre hin erstreckende Kursreihe. Europäische Stadtverordnete aus Norwegen, Finnland, Dänemark, Frankreich, der Schweiz tauschten ihre Erfahrungen aus. Unabhängig davon wurde Haus Schwalbach ein Besucherziel für ausländische Experten aus der Schweiz, Skandinavien, England, USA und Frankreich.

Haus für Gruppenpädagogik

Schon im März 1951 wurde der „Verein Haus Schwalbach - Arbeitsstätte für Gruppenpädagogik“ in das Vereinsregister eingetragen. Mit dem neuen

„Logo“ wurde auf die gesteckten Erwartungen und Ziele hingewiesen, die Haus Schwalbach erfüllen wollte, und die ihre damalige Einzigartigkeit in Deutschland und wahrscheinlich in Europa auswies.

Ostern 1952 fand das erste internationale Schülerseminar statt. 30 deutsche Schüler, je zehn aus Frankreich und Großbritannien und je fünf aus den Niederlanden, der Schweiz und den USA nahmen daran teil. Aufgabe war es, den Teilnehmern in ihren Gruppen Hilfen zum rechten Umgang miteinander zu geben, und den Gruppenleitern Wege zu zeigen, wie man Erkenntnisse in Gruppenarbeit vermitteln kann; sei es in der Rolle des Erziehers, Lehrers, Ausbilders, Jugendgruppenleiters, Vorsitzenden oder Vorgesetzten. Führung in und mit der Gruppe war das zentrale Thema in allen Lehrgängen.

Grundlagen der Arbeit waren die Lehren der „Social Groupwork“ und die in diesem Rahmen von Dr. Magda Keller entwickelte Gesprächsmethodik. Beides wurde unter dem Namen Gruppenpädagogik zusammengefasst und je nach Teilnehmerkreis schwerpunktmäßig vermittelt.

Von Anfang an wurde diese Arbeit als eine politische Aufgabe gesehen, und es wurde in allen Kursen versucht, demokratische Formen der Zusammenarbeit zu vermitteln und zu praktizieren, ja die Verhaltensweisen zu üben, die ihr Funktionieren ermöglichen. Heute werden diese damals als „Schwalbacher Modell“ entwickelten Prinzipien und Methoden in Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, Betrieben, bei der Berufsausbildung und Bundeswehr praktiziert.

Finanznot führt zum Ende

Obwohl die Arbeit von Haus Schwalbach ein Erfolg war, die stetig steigenden Teilnehmerzahlen bewiesen dies, machte die Finanzierung dieser Einrichtung immer mehr Schwierigkeiten. Zuschüsse kamen oft nur zögerlich oder verspätet. Im Juni 1952 beschloss das Kuratorium mit durch Spenden angesammelten Reserven den Betrieb bis zum 15. August des Jahres aufrecht zu erhalten und dann notfalls die Arbeit einzustellen.

Kurz später kam die Nachricht, dass der amerikanische Zuschuss endgültig im Juni 1953 eingestellt würde. Jedes Jahr bekamen die Mitarbeiter eine vorsorgliche Kündigung, weil Geld zu fehlen drohte. Auch wenn die Quäkerhilfe bei der Finanzierung einsprang, war es dann eines Tages doch so weit. Im Protokoll des Kuratoriums vom 14. Februar 1955 ist unter „Verlängerung des Pachtvertrages“ zu lesen, der Vertrag solle im Allgemeinen zu gleichen Bedingungen wie bisher erneuert werden mit vierteljährlicher Kündigung, frühestens zum 31. März 1955. Bürgermeister Heinrich Haenel wurde bevollmächtigt, die Verhandlungen zu führen und abzuschließen.

Am 4. Juli 1955 wurde Landtagsabgeordneter Benno Erhard ins Kuratorium gewählt. Auch er setzte genau, wie Bürgermeister Haenel und vorher Hans Viehweg, Landrat Vitense und Hans Geismar alles daran, um die Einrichtung „Haus Schwalbach“ zu erhalten. Es fehlte nicht an Sympathien, aber der Weg vom allgemeinen Wohlwollen bis zur Geldbeschaffung war zu weit und schien sich nicht realisieren zu lassen.

Die Katastrophe spitzte sich zu, als im Sommer 1957 der für das Anwesen zuständige Treuhänder die Pacht verdoppeln wollte. Da überdies vom hessischen Landtag bewilligte Zuschüsse monatelang nicht ausbezahlt wurden, waren die Häuser nicht mehr zu halten. Der damalige 1. Vorsitzende Pfarrer Merten (MdB) ermöglichte als Übergangslösung den Umzug nach Rolandseck in das vorübergehend nicht besetzte „Kyffhäuserheim“. Man wollte Zeit gewinnen, um eine endgültige Lösung zu finden. „Haus Schwalbach“ büßte sein „Haus“ ein. Und was schon lange selbstverständlich war, trat ein: „Das Geographische des Namens schwand und die Arbeitsstätte für Gruppenpädagogik blieb“.

Am 25. Oktober 1957 endete der letzte Lehrgang im Haus Lilly. Im Haus Claire lief der letzte Lehrgang bis zum Mittag des 31. Oktober!

Die Möbelwagen rückten an.

Rolandseck war nun Hilfe in der Not, von guten Freunden des Heimkehrerverbandes war das Haus angeboten worden, befristet zwar; am 31. März 1958 muss Haus Schwalbach - so lautete die Abmachung - wieder ausziehen. Die Geschäftsstelle nimmt ihre Arbeit im Nachbarschaftshaus Wiesbaden Biebrich auf. Drei Räume waren angemietet worden. Die Arbeit ging ohne Tagungsräume weiter, jetzt war das ganze Team ein „Außenteam.“ Aus Haus Schwalbach entwickelte sich ein Fachverlag, in dem das älteste Kind von „Haus Schwalbach“, die Schwalbacher Blätter (seit 1.12.1950), herausgegeben wurde. Im Dezember 1956 wurde die „Schwalbacher Spielkartei“ vorgestellt. Frau Dr. Kelber veröffentlichte manche Bestseller, die zur damaligen Literatur in der Sozialarbeit gehörten, u.a.: „Die Fibel der Gesprächsführung“. Bei so vielen Schwierigkeiten und Turbulenzen ist verwunderlich, dass der Verein nunmehr nur mit freien Mitarbeitern seine Arbeit fortsetzte. Immer wieder stellten sich engagierte Mitglieder für die Vorstandsarbeit zur Verfügung, unter anderem der Leiter des Nachbarschaftshauses Wiesbaden-Biebrich, Karl-Fried Schuwirth (ab 1975).

1984 wurde Margret Zeimens als zweite Vorsitzende gewählt. Ihr blieb die unerfreuliche Aufgabe, die Abwicklung des Vereins zu betreiben. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 18. Oktober 1985 wurde der Verein aufgelöst. Dr. Kelber hat ihr Werk nur kurz überlebt. Am 2. August 1987 verstarb sie nach langer schwerer Krankheit.

(Aus dem Jahrbuch des Rheingau-Taunus-Kreises 2006, 57. Jahrgang mit Chronik der Kreisentwicklung 2004 und Jahresrückblick 2004/2005)

Dieter Oelschlägel

Neu entdeckt: Die Nachbarschaft - unerschlossene Ressource sozial-kultureller Energie¹

Das Jahr 1991 ist wahrlich ein Jubeljahr, in dem wir einige Gründungen feiern können:

1901 Volkshaus Hamburg

1911 Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost

1951 Verband Deutscher Nachbarschaftsheimen

1966 Nachbarschaftshaus Wiesbaden.

Wir feiern Institutionen, deren Tradition und Gegenwart in unterschiedlicher Weise mit dem Begriff Nachbarschaft verbunden sind. Deshalb will ich diesem Begriff in meinem Referat nachgehen. Ich habe nicht den Anspruch, etwas Neues, Originelles vorzutragen. Es scheint mir in unserer Arbeit oft nützlicher, das Alte, Bekannte zu denken.

Nachbarschaft - das ist zunächst ein einfaches räumliches Faktum, etwas schlechthin Gegebenes: Wer wohnt ist Nachbar und hat Nachbarn. Meist hat er sie sich nicht ausgesucht. Aber Nachbarschaft ist mehr: sie bezeichnet, wirklich mit den Nachbarn und wie diese mit mir umgehen. Der blosse Raum wird zum sozialen Raum.

Meine Nachbarschaft am Niederrhein - historisch aus den Pumpennachbarschaften entstanden (gemeinsame Nutzung des Wassers, gemeinsame Abwehr des Feuers) - lässt uns gemeinsam feiern, bietet gegenseitige Hilfe und ein Gefühl von Sicherheit, assimiliert Neue, bedeutet aber auch soziale Kontrolle und Anpassung an nachbarschaftliche Normen, ja auch Ausgrenzung (bis vor kurzer Zeit gehörten nur Hausbesitzer, nicht aber Mieter zur Nachbarschaft). Die Nachbarschaft macht, dass ich gern dort wohne. Es könnte auch anders sein. Nur wenige Kilometer weiter liegt Hünxe - die Nachbarschaft heisst auch Vertreibung Fremder!

Nachbarschaft ist ein soziales Netz. Netze halten Stürze auf, stützen, halten zusammen. Netze haben Löcher, wer nicht reinpasst, fällt durch. Netze können auch einschnüren, die Bewegungsfreiheit einengen. Netze grenzen ab: es gibt drinnen und draussen.

Entscheidend ist: dass es Nachbarschaft gibt, das können wir nicht ändern. Wie sie aussieht, das allerdings hängt von den Nachbarn in einem sehr wesentlichen Teil ab. Netze werden geknüpft, Nachbarschaften gemacht. Und jeder Nachbar ist Subjekt dieses Prozesses.

Aber weshalb reden wir und andere immer wieder von Nachbarschaft, wo doch zahlreiche Untersuchungen belegen: wir sind kein Volk von guten Nachbarn?

Der Blick auf einige gesellschaftliche Veränderungen der letzten 20 - 30 Jahre kann Antwort darauf geben:

- das Wirtschaftswachstum der ersten 30 Nachkriegsjahre hat gesellschaftsstrukturelle Veränderungen bewirkt, die erst jetzt - wo dieses Wachstum nicht mehr selbstverständlich ist

- deutlicher ins Blickfeld kommen: da ist zunächst einmal der Sachverhalt zu nennen, dass die Sozialstruktur unseres Landes nicht mehr eindeutig von der Klassenstruktur beherrscht ist. Bedingt durch eine enorme Steigerung der Einkommen und Vermögensverhältnisse in (fast) allen Schichten einerseits, das Wachstum wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Regulierungen andererseits, verschwinden Klassenstrukturen (scheinbar?), lösen sich Milieus auf, in denen die Menschen sich aufgehoben fühlen und Verhaltenssicherheit gewinnen konnten (Beispiel: das proletarische Milieu mit seiner Vielfalt von Organisationen von der Partei bis zum Arbeiterradfahrerbund). Die Lebensvollzüge aller gesellschaftlichen Gruppen individualisieren sich, die Prägekraft sozialer Normen nimmt ab (Wertewandel)².

- dieser Individualisierungsprozess lässt auch das Normalarbeitsverhältnis und die Normalfamilie brüchig werden. Stichworte für die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses sind: Teilzeitarbeit, Flexibilisierung, ABM, Arbeitszeitverkürzung, Vorruhestand;.. Das' führt zu neuen Lebensentwürfen für viele Menschen, die auch in Konzepte sozialer Arbeit aufgenommen werden müssen. So nimmt das Alter als eigenständige Lebensphase und als soziales Problem an Gewicht. Das gleiche gilt für freiwillige oder erzwungene Lebensentwürfe außerhalb von Erwerbsarbeit.

Auch die Lebensentwürfe, die bisher an der Normalfamilie orientiert waren, ändern sich, obgleich gesellschaftliche Großorganisationen ideologisch und politisch sich der Entwicklung entgegenstemmen. Stichworte dazu: Sinken der Kinderzahl, Zunahme von Singlehaushalten und Alleinerziehenden, Zunahme von anderen Lebensformen als der Ehe, oft innerhalb einer Biographie. Befunde der Sozialforschung weisen auf eine Bedeutungsminde- rung der von der Familie erbrachten sozialen Dienstleistungen hin. Dasselbe gilt auch für die Nachbarschaft.

- das Ende des kräftigen Wirtschaftswachstums zwischen 1950 und 1975 brachte sinkende, ja negative Einkommenszuwächse, Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut und deren Einpendeln auf einem hohen Niveau. Vollbeschäftigung, Sozialpartnerschaft und sozialstaatliche Leistungen werden brüchig und infragegestellt (Stichwort: Zweidrittelgesellschaft). Das schafft Unsicherheit.

- die "Modernisierungsrisiken" (nukleare und chemische Verseuchungen, Schadstoffe in Nahrungsmitteln, Ozonloch, Zivilisationskrankheiten) entziehen sich oft dem unmittelbar sinnlichen Wahrnehmungsvermögen und treten universell auf. Das macht Angst (Stichwort: Risikogesellschaft).

- große gesellschaftliche Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände) verlieren ihre identitätsstiftende, milieubildende Kraft. Sie geraten in Glaubwürdigkeitskrisen und antworten darauf nicht selten mit mehr Bürokratie. Allerdings produziert das auch Gegenbewegung: engagierte, informierte, lokal handelnde, jedoch global denkende Bürgergruppen, die ihre Stärke aus ihrem unmittelbaren Interesse, unkonventionellen Umgangs- und Aktionsformen, ihrer Verankerung in der Lebenswelt (Nachbarschaft) ziehen, konfrontieren die Großorganisationen mit praktischer Kritik.³

Diese Entwicklung hat zwei Seiten, sie ist Gefahr und Chance zugleich: für viele Menschen bedeutet sie den Rückzug in die Lebenswelt. Angst und Verunsicherung brauchen die Kuschelecke. Die Lebenswelt wird zum Ort des Abschottens und des Sich-Einrichtens.

Aber sie kann auch zum Ort werden, wo ich für mich Handlungskompetenz und Spielräume zurückgewinne, wo ich meine Welt mit anderen und notfalls auch mal gegen andere gestalte. Hier deutet sich ein neues Politikverständnis an, Politik in der Ich-Form, wie es uns die Neue Frauenbewegung gelehrt hat.

Die Handlungsräume wiederum, die ich in der Lebenswelt (oder soll ich sagen: Nachbarschaft?) habe, die nicht gegeben sondern veränderbar sind, und die mich befähigen können, auch über diese Lebenswelt hinauszugehen, hängen nicht unwesentlich ab von den Ressourcen, die mir zur Verfügung stehen. Ressourcen - das sind private und öffentliche Güter, die die Lebenschancen der Menschen zusätzlich zu ihrem Einkommen beeinflussen. Solche Ressourcen können sein: andere Menschen, Dienstleistungen, Infrastrukturausstattung des Wohngebiets... Und damit sind wir wieder bei der Nachbarschaft; Nachbarschaft nicht nur als Fluchtburg oder als konflikträchtige Bühne alltagsweltlicher Auseinandersetzungen, sondern Nachbarschaft als Ressource, als "Lebensmittel". Nachbarschaft als soziales Netz kann eine bedeutende Resource für die Lebens- und Überlebensstrategien der Menschen sein. "Hier wird emotionale Unterstützung geleistet, hier gewinne ich mein Selbstwertgefühl, hier beziehe ich praktische Alltagshilfe. Für alle denkbaren Probleme, von der Schwangerschaft bis zum Verlust einer wichtigen Vertrauensperson, von der Arbeitslosigkeit bis zu schweren körperlichen Krankheiten, gibt es beweiskräftige Befunde, dass Ver-

ffügbarkeit und Qualität von Hilfe und Unterstützung aus dem eigenen Beziehungsnetz entscheidend dafür sind, wie wir mit einem solchen Problem zurechtkommen".⁴

Die geschilderten gesellschaftlichen Entwicklungen schreien förmlich danach, dass sich Nachbarschaft entwickelt, dass zusammengehalten wird, was auseinander fällt. Gleichzeitig aber blockieren sie das Entstehen von Nachbarschaft. Angst, Konkurrenz, Vereinzelung vor den Medien, soziale Ausgrenzungsprozesse aber auch die Instrumentalisierungsversuche von Nachbarschaft und sozialen Netzen für ideologische (konservative) Zwecke und Sparmassnahmen im sozialen Bereich sind hier die Folgen.

Viele Menschen haben es verlernt, soziale Netze zu knüpfen. Andere haben keine oder nur begrenzte Möglichkeiten dazu. Das gilt für den materiellen Aspekt (Armut, Infrastrukturmängel) ebenso wie für den sozialen Aspekt (Beispiel alleinstehende Mütter), für den psychischen (Isolation) ebenso wie für den sprachlichen (Ausländer, schichtspezifische Sprachbarrieren) Aspekt. Die Zahl der oben erwähnten Initiativen ist :rotz ihrer Bedeutung noch gering. So organisieren sich nur 1% der Arbeitslosen und etwa 4% der Sozialhilfeempfänger in lokalen Selbsthilfegruppen.

Deshalb - und das ist nun wahrlich nicht neu - bedarf es der "professionellen Nachbarschaft"¹¹. Ich sehe eine wesentliche Aufgabe sozialer Berufsarbeit darin, den Menschen Ressourcen fürs Überleben oder für ein besseres Leben zur Verfügung :u stellen oder deren Nutzung zu ermöglichen - auch und gerade die Ressource Nachbarschaft.

Nachbarschaft - das sagte ich schon eingangs - muss gemacht, gestaltet werden. Nachbarschaftshäuser konstituieren nicht schon durch ihre bloße Existenz Nachbarschaft; sie müssen sich als gute Nachbarn in den Prozess der Gestaltung von Nachbarschaft einbringen, Nachbarschaft lehren und lernen.

Einen Bestandteil des Titels meines Referates habe ich noch nicht bearbeitet - und das schließt hier an -: "neu entdeckt". Neu entdeckt - das heißt Altes wiederfinden, Altes neu sehen (sonst würde man ja nur vom Entdecken sprechen). Ich habe dazu einen Beitrag von Friedrich Siegmund-Schultze entdeckt. Siegmund-Schultze war der Begründer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft (SAG) Berlin Ost, deren Arbeit er immer als Nachbarschaftsarbeit gesehen hat und auf die wir uns traditionsbewusst immer wieder beziehen.

Zur Erinnerung: Friedrich Siegmund-Schultze und intellektuelle Freunde, überwiegend Studenten, ziehen in den Berliner Osten und gründen im Arbeiterviertel ein Settlement. Sie leben mit den Arbeitern und versuchen vorwiegend durch Bildungs- und Sozialarbeit eine Antwort auf die soziale Frage zu geben. Streetwork, Frauenhaus, Jugendgerichtshilfe, Gesprächskreise, Stadtteilanalyse, in Notzeiten Volksküche - das ganze Arsenal späterer Gemeinwesenarbeit ist hier schon vorhanden.

In einem Vortrag "Wege zum Aufbau der neuen Volksgemeinschaft" versuchte Siegmund-Schultze, Schweizer Studenten 1922 die Grundidee der SAG Berlin Ost nahe zu bringen. Grundgedanken dieses Beitrags sollen uns helfen, Nachbarschaftsheimarbeit neu zu sehen.⁵

Friedrich Siegmund-Schultze schreibt: "Das erste Ziel, das ich mir stellte, als ich mit meiner Familie und einigen Freunden ins Arbeiterviertel von Berlin Ost zog, war: die Wirklichkeit kennen zu lernen" - nicht irgendwelche Hilfsangebote oder pädagogische Konzepte zu bringen! Damit ist eine Grundvoraussetzung für Nachbarschaftsarbeit benannt: sich kein Bild vom Nachbarn machen, sondern ihn kennen lernen. Das heißt Offenheit und Geduld.

Das zweite Ziel der Arbeit der Settler war dann: die Änderung der traurigen, fluchwürdigen Zustände. Nicht die Änderung der Menschen, aber die Änderung der Zustände zusammen mit den Menschen.

An diese Veränderung knüpft Siegmund-Schultze drei Begriffe - gewissermaßen als Leitlinie für nachbarschaftliches Arbeiten:

Gerechtigkeit. Die Wirklichkeit zu sehen, bedeutete für die Settler zu sehen, dass in dieser Wirklichkeit, der Nachbarschaft Berlin Ost nicht alles "in Ordnung" war. Die Arbeit und ihre Erfahrungen haben bewirkt, dass diese Menschen entschlossen waren, "für eine andere Ordnung der Dinge" einzutreten, d.h. sich um der Nachbarschaft willen in die kommunale und die Landespolitik einzumischen. Gerechtigkeit - das meint hier: den Menschen gerecht werden, parteilich sein, ohne sich von Parteien abhängig zu machen.

Friedrich Siegmund-Schultze stellt aber fest, dass die Idee der Gerechtigkeit, so grundlegend sie ist für das Zusammenleben der Menschen, doch nicht die ausreichenden Kräfte in sich enthält, um ein solches Zusammenleben zu schaffen und zu erhalten. Es muss hinzukommen der Sinn für Frieden... die Bereitschaft, dem anderen nahezu kommen, ihn nicht mehr von oben herab zu behandeln, sondern von unten her zu verstehen und zu gewinnen. Das Herstellen von Begegnung ist aber nicht als "sozialer Frieden" zu verstehen, der Konflikte ausschalten will.

Treue. "Keiner, der uns braucht, darf vergeblich zu uns kommen. Keiner, dem wir einmal nahe kommen durften, darf uns aus den Augen kommen. Keiner darf uns mehr interessant sein als lieb....Und durch diese Treue entstehen dann Zusammenhänge zwischen mir und meinem Nachbarn.." schreibt Siegmund-Schultze.

Er verwendet In seinen Reden und Schriften häufig das Wort vom "getreuen Nachbarn"⁶. Verbunden sind damit Sachverhalte wie Kontinuität, Verbindlichkeit. Zum Beispiel: Nicht um der Förderung der eigenen institutionellen

Existenz willen nach Töpfen und Programmen schießen, wenn dabei die Verbindlichkeit gegenüber den Menschen, die zu uns kommen, auf dem Spiel steht.

Gerechtigkeit, Frieden, Treue - das sind Worte, die unserer professionellen Sozialarbeitersprache eher fremd geworden sind, die aber eine Haltung signalisieren, ohne die wir vergeblich versuchen werden, Nachbarschaft als ein solidarisches Netz zu knüpfen.

Ich wünsche Ihnen in Wiesbaden und allen unseren Einrichtungen und uns als Verband, dass wir an unserem Platz Nachbarschaft konstituieren als einen politischen Auftrag gegen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse in unserer Gesellschaft.

ANMERKUNGEN

* Festansprache zur Feierstunde "25 Jahre Nachbarschaftshaus Wiesbaden - 40 Jahre Verband für sozialkulturelle Arbeit" am 8.11.1991 im Nachbarschaftshaus Wiesbaden-Biebrich

² vgl. Johannes Berger (Hrsg.): Die Moderne
Kontinuität und Zäsuren. Göttingen 1986 (Soziale Welt, Sonderheft 4); hier: Einleitung des Herausgebers, S. 1-11

³ vgl. Georg Zinner: Hoffnungs-träger für die Zukunft: Nachbarschaften, Initiativen und kleine Netze. In: Rundbrief 27/1991/1/22-24

⁴ Heiner Keupp: Gemeindepsychologie: Alternative zum Psychokult? In: Neue Praxis 20/1990/2/168 -177; Hier: 172

⁵ Friedrich Siegmund-Schultze: Wege zum Aufbau der neuen Volksgemeinschaft. In: Der neue Geist 1922,74 -84 (hier Sonderdruck, ab S. 1 gezählt).



Chronist: Karl-Fried Schuwirth
Fotos: (wenn nicht anders angegeben) privat

Herausgegeben vom
Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V.
Rathausstraße 10
65203 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 96721-0 Fax: 96721-50

E-mail: info@nachbarschaftshaus-wiesbaden.de
Internet: www.nachbarschaftshaus-wiesbaden.de

Konto: Nr. 135 008 109
BLZ 510 500 15 Nass. Sparkasse Wiesbaden